Staats-Anzeiger
FÜR DAS LAND HESSEN

1Y 6432 A

1968 | Montag, den 28. Oktober 1968 | Nr. 44

Seite

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei

Errichtung eines Wahlkonsulates des Königreichs Nepal in Frankfurt/Main; hier: Erteilung des Exequaturs an Herrn Hans Viktor Howaldt . . . 1621

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 9. 1968 bis 11. 10. 1968 . . . 1621

Der Hessische Minister des Innern

Wehrpflichtgesetz; hier: Neufassung der Erfassungsvorschriften 1622

Zusammenlegung der Heimatauskunftstellen Eger und Baltikum und der Vororte beim Landesausgleichsamt . . . 1624

1. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Beneluxstaaten über die Übernahme von Personen an der Grenze vom 17. 5. 1966; hier: Begriff der „unbefugten Einreise"
2. Übernahmeanträge nach den bestehenden Abschiebungs- und Übernahmeabkommen; hier: Nachweis der Illegalität der Einreise . . . 1624

Gesetz über die Rechtswirkungen des Ausspruchs einer nachträglichen Eheschließung vom 29. 3. 1951 . . . 1625

Abfindung der Bewerber für den hess. Polizeidienst . . . 1625

Sichtvermerksabkommen mit Kenia . . . 1625

Zulassung ausländischer Pässe; hier: Ecuadorianisches „Pasaporte Especial" . . . 1625

Aufhebung des Sichtvermerkszwanges für Deutsche durch das Königreich Laos . . . 1626

Genehmigung eines Wappens und einer Flagge der Gemeinde Langenaubach, Dillkreis . . . 1626

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Viermünden, Landkreis Frankenberg . . . 1626

Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Bischofsheim im Landkreis Hanau . . . 1626

Änderung der Grenze zwischen der Gemeinde Veckerhagen und dem Forstgutsbezirk Reinhardswald, Krs. Hofgeismar . . . 1626

Bekanntmachung der für die Berechnung der Bauaufsichtsgebühren maßgeblichen durchschnittlichen Rohbaukosten . . . 1626

Technische Baubestimmungen; hier: 1. DIN 68 705 Bl. 1 bis 4; DIN 68 750, DIN 68 751 und DIN 68 761 Bl. 1 bis 3 über Sperrholz, Holzfaserplatten und Holzspanplatten 2. Ergänzende Bestimmungen für die Verwendung von Holzwerkstoffen (Fassung September 1968) . . . 1627

Der Hessischen Minister der Finanzen

Anschlußtarifverträge . . . 1629

Änderungstarifvertrag Nr. 11 zum MTL II vom 14. 5. 1968; hier: Anschlußtarifverträge . . . 1629

Der Hessische Minister der Justiz

Verlust eines Dienstsiegels . . . 1629

Seite

Der Hessische Kultusminister

Verwaltungsvorschriften zum Gesetz über Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit und Erziehungsbeihilfen . . . 1629

Urkunde über die Verleihung des Titels für die Pfarrkuratie Obertshausen-Süd . . . 1630

Urkunde über die Verleihung des Titels für die Pfarrkuratie St. Bonifatius Raunheim-West . . . 1630

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Widmung der im Zuge der Bundesstraße 83 neugebauten Straße und Abstufung der Teilstrecke der Bundesstraße 82 in der Ortslage Kassel . . . 1631

Bekanntmachung der Häfen und Umschlagstellen, für die die Hafenpolizeiordnung gilt . . . 1631

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Erstattung von Fahrgeldausfällen nach dem Hessischen Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr vom 19. 6. 1967; hier: Zahlungs-, Buchungs- und Abrechnungsverfahren . . . 1632

Lehrapothekenverzeichnis 1968/70 . . . 1633

Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen . . . 1634

Durchführung der ersten Strahlenschutzverordnung (1. SSVO); hier: Berichtigung . . . 1640

Personalnachrichten

Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern . . . 1640

Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr . . . 1643

Die Regierungspräsidenten

DARMSTADT

Wohnplatzverzeichnis; hier: Benennung eines Wohnplatzes in der Gemarkung Babenhausen, Landkreis Dieburg . . . 1643

Wohnplatzverzeichnis; hier: Aufhebung von zwei Wohnplätzen in der Gemeinde Angersbach, Landkreis Lauterbach . . . 1643

Wohnplatzerzeichnis; hier: Benennung eines Wohnplatzes in der Gemeinde Dorndorf, Landkreis Limburg . . . 1643

Auflösung der Reichelsheimer Pferdeversicherungsgesellschaft in Reichelsheim, Krs. Friedberg . . . 1643

Buchbesprechungen . . . 1644

Öffentlicher Anzeiger . . . 1645

Bekanntmachung des endgültigen Wahlergebnisses der Wahl zu den Selbstverwaltungsorganen des Hessischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes . . . 1650

Die 10. Folge 1968 der monatlich erscheinenden Beilage

»Rechtsprechung der Hessischen Verwaltungsgerichte«

ist dieser Ausgabe des Staats-Anzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt.

1241

Der Hessische Ministerpräsident

Errichtung eines Wahlkonsulates des Königreichs Nepal in Frankfurt am Main;

hier: Erteilung des Exequaturs an Herrn Hans Viktor Howaldt

Die Bundesregierung hat dem zum Wahlkonsul des Königreichs Nepal in Frankfurt am Main ernannten Herrn Hans Viktor Howaldt am 13. September 1968 das Exequatur erteilt.

Der Amtsbezirk des Wahlkonsulats umfaßt das Land Hessen.

Wiesbaden, 8. 10. 1968

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei
II B 2 2 e 10/07

StAnz. 44/1968 S. 1621

1242

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 9. 1968 bis 11. 10. 1968

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt, 6200 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

DM Preis

Staat und Wirtschaft in Hessen
23. Jahrgang — Heft 9 — September 1968 1,50

Aus dem Inhalt:

Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise 1957 bis 1966

	Preis DM
Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen 1967	
Die Fachschulausbildung in der Landwirtschaft	
Mehr als eine Million Personenkraftwagen	
Buchführung oder regelmäßige Aufzeichnungen nur in jedem vierzehnten landwirtschaftlichen Betrieb	
Hessischer Zahlenspiegel	
Ausgewählte Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet	
Statistische Berichte	
C II 1 — m 9/68 (erscheint nur für April bis Dezember) Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland in Hessen Anfang September 1968	—,50
C II 3 — m 9/68 (erscheint nur für Mai bis Oktober) Ernteberichterstattung über Obst in Hessen im September 1968	—,50
C III 1 — vj 3/68 Der Schweinebestand am 3. September 1968 in Hessen (Endgültiges Ergebnis)	—,50
C III 2 — m 8/68 Die Schlachtungen in Hessen im August 1968	—,50
C III 3 — m 8/68 Milcherzeugung und -verwendung in Hessen im August 1968 (31 Tage)	—,50
C III 6 — m 8/68 Brut und Schlachtungen von Geflügel in Hessen im August 1968	—,50
E I — FI/S — m 8/68 Industrie und Bauhauptgewerbe in Hessen im August 1968 (Vorläufige Ergebnisse)	1,—
F II 1 — vj 2/68 Die erteilten Baugenehmigungen in Hessen im 2. Vierteljahr 1968 (mit Kreisergebnissen)	—,50
G I 1 — m 8/68 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel im August 1968 Schnellmeldung (Vorläufige Zahlen)	—,50
G I 1 — m 8/68 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel im August 1968	—,50
G IV 1 — m 7/68 Der Fremdenverkehr in den hessischen Berichtsgemeinden im Juli 1968	—,50
G IV 3 — m 8/68 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im hessischen Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe im August 1968	—,50
H I 4 — m 7/68 Der Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im Juli 1968	—,50
L II 1 — m 8/68 Landes- und Bundessteuern im August 1968 in Hessen (Kassenmäßiges Aufkommen)	—,50
M I 1 — m 8/68 Erzeuger- und Großhandelspreise in Hessen im August 1968	1,50

Wiesbaden, 11. 10. 1968

Hessisches Statistisches Landesamt
AZ 213 a Az.: 77 a 241/68
StAnz. 44/1968 S. 1621

1243

Der Hessische Minister des Innern

Wehrpflichtgesetz;

hier: Neufassung der Erfassungsvorschriften
I: Hinweise zu den Erfassungsvorschriften
II: Aufhebung von Erlassen
III: Erfahrungsberichte

Bezug: Erlaß vom 26. 8. 1968 — I B 32 — 95 a — 04—01 — 1/68

Die allgemeinen Verwaltungsvorschriften über die Erfassung der Wehrpflichtigen (Erfassungsvorschriften — ErfVorschr —) vom 21. 8. 1968, die an die Stelle der bisherigen Erfassungsvorschriften vom 12. 9. 1962 getreten sind, sind im Gemeinsamen Ministerialblatt Nr. 19 vom 23. 8. 1968 S. 235 veröffentlicht worden. Eine Bekanntgabe im Staatsanzeiger für das Land Hessen ist nicht vorgesehen.

Einzelhefte des Gemeinsamen Ministerialblattes Nr. 19 der Ausgabe A (zweiseitig bedruckt) zum Preis von 2,40 DM oder der Ausgabe B (einseitig bedruckt) zum Preis von 3.20 DM können beim Carl Heymanns Verlag KG, 5 Köln, Gereonstraße 18—32, oder durch den Buchhandel bezogen werden.

I: Hinweise zu den Erfassungsvorschriften

Allgemeines

Die nach den bisherigen Vorschriften durchgeführte Erfassung der Wehrpflichtigen durch persönliche Meldung und Befragung verursachte umfangreiche Verwaltungsarbeit und war mit erheblichen Kosten sowohl für die Behörden als auch für die Arbeitgeber verbunden. Künftig soll die Erfassung grundsätzlich im Wege der schriftlichen Befragung der Wehrpflichtigen durchgeführt werden (vgl. § 15 Abs. 2 Satz 2 WPflG).

Den Erfassungsbehörden bleibt gleichwohl freigestellt, an Stelle der Erfassung durch schriftliche Befragung die Wehrpflichtigen nach wie vor auf Grund persönlicher Meldung zu erfassen (vgl. Nr. 15).

Von der persönlichen Meldung konnte abgesehen werden, weil auf zahlreiche Angaben verzichtet wird, die bisher bei den Erfassungsbehörden zu machen waren. Das Erfassungsverfahren durch schriftliche Befragung hat folgende Vorteile:

Verminderung und Vereinfachung der Formblätter, keine Vorlage von Personalunterlagen und Paßbildern, keine Erstattung von Auslagen, kein Verdienstausfall, keine besondere Erfassung in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Die Erfassung durch persönliche Meldung soll neben der schriftlichen auch für die Fälle bestehen bleiben, in denen der Fragebogen nicht zurückgesandt oder nicht vollständig ausgefüllt wird.

Als wesentliche sachliche Änderungen oder Neuerungen sind hervorzuheben:

Nummern 6 und 7 (Nummern 6 und 11 a. F.) regeln klarer als bisher die Erfassung aller Wehrpflichtigen, insbesondere auch derjenigen, die während der Erfassung ihre Hauptwohnung i. S. des Melderechts außerhalb des Geltungsbereichs des Wehrpflichtgesetzes, ihren ständigen Aufenthalt aber im Bereich der Erfassungsbehörde haben.

Nummer 14 (Nummer 17 a. F.) vereinfacht das weitere Verfahren zwischen den Erfassungsbehörden bei Aufenthaltsänderungen dadurch, daß Übersendungen von Personennachweisen oder Mitteilungen im Rahmen des Nachrichtenaustausches der Meldebehörden unterbleiben.

Bei den **Formblättern** entfallen das Wehrstammblatt und die Wehrstammkarte, die für jeden Erfaßten ausgefüllt werden mußten. Sie werden durch den „Fragebogen für die Erfassung von Wehrpflichtigen" ersetzt (vgl. Nr. 3).

Im einzelnen gebe ich zu den Erfassungsvorschriften folgende Hinweise:

Zu Nr. 1 (2)

Eine Definition des Begriffes „ständiger Aufenthalt" enthält das Formblatt 1 in Feld 3.

In die Personennachweise des jeweils aufgerufenen Geburtsjahrgangs sind die ohne Jahrgangsaufruf nach Nr. 16 Abs. 1 (Freiwillige der Bundeswehr, berufsmäßige Angehörige bzw. Freiwillige im Zivilschutzkorps) und nach Nr. 17 Abs. 1 u. 2 (Wehrpflicht für bestimmte Aufgaben) zu erfassenden Wehrpflichtigen nicht aufzunehmen (vgl. auch Abs. 5). Insoweit ist ein besonderer Personennachweis zu führen.

Zu Nr. 1 (3)

Wer als Deutscher anzusehen ist, sagt Artikel 116 GG; Abs. 1 lautet:

> Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist, vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

Zu Nr. 1 (4)

Hier ist insbesondere an die Wehrdienstausnahmen (§§ 9 bis 13 a WPflG) und an die Kriegsdienstverweigerung (§§ 25 bis 27 WPflG) gedacht.

Zu Nr. 1 (6)

In § 1 Abs. 2 (Nr. 3) des Bundesvertriebenengesetzes heißt es:

> Vertriebener ist auch, wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger
>
> 1. ...
>
> 2. ...
>
> 3. nach Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien oder China verlassen hat oder verläßt, es sei denn, daß er erst nach dem 8. Mai 1945 einen Wohnsitz in diesen Gebieten begründet hat (Aussiedler).

§ 3 Abs. 1 Satz 1 Bundesvertriebenengesetz lautet:

> Sowjetzonenflüchtling ist ein deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger, der seinen Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin hat oder gehabt hat und von dort geflüchtet ist, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen.

Zu Nr. 5 (2)

Schreiben der in Absatz 2 genannten Art sind dem zuständigen Regierungspräsidenten vorzulegen.

Zu Nr. 5 (4) letzter Satz

In Abweichung von Absatz 4 Satz 1 führen die Erfassungsbehörden aller kreisangehörigen Gemeinden den Schriftwechsel unmittelbar mit dem Kreiswehrersatzamt.

Zu Nr. 6—14

Die Abschnitte II (Nr. 6—9) und III (Nr. 10—14) gelten entsprechend, wenn an Stelle der schriftlichen Befragung die Erfassung durch persönliche Meldung gewählt wird (vgl. Nr. 15).

Zu Nr. 6 (2)

Die Art der Versendung der Fragebogen ist in das Ermessen der Erfassungsbehörden gestellt.

Zu Nr. 7

Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt in ortsüblicher Weise.

Zu Nr. 9 (1) und (2)

Auf Ausnahmen von der Erstattungspflicht ist in den Formblättern 1 (R) und 5 hingewiesen.

Zu Nr. 10 (2)

Es wird sich empfehlen, jede Erfassung in der nach Nr. 6 Abs. 1 anzulegenden Namensliste oder Kartei zu vermerken, um eine Belastung des Melderegisters mit sachfremden Eintragungen zu vermeiden.

Zu Nr. 11 (1)

Die Wehrstammrollen sind möglichst fortlaufend dem Kreiswehrersatzamt zu übersenden und nicht etwa bis zur Beendigung einer jeweiligen Erfassungsaktion anzusammeln.

Zu Nr. 12 (1)

Zuständige Verwaltungsbehörden für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 45 WPflG sind:

> in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern der Magistrat,
>
> im übrigen der Landrat als Behörde der Landesverwaltung
>
> (Verordnung über die zuständigen Verwaltungsbehörden für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Wehrpflichtgesetz vom 23. 12. 1965 (GVBl. 1966 S. 14).

Ein Wehrpflichtiger, der den Fragebogen nicht oder nicht ordnungsgemäß ausgefüllt zurücksendet, kann nach der z. Z. geltenden Fassung des § 45 WPflG deswegen nicht mit einer Geldbuße belegt werden. In diesen Fällen sollen daher bis zu einer Änderung des Wehrpflichtgesetzes die Wehrpflichtigen nochmals zur Ausfüllung und Rücksendung des Fragebogens angehalten und ggf. zur Erfassung durch persönliche Meldung unter Androhung einer Geldbuße (§ 45 WPflG) oder einer polizeilichen Vorführung (§ 44 Abs. 2 WPflG) geladen werden.

Eine Vorführung nach § 44 Abs. 2 WPflG sollte nur ausnahmsweise angeordnet werden und nur, wenn alle anderen Versuche gescheitert sind. Ein solcher Ausnahmefall kann z. B. dann vorliegen, wenn wiederholte Bußgeldbescheide erfolglos geblieben sind. Die Erfassungsbehörde kann dann etwa eine Woche nach der Vollstreckung des letzten Bußgeldbescheides die Vorführung des Wehrpflichtigen anordnen und die zuständige Polizeibehörde um Durchführung ersuchen.

Zu Nr. 12 (2)

Unter „Meldepflicht bei einem Wohnungswechsel" ist die Meldepflicht nach dem Hessischen Meldegesetz vom 22. 9. 1960 (GVBl. S. 201) zu verstehen und nicht etwa die nach § 24 WPflG (Wehrüberwachung).

Zu Nr. 13 (1) und (2)

Das Ermittlungsersuchen übersenden die Erfassungsbehörden unmittelbar an das Bundesverwaltungsamt in Köln. Dem Bundesverwaltungsamt habe ich vorgeschlagen, die Ermittlungslisten in der erforderlichen Anzahl wie bisher

a) den Landräten (zugleich für die kreisangehörigen Gemeinden),

b) den Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte als Erfassungsbehörden,

c) den Kriminalinspektionen (zugleich für die Kriminalkommissariate), Polizeipräsidenten und Polizeidirektionen

zu übersenden.

Zu Nr. 14 (1)

Die Mitteilungen — Abs. 1 — bzw. die Meldescheine oder Meldescheinabschnitte (Meldebestätigungen) — Abs. 2 — brauchen von dem Zeitpunkt ab, zu dem der Wehrpflichtige

a) gemustert oder auf seine Verfügbarkeit geprüft worden ist, oder

b) von der Pflicht, sich zur Musterung oder Prüfung der Verfügbarkeit vorzustellen, befreit worden ist,

nicht mehr mit der Wehrstammrollen-Nummer versehen zu werden. Die Voraussetzungen von a) und b) werden den Erfassungsbehörden von dem Kreiswehrersatzamt jeweils mitgeteilt.

Zu Nr. 14 (2)

Die Meldebehörden haben die Meldescheine bereits nach Abschnitt III A Buchst. a. Nr. (4) der Verwaltungsvorschriften zum Hessischen Meldegesetz vom 26. 4. 1961 (StAnz. S. 526) dem Kreiswehrersatzamt zu übersenden.

Zu Nr. 14 (3)

Es wird sich empfehlen, den Abgang der Mitteilungen in der nach Nr. 6 Abs. 1 anzulegenden Namensliste oder Kartei zu vermerken, um eine Belastung des Melderegisters mit sachfremden Eintragungen zu vermeiden.

II: Aufhebung von Erlassen

Folgende Erlasse, die die Erfassung von Wehrpflichtigen betreffen, werden aufgehoben:

21. 3. 58 II h — 3322 — 10/58 — 1 —
2. 3. 59 II h — 3321 — 34/59 — 2 —
17. 7. 59 II h — 3321 — 37/59 — 2 — NfD
19. 2. 62 — I g — 95 a — 04—01 — 3/62 —
22. 11 62 I g — 95 a — 04—01 — 1/62 — (StAnz. S. 1674)
8. 1. 63 I g — 95 a — 04—01 — 1/62 — (StAnz. S. 82)
22. 4. 63 I g — 95 a — 04—0/5 — 4/63 — VS-NfD
12. 7. 63 I g — 95 a — 04—01 — 1/62 — (StAnz. S. 840)
9. 10. 64 I g — 95 a — 04—01 — 2/64 — (StAnz. S. 1563)
20. 10. 64 I g — 95 a — 04—05 — 7/64 —
28. 7. 66 IC21 — 95 a — 04—01 — 1/66 — VS-NfD
5. 10. 67 IC21 — 95 a — 04—01 — 1/66 —

Gültig bleibt lediglich mein Erlaß vom 26. August 1968
I B 32 — 95 a — 04—01 — 1/68 — Neufassung der Erfassungsvorschriften.

III. Erfahrungsberichte

Über Ihre Erfahrungen bei der Durchführung der Erfassungsvorschriften, insbesondere mit dem schriftlichen Verfahren, bitte ich mir jeweils bis zum 1. 4. eines jeden Jahres, erstmalig bis zum 1. 4. 1969, auf dem Dienstwege zu berichten.

Wiesbaden, 2. 10. 1968

Der Hessische Minister des Innern
I B 32 — 95 a — 04—01 — 4/68

StAnz. 44/1968 S. 1622

1244

Zusammenlegung der Heimatauskunftstellen Eger und Baltikum und der Vororte beim Landesausgleichsamt

Bezug: Meine Erlasse vom 17. 8. 1953 — I a 1 — 7 b — (StAnz. S. 782), 28. 2. 1961 — XI a 1 — 36/3734 — II/32 —, 5. 4. 1961 — I A 1 — 7 b — (StAnz. S. 442) und 21. 3. 1966 — I A 11 — 7 b — (StAnz. S. 442)

Die auf Grund des Kabinettsbeschlusses vom 5. Mai 1953 mit Erlaß vom 17. 8. 1953 — I a 1 — 7 b — (StAnz. S. 782) eingerichteten Heimatauskunftstellen Eger und Baltikum und die mit Erlaß vom 28. Februar 1961 — XI a 1 — 36/3734 — II/52 —, geändert durch Erlaß vom 21. März 1966 — I A 11 — 7 b — (StAnz. S. 442) gebildeten Vororte bei dem Landesausgleichsamt werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1968 zu einer Dienststelle zusammengefaßt.

Die Dienststelle trägt die Bezeichnung

Heimatauskunftstellen und Vororte
bei dem Landesausgleichsamt

und hat die Postanschrift

62 Wiesbaden, Luisenstraße 13;

der Fernsprechanschluß hat die Sammelnummer

Wiesbaden (06121) 3 21.

Die Organisation der Dienststelle ergibt sich aus dem nachstehenden Organisationsplan. Im Schriftverkehr ist der Dienststellenbezeichnung die Bezeichnung der Sachgebietsgruppe beizufügen:

Heimatauskunftstellen und Vororte
bei dem Landesausgleichsamt
— Heimatauskunftstelle Eger —
oder
— Heimatauskunftstelle Baltikum —
oder
— Vororte —.

Die Dienststelle untersteht unmittelbar dem Landesausgleichsamt und wird von diesem wirtschaftlich betreut. Nähere Einzelheiten, insbesondere den Personaleinsatz, bestimmt der Leiter des Landesausgleichsamtes.

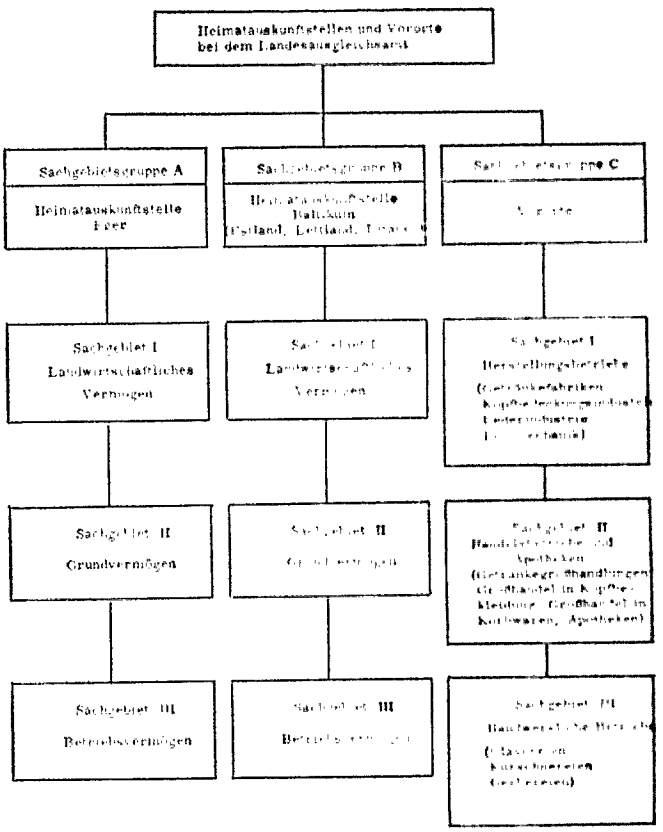
Wiesbaden, 26. 9. 1968 **Der Hessische Minister des Innern**
I A 1 — 7 b

StAnz. 44/1968 S. 1624

*

Anlage

Organisationsplan



1245

1. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Beneluxstaaten über die Übernahme von Personen an der Grenze vom 17. Mai 1966 (BAnz. 1966 Nr. 131);

hier: Begriff der „unbefugten Einreise"

2. Übernahmeanträge nach den bestehenden Abschiebungs- und Übernahmeabkommen;

hier: Nachweis der Illegalität der Einreise

I.

Im Rahmen eines Schriftwechsels, den der Bundesminister des Innern mit den Justizministern der Beneluxstaaten geführt hat, ist von ihm der Begriff der „unbefugten Einreise" im Sinne des zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Beneluxstaaten abgeschlossenen Übernahmeabkommens wie folgt definiert worden:

> Als unbefugt ist eine Einreise anzusehen, die ohne eine besondere oder allgemein erteilte Erlaubnis außerhalb zugelassener Grenzübergangsstellen oder unter sonstiger Umgehung der Paßkontrolle oder unter Täuschung der Grenzdienststellen durch Vorlage gefälschter oder sich nicht auf die eigene Person beziehender Grenzübertrittspapiere erfolgt ist.

Diese Definition entspricht der Auslegung des im deutsch-schweizerischen Übernahmeabkommens vom 25. Oktober 195 (BAnz. 1955 Nr. 19) verwendeten Begriffs der „rechtswidrige Einreise", die auch auf die zwar anders formulierten, abe sachlich entsprechenden Begriffe, die in den mit Dänemar Norwegen, Österreich, Schweden und Frankreich abgeschlos senen Abschiebungs- und Übernahmeabkommen für die illegale Einreise verwendet worden sind, Anwendung finde (vgl. auch meinen nicht veröffentlichten Runderlaß vom 31. 3. 1966 — III A 31 — 23 d — Tgb. Nr. 78 66 —).

II.

Aus gegebenem Anlaß weise ich darauf hin, daß es zur Vermeidung von Rückfragen und damit verbundenen Verzögerungen zweckmäßig ist, bei der Stellung von Übernahmeanträgen u. a. anzugeben, aus welchem Grunde der Tatbestand der illegalen Einreise im Sinne der unter I. erwähnten Definition als erfüllt anzusehen ist. Im allgemeinen dürfte dabei eine Mitteilung darüber ausreichen, auf welche Weise und an welchem Ort der Grenzübertritt erfolgt ist.

Ich bitte um Beachtung.

Wiesbaden, 14. 10. 1968

Der Hessische Minister des Innern
III A 31 — 23 d

StAnz. 44/1968 S. 1624

1246

An die
Herren Standesbeamten und ihre
Aufsichtsbehörden

Gesetz über die Rechtswirkungen des Ausspruchs einer nachträglichen Eheschließung vom 29. 3. 1951 (BGBl. I S. 215)

Bezug: Gemeinsamer Runderlaß vom 31. 8. 1951 (StAnz. Seite 563)

Die in dem Gemeinsamen Runderlaß des Hessischen Ministers des Innern und des Hessischen Ministers der Justiz vom 31. August 1951 enthaltenen Bestimmungen sind, soweit sie den Standesbeamten berühren, in der Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden vom 16. April 1968 (Beil. zum BAnz. Nr. 85), soweit sie den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Amts-/Landgerichts berühren, in die Abschnitte VII/4 und XIII/7 der Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi) vom 1. Oktober 1967 (JMBl. Seite 397) übernommen worden.

Der Gemeinsame Runderlaß vom 31. August 1951 hat deshalb seine Bedeutung verloren und wird hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, 1. 10. 1968

Der Hessische Minister des Innern
II A 41 — 25 d 14/15 — 1/68 — 1
Der Hessische Minister der Justiz
3460 — II/6 — 1295

StAnz. 44/1968 S. 1625

1247

Abfindung der Bewerber für den hess. Polizeidienst

1. Bewerbern für den Polizeidienst, die zu Eignungsprüfungen gemäß § 4 Pol-LVO aufgefordert worden sind, werden für den kürzesten Reiseweg die Fahrkosten der niedrigsten Wagenklasse des billigsten regelmäßig verkehrenden Beförderungsmittels im Rahmen des Erlasses des Hessischen Ministers der Finanzen vom 14. Oktober 1964 (StAnz. S. 1336) in der Fassung vom 21. Okt. 1966 (StAnz. S. 1424) erstattet. An Stelle eines Verpflegungs- und Übernachtungszuschusses für die Aufenthaltstage am Prüfungsort werden Verpflegung und Unterkunft unentgeltlich gewährt.

2. Bewerber, die nach vorausgegangener Eignungsprüfung und nachfolgender Aufforderung wegen ihrer beabsichtigten Einstellung zum Dienstort angereist sind, erhalten für die Einstellungsreise bis zur Ankunft am Dienstort Reisekostenvergütung nach § 24 HRKG in Verbindung mit § 16 HRKG. Verpflegung wird gegen Bezahlung gewährt.
Für gewährte Unterkunft ist ein Unterbringungsgeld nach meinem Erlaß vom 17. 7. 1963 (StAnz. S. 865) auf die Dienstbezüge anzurechnen.

3. Bewerber nach Ziff. 2, bei denen durch die Einstellungsuntersuchung die Polizeidiensttauglichkeit nicht bestätigt wird und die daher nicht eingestellt werden können, erhalten Fahrkosten für die Rückreise zum Wohnort sowie Verpflegungs- und Übernachtungszuschuß für die Tage der Abwesenheit vom Wohnort nach dem Erlaß HMdF vom 14. Oktober 1964 (StAnz. S. 1336) in der Fassung vom 21. Oktober 1966 (StAnz. S. 1424).
Der Übernachtungszuschuß ermäßigt sich auf 3,— DM, wenn Unterkunft unentgeltlich bereitgestellt wurde.
Verpflegung wird gegen Bezahlung gewährt.
Bewerbern, die am Dienstort oder in dessen Nachbarort wohnen und somit Verpflegungs- und Übernachtungszuschuß nicht erhalten können, wird Verpflegung und Unterkunft unentgeltlich gewährt.

4. Im Rj. 1968 sind die entstehenden Kosten wie folgt zu buchen:

Ziff 1. und 3 bei Tit. 299
Ziff 2 bei Tit. 217

Die Kosten der unentgeltlichen Verpflegung sind bei Tit. 304 zu buchen. Ab Rechnungsjahr 1969 sind die Kosten für unentgeltliche Verpflegung bei Tit. 522 01, alle übrigen Kosten bei Tit. 527 01 zu buchen.

5. Mein Erlaß vom 1. Juli 1968 — III A 14 — 13 a 08 — n. v. — wird aufgehoben.

Wiesbaden, 17. 9. 1968

Der Hessische Minister des Innern
III A 14 — 13 a 08

StAnz. 44/1968 S. 1625

1248

Sichtvermerksabkommen mit Kenia

Zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kenia ist durch Notenwechsel ein Abkommen über die Befreiung vom Sichtvermerkszwang geschlossen worden. Das Abkommen ist am 8. August 1968 in Kraft getreten und berechtigt Deutsche, die im Besitz eines gültigen Reisepasses oder Kinderausweises sind, sichtvermerksfrei nach Kenia einzureisen, sofern sie nicht beabsichtigen, sich länger als drei Monate dort aufzuhalten oder einer auf Erwerb gerichteten Tätigkeit nachzugehen.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Wiesbaden, 10. 10. 1968

Der Hessische Minister des Innern
III A 31 — 23 c 02

StAnz. 44/1968 S. 1625

1249

Zulassung ausländischer Pässe;

hier: Ecuadorianisches „Pasaporte Especial"

In einem an die Grenzschutzdirektion in Koblenz gerichteten Erlaß vom 9. September 1968 — V II 6 — 125 342 — E 1 —/1 — hat der Bundesminister des Innern folgendes ausgeführt:

„Die ecuadorianische Regierung hat im Jahre 1966 ein neues Gesetz über Pässe und Reiseausweise erlassen. Danach werden in Zukunft neben den Diplomaten-, Dienst- und Reisepässen auch ‚Pasaportes Especiales' ausgestellt. Dieses Ausweispapier können folgende Personen erhalten:

Staats- oder städtische Beamte, die sich auf Dienstreise befinden;

Professoren, Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller, die im Rahmen eines kulturellen Austausches vom Ausland eingeladen worden sind;

Stipendiaten und Delgationsmitglieder von Universitäten und Schulen, die das Land zu kulturellen und touristischen Zwecken verlassen, soweit dies von den entsprechenden Unterrichtsanstalten gefördert wird;

Verwaltungs- und Hilfsangestellte internationaler Organisationen;

Ehemalige Gesandte, die mindestens zehn Jahre ununterbrochen im aktiven Dienst und bei der Ausstellung des Passes zur Disposition standen.

In den ‚Pasaportes Especiales' ist für die Eintragung des Namens des Inhabers die Spalte ‚Nombre del titular' vorgesehen. Aus der Bezeichnung dieser Spalte ist nicht ersichtlich, ob in ihr lediglich der Zuname des Inhabers oder auch sein Vorname eingetragen wird. Das ecuadorianische Außenministerium hat jedoch bestätigt, daß die Spalte auch für die Eintragung des Vornamens Verwendung findet. Einer Ausnahme vom Erfordernis der Ziffer 4 Buchstabe **a** zu § 3 AuslGVwv bedarf es also nicht.

In die ‚Pasaportes Especiales' kann auch die Ehefrau des Inhabers miteingetragen werden. Die Angabe ihrer Staatsangehörigkeit ist nicht vorgesehen. Da das ecuadorianische Außenministerium aber für die in die ‚Pasaportes Especiales' eingetragenen Ehefrauen das Recht zur Rückkehr bzw. Einreise nach Ecuador auch für den Fall, daß es sich nicht um ecuadorianische Staatsangehörige handelt, garantiert hat, lasse ich insoweit gemäß Ziffer 4 Abs. 3 zu § 3 AuslGVwv im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt eine Ausnahme vom Erfordernis der Ziffer 4 Buchstabe c zu § 3 AuslGVwv zu.

Die ‚Pasaportes Especiales' enthalten auch keinen Vermerk über ihren Geltungsbereich. Da sich dieser nach Auskunft des ecuadorianischen Außenministeriums jedoch mit Ausnahme der evtl. eingetragenen Einschränkungen (eine solche wird z. Z. für Kuba vorgenommen) auf alle Länder erstreckt, lasse ich insoweit im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt eine Ausnahme vom Erfordernis der Ziffer 4 Buchst. f zu § 3 AuslGVwv zu."

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Wiesbaden, 10. 10. 1968

Der Hessische Minister des Innern
III A 31 — 23 d

StAnz. 44/1968 S. 1625

1250

Aufhebung des Sichtvermerkszwanges für Deutsche durch das Königreich Laos

Die Königlich Laotische Regierung hat den Sichtvermerkszwang für Inhaber gültiger deutscher Pässe, die sich nicht länger als 3 Monate besuchsweise in Laos aufzuhalten beabsichtigen, aufgehoben.

Ich bitte deshalb, in der Übersicht zu meinem Runderlaß vom 22. April 1965 (StAnz. S. 514) bei dem Stichwort „Laos" den Vermerk „D = SV" durch „D = frei" zu ersetzen.

Wiesbaden, 14. 10. 1968

Der Hessische Minister des Innern
III A 31 — 23 d

StAnz. 44/1968 S. 1626

1251

Genehmigung eines Wappens und einer Flagge der Gemeinde Langenaubach, Dillkreis, Regierungsbezirk Darmstadt

Der Gemeinde Langenaubach im Dillkreis, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen und die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

Wappenbeschreibung:

„Aus grünem U-förmigem Schildrand wachsend eine schwarze Spitze auf goldenem Grund."

Flaggenbeschreibung:

„Zwischen schmalen grünen Seitenbahnen eine breite goldene Mittelbahn, darauf im oberen Drittel das Gemeindewappen."

Wiesbaden, 9. 10. 1968

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 06 — 29/68

StAnz. 44/1968 S. 1626

1252

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Viermünden, Landkreis Frankenberg, Regierungsbezirk Kassel

Der Gemeinde Viermünden im Landkreis Frankenberg, Regierungsbezirk Kassel, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. Seite 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

„In Silber ein schwarz-gold quadrierter Schrägbalken, beseitet von zwei grünen vierblättrigen Kleeblättern."

Wiesbaden, 9. 10. 1968

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 06 — 29/68

StAnz. 44/1968 S. 1626

1253

Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Bischofsheim im Landkreis Hanau, Regierungsbezirk Darmstadt

Der Gemeinde Bischofsheim im Landkreis Hanau, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. Seite 103) die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

„Zwischen schmalen roten Seitenstreifen eine breite silberne Mittelbahn, im oberen Drittel belegt mit dem Gemeindewappen."

Wiesbaden, 9. 10. 1968

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 08 — 30/68

StAnz. 44/1968 S. 1626

1254

Änderung der Grenze zwischen der Gemeinde Veckerhagen und dem Forstgutsbezirk Reinhardswald, Kreis Hofgeismar

Die Hessische Landesregierung hat am 1. Oktober 1968 beschlossen:

„Auf Grund der §§ 16 und 17 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. Januar 1969 nachstehende Grenzänderung vorgenommen:

Aus dem Gebiet der Gemeinde Veckerhagen werden ausgemeindet und in das Gebiet des Forstgutsbezirks Reinhardswald eingemeindet: Flur 3 Flurstück 30, 9,22 Ar, Flurstück 31, 9,64 Ar, insgesamt 18,86 Ar.

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, von der Aufsichtsbehörde durchzuführen."

Wiesbaden, 10. 10. 1968

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 08 — 55/68

StAnz. 44/1968 S. 1626

1255

Bekanntmachung der für die Berechnung der Bauaufsichtsgebühren maßgeblichen durchschnittlichen Rohbaukosten

Gemäß Nr. 11 Abschnitt IV Satz 2 des Gebührenverzeichnisses zum Hessischen Verwaltungsgebührengesetz in der Fassung vom 26. September 1966 (GVBl. I S. 277) wird bekanntgegeben:

1. Die für die Berechnung der Gebühren nach Nr. 11 des Gebührenverzeichnisses zum Hessischen Verwaltungsgebührengesetz maßgeblichen durchschnittlichen Rohbaukosten je cbm umbauten Raumes betragen für

a) Wohngebäude	51,— DM,
b) Büro- und Verwaltungsgebäude	77,— DM,
c) Krankenanstalten, Sanatorien und ähnl. Gebäude	92,— DM,
d) Waren- und Geschäftshäuser	53,— DM,
e) Gebäude des Beherbergungsgewerbes	68,— DM,
f) Gaststättengebäude (ohne Beherbergung)	52,— DM,
g) Fabrik- und Werkstattgebäude	46,— DM,
h) gewerbliche Hallenbauten	32,— DM,
i) gewerbliche und industrielle Betriebsgebäude, die nicht unter b) bis h) fallen	53,— DM,
k) Schulen	82,— DM,
l) landwirtschaftliche Betriebsgebäude wie Ställe und Scheunen	33,— DM,
m) sonstige Nichtwohngebäude	76,— DM.

2. Bei gemischt genutzten Gebäuden ist von den durchschnittlichen Rohbaukosten auszugehen, die für die überwiegende Nutzung maßgebend sind.

3. Diese Bekanntmachung gilt vom 1. November 1968 bis zum 31. Oktober 1969.

Wiesbaden, 11. 10. 1968

Der Hessische Minister des Innern
V A 4 — 64 a 04 01 — 8/68

StAnz. 44/1968 S. 1626

1256

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt und Kassel

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt/M.
— Bauaufsichtsbehörde —
6 Frankfurt am Main

Technische Baubestimmungen;

hier: 1. DIN 68 705 Blatt 1 bis 4; DIN 68 750, DIN 68 751 und DIN 68 761, Blatt 1—3 über Sperrholz, Holzfaserplatten und Holzspanplatten
2. Ergänzende Bestimmungen für die Verwendung von Holzwerkstoffen (Fassung September 1968)

Bezug: Erlaß vom 4. 12. 1963 (StAnz. 1964 S. 22) und vom 10. 5. 1965 (StAnz. S. 689)

1. Die Normblätter

DIN 68 705 Blatt 1 — Sperrholz; Begriffe, allgemeine Anforderungen, Prüfung — Ausgabe Januar 1968

Blatt 2 — Sperrholz; Sperrholz für allgemeine Zwecke, Gütebedingungen — Ausgabe Januar 1968

Blatt 3 — Sperrholz; Bau-Furnierplatten; Gütebedingungen — Ausgabe Januar 1968

Blatt 4 — Sperrholz; Bau-Tischlerplatten, Gütebedingungen — Ausgabe Juli 1968

DIN 68 750 — Holzfaserplatten, poröse und harte Holzfaserplatten; Gütebedingungen — Ausgabe April 1958

DIN 68 751 — Kunststoffbeschichtete dekorative Holzfaserplatten; Begriff, Anforderungen, Prüfung — Ausgabe Juli 1968

DIN 68 761 Blatt 1 — Holzspanplatten, Rohdichte 450 kg pro Kubikmeter bis 750 kg pro Kubikmeter; Begriffe, Anforderungen und Prüfung — Ausgabe Juni 1961

Blatt 2 — Holzspanplatten, Rohdichte bis 450 kg/m³ (Leichte Holzspanplatten); Anforderungen und Prüfung — Ausgabe Februar 1963

Blatt 3 — Holzspanplatten, Flachpreßplatten für die Anwendung im Bauwesen; Gütebedingungen, Prüfung, Eigenschaften — Ausgabe Sept. 1967

und die von der Arbeitsgruppe „Einheitliche Technische Baubestimmungen (ETB)" des Deutschen Normenausschusses aufgestellten „Ergänzenden Bestimmungen für die Verwendung von Holzwerkstoffen", Fassung September 1968 (siehe Anlage) werden hiermit nach § 29 Abs. 2 Hessische Bauordnung (HBO) vom 6. 7. 1957 (GVBl. S. 101) i. d. F. des Gesetzes vom 4. 7. 1966 (GVBl. S. 171) als Technische Baubestimmungen für die Bauaufsichtsbehörden eingeführt.

Der Erlaß vom 4. 12. 1963 — Vb — 61 a 04/03 — 1/63 —, mit dem die Normen

DIN 68 705 — Sperrholz für allgemeine Zwecke; Begriffe, Gütebedingungen — Ausgabe März 1963

DIN 68 750 — Holzfaserplatten, poröse und harte Holzfaserplatten; Gütebedingungen — Ausgabe April 1958

DIN 68 761 Blatt 1 — Holzspanplatten; Rohdichte 450 kg pro Kubikmeter bis 750 kg/m³; Begriffe, Anforderungen und Prüfung —, Ausgabe Juni 1961 und

DIN 68 761 Blatt 2 — ...; Rohdichte bis 450 kg/m³ (Leichte Holzspanplatten); Anforderungen und Prüfung —, Ausgabe Februar 1963

eingeführt wurden, und der Erlaß vom 10. 5. 1965 — Vb — 61a04/03 — 1/65 —, mit dem die Norm

DIN 68 751 — Kunststoffbeschichtete dekorative Holzfaserplatten; Begriff, Anforderungen, Prüfung —, Ausgabe Juli 1964

eingeführt wurde und ergänzende Bestimmungen über die Verwendung der vorstehend aufgeführten Holzwerkstoffe erlassen wurden, werden aufgehoben.

2. Für **Holzhäuser in Tafelbauart** sind die Richtlinien für Bemessung und Ausführung vom August 1963 (eingeführt mit Erlaß vom 1. 11. 1963 — StAnz. 1964 S. 151),

für **Dachschalungen aus Holzwerkstoffen** sind die „Vorläufigen Richtlinien für Bemessung und Ausführung von Dachschalungen aus Holzspanplatten oder Bau-Furnierplatten", Fassung Mai 1967 (eingeführt mit Erlaß vom 25. 1. 1968 — StAnz. S. 371) in Verbindung mit den anliegenden „Ergänzenden Bestimmungen für die Verwendung von Holzwerkstoffen", Fassung September 1968, zu beachten.

Bei der Errichtung und Änderung anderer baulicher Anlagen gelten die „Ergänzenden Bestimmungen für die Verwendung von Holzwerkstoffen" sinngemäß.

3. Holzwerkstoffe für tragende und aussteifende Zwecke gelten nur dann als gütegesichert, wenn sie aus Werken stammen, die einer Güteüberwachung durch eine anerkannte Güteschutzgemeinschaft oder eine anerkannte Prüfstelle unterliegen. Bei Sperrholz wird auf DIN 68 705 Blatt 3 und Blatt 4, Abschnitt 5, in Verbindung mit DIN 68 705 Bl. 1, Abschnitt 5 — Gütesicherung —, bei Holzspanplatten wird auf DIN 68 761 Blatt 3, Abschnitt 4 — Gütesicherung — besonders hingewiesen. Auch Holzfaserplatten (DIN 68 750 und DIN 68 751) und Holzspanplatten nach DIN 68 761 Blatt 1 und 2, die in diesem Bereich verwendet werden, bedürfen einer Güteüberwachung.

4. Wenn die Herstellung der Holzwerkstoffe nicht durch eine anerkannte Güteschutzgemeinschaft überwacht wird, können mit folgenden Prüfstellen Überwachungsverträge abgeschlossen werden:

4.1 Bayerische Landesgewerbeanstalt Nürnberg, 85 Nürnberg 2, Gewerbemuseumsplatz 2,

4.2 Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, 2057 Reinbek b. Hamburg, Schloß,

4.3 Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM), 1 Berlin 45, Unter den Eichen 98,

4.4 Forschungsinstitut für Holzwerkstoffe und Holzleime, 75 Karlsruhe-Durlach, Dieselstraße 6,

4.5 Forschungs- und Materialprüfungsamt für das Bauwesen — Otto-Graf-Institut —, 7 Stuttgart-Vaihingen, Robert-Leicht-Straße 209,

4.6 Institut für Baustoffkunde und Stahlbetonbau der Techn. Universität Braunschweig — Amtliche Materialprüfungsanstalt für das Bauwesen —, 33 Braunschweig, Beethovenstraße 52,

4.7 Institut für Flugzeugbau und Leichtbau, Technische Universität Braunschweig, 33 Braunschweig, Langer Kamp 196,

4.8 Institut für Holzforschung und Holztechnik der Technischen Universität München, 8 München 13, Winzerer Straße 45,

4.9 Institut für Materialprüfung und Forschung des Bauwesens der Technischen Universität Hannover — Amtliche Materialprüfungsanstalt für das Bauwesen —, 3 Hannover, Nienburger Straße 3,

4.10 Staatliche Materialprüfungsanstalt Darmstadt an der Technischen Hochschule, 61 Darmstadt, Grafenstr. 2,

4.11 Staatliches Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen, 46 Dortmund-Aplerbeck, Marsbruchstraße 186,

4.12 Versuchsanstalt für Stahl, Holz und Steine — Materialprüfungsanstalt der Universität Karlsruhe (TH), 75 Karlsruhe, Kaiserstraße 12,

4.13 Wilhelm-Klauditz-Institut für Holzforschung an der Technischen Universität Braunschweig, 33 Braunschweig-Kralenriede, Bienroder Weg 54a.

5. Abdrucke der Normblätter DIN 68 705 Blatt 1 bis 4, DIN 68 750, DIN 68 751 und DIN 68 761 Blatt 1 bis 3 können beim Beuth-Vertrieb GmbH, 1 Berlin 30, Burggrafenstr. 4—7, und Köln, Friesenplatz 16, bezogen werden.

In den „Bautechnischen Verzeichnissen für die Bauaufsicht im Lande Hessen" ist im Teil 1 Abschn. II e die Nr. 5 zu streichen. Unter Nr. 10 bis 13 sind die Normblätter DIN 68 705 Blatt 1, Blatt 2, Blatt 3, Blatt 4 neu aufzunehmen. Die Norm DIN 68 761 Blatt 3 ist unter Nr. 14, die „Ergänzenden Bestimmungen für die Verwendung von Holzwerkstoffen" unter Nr. 15 neu aufzunehmen. Bei den unter Nr. 6 bis 8 geführten unverändert gebliebenen Normblättern DIN 68 750, DIN 68 761 Blatt 1 und Blatt 2 ist in Spalte „Einführungserlasse — Datum" eine Berichtigung vorzunehmen. Bei dem unter Nr. 9 aufgeführten Normblatt DIN 68 751 sind ebenfalls die entsprechenden Berichtigungen vorzunehmen. Die Hinweise „Ergänzung" unter Nr. 5 bis 8 entfallen und können gestrichen werden.

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

Wiesbaden, 7. 10. 1968

Der Hessische Minister des Innern
V A 2 — 64 b 16 13 — 8 9/13 14 68

StAnz. 44/1968 S. 1627

*

Anlage
zum Erlaß vom 7. Okt. 1968
Az.: V A 2 — 64b16 13
— 8 9 13 14 68

betreffend die Normblätter

DIN 68 705 Blatt 1 bis 4 — Sperrholz (Bau-Furnierplatten und Bau-Tischlerplatten nach Blatt 3 und 4

DIN 68 750 und
DIN 68 751 — Holzfaserplatten

DIN 68 761 Blatt 1 bis 3 — Holzspanplatten

Ergänzende Bestimmungen für die Verwendung von Holzwerkstoffen

Fassung September 1968

1. Nach den von der Arbeitsgruppe „Einheitliche Technische Baubestimmungen (ETB)" im Fachnormenausschuß Bauwesen herausgegebenen

„Holzhaus-Richtlinien (Holzhäuser in Tafelbauart, Bemessung und Ausführung)", Fassung August 1963 und den

„Vorläufigen Richtlinien für Bemessung und Ausführung von Dachschalungen aus Holzspanplatten oder Bau-Furnierplatten", Fassung Mai 1967

dürfen eine Reihe von Holzwerkstoffen für tragende oder aussteifende Bauteile verwendet werden.

2. Bis weitere Erfahrungen über die Verwendung von Holzwerkstoffen vorliegen, müssen Holzwerkstoffe bei Anwendung nach Nr. 1 dieser Bestimmungen folgende zusätzliche Anforderungen erfüllen, und zwar auch dann, wenn der erforderliche bauliche und chemische Feuchtigkeitsschutz (Holzschutz) nach den o. g. Richtlinien vorhanden ist.

2.1 **Sperrholzplatten** (Bau-Furnierplatten und Bau-Tischlerplatten) nach DIN 68 705 Blatt 3 und 4 müssen als tragende oder aussteifende Teile folgende Eigenschaften aufweisen:

2.1.1 Für die raumseitige Beplankung von Bauteilen in Räumen mit im allgemeinen niedriger Luftfeuchtigkeit (z. B. Wohn- und Schlafräume): Verleimung I F 20;

2.1.2 für die raumseitige Beplankung von Bauteilen in Räumen mit erhöhter Luftfeuchtigkeit (z. B. Küche, Bad, Abort): Verleimung A 100 oder I W 67.

Sind diese Räume nicht ausreichend lüftbar, dann dürfen nur Platten verwendet werden, die unter Zugabe geeigneter Holzschutzmittel hergestellt werden. Die Platten sind mit dem Buchstaben G zu kennzeichnen[1]);

2.1.3 für die Außenbeplankung von Außenbauteilen und für die raumseitige Beplankung von Naßräumen: Verleimung A W 100 mit Zugabe von Holzschutzmitteln (G)[1]). Es wird empfohlen, einen zusätzlichen Wetterschutz vorzusehen (s. Nr. 2.2.3);

2.1.4 für Dachschalungen nur Bau-Furnierplatten mit zusätzlichem Holzschutz: Verleimung AW 100 (g)[1]).

2.2 **Holzspanplatten** nach DIN 68 761 Blatt 3 müssen als tragende oder aussteifende Teile folgende Eigenschaften aufweisen:

2.2.1 für die raumseitige Beplankung von Bauteilen in Räumen mit im allgemeinen niedriger Luftfeuchtigkeit (z. B. Wohn- und Schlafräume): Verleimung V 20;

2.2.2 für die raumseitige Beplankung von Bauteilen in Räumen mit erhöhter Luftfeuchtigkeit (z. B. Küche, Bad, Abort): Verleimung V 100 oder bei zusätzlichem Oberflächenschutz V 70.

Für nicht ausreichend lüftbare Räume gilt Nr. 2.1.2 sinngemäß;

2.2.3 für die Außenbeplankung von Außenbauteilen und für die raumseitige Beplankung von Naßräumen:

Nur bei Anordnung einer vorgesetzten wetterbeständigen Bekleidung oder einer dauerhaften dampfsperrenden Oberflächenschicht bei Beachtung der Dampfdiffusionsverhältnisse im Wandinnern:

Verleimung V 100 mit Zugabe von Holzschutzmitteln (G)[1]);

2.2.4 für Dachschalungen: Verleimung V 100 mit zusätzlichem Holzschutz (G)[1]);

2.2.5 **Beschichtete Strangpreßplatten** nach DIN 68 761 Blatt 1 — Holzspanplatten, Rohdichte 450 kg m³ bis 750 kg m³; Begriffe, Anforderungen, Prüfung — Ausgabe Juni 1961 und Blatt 2 — Holzspanplatten, Rohdichte bis 450 kg je Kubikmeter (Leichte Holzspanplatten); Anforderungen und Prüfung — Ausgabe Februar 1963, Abschnitt 1.2 dürfen für Ausführungen nach Nr. 2.2.1 und 2.2.2 verwendet werden, wenn das Bindemittel für die Verleimung der Strangpreßplatten mit den beidseitigen Holzwerkstoffbeschichtungen den Anforderungen der Nummern 2.1 (Beschichtung mit Furnieren) bzw. 2.3 (Beschichtung mit Holzfaserplatten) entsprechen.[2])

2.3 **Holzfaserhartplatten** nach DIN 68 750 und DIN 68 751 dürfen für Wand- und Deckenkonstruktionen nur verwendet werden:

2.3.1 in den Fällen der Nummer 2.2.1 als tragende oder aussteifende Teile;

2.3.2 in den Fällen der Nummer 2.2.2 als aussteifende Teile mit einem entsprechenden Oberflächenschutz (z. B. Melaminharzbeschichtung oder Lackierung);

2.3.3 in den Fällen der Nummer 2.2.3 bei ausreichendem Feuchtigkeitsschutz (z. B. Verwendung ölgehärteter Platten);

2.3.4 aufgelöste Konstruktionen (z. B. „Wabenkonstruktionen") und Verbundplatten (z. B. mit Holzfaserhartplatten beklebte Holzwerkstoffe) können bei ausreichendem Schutz der Oberfläche in den Fällen der Nummern 2.3.1 bis 2.3.3 verwendet werden.

3. **Bekleidungen**

Es wird empfohlen, bei Bekleidungen aus Holzwerkstoffen, die keine tragenden oder aussteifenden Aufgaben im Bauwerk zu erfüllen haben, den Inhalt der Nummer 2 dieser „Ergänzenden Bestimmungen" ebenfalls anzuwenden.

---

[1]) Holzschutzmittel müssen für die betreffende Platten- und Herstellungsart geeignet sein; auf ihre Verträglichkeit mit den Bindemitteln der Holzwerkstoffplatten ist zu achten. Der Nachweis kann durch ein Gutachten der Bundesanstalt für Materialprüfung, 1 Berlin 45, Unter den Eichen 87, erbracht werden. Das Holzschutzmittel ist bei der Herstellung dem Leim oder der Mischung beizugeben. Bis zum 31. 12. 1969 können auch Platten verwendet werden, die im Werk nach ihrer Herstellung mit einem Holzschutzmittel behandelt worden sind; Schnittflächen sind an der Baustelle nachträglich zu schützen.

[2]) Ein Normblatt DIN 68 761 Blatt 4 — Beschichtete Holzspanplatten wird vorbereitet.

Der Hessische Minister der Finanzen

1257

Anschlußtarifverträge

Die Bundesrepublik Deutschland, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände haben am 19. September 1968 mit dem Deutschen Berufsverband der Sozialarbeiter e. V. einen Anschlußtarifvertrag zum

a) Siebzehnten Tarifvertrag zur Änderung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 30. November 1967 (bekanntgegeben mit Erlaß vom 15. Januar 1968 — P 2100 A — 492 — I B 31 — StAnz. S. 153)

b) Achtzehnten Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 3. Dezember 1967 (bekanntgegeben mit Erlaß vom 22. Dezember 1967 — P 2100 A — 493 — I B 3 — StAnz. 1968 Seite 66)

c) Neunzehnten Tarifvertrag zur Änderung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 7. Februar 1968 (bekanntgegeben mit Erlaß vom 29. März 1968 P 2100 A — 494 — I B 3 — StAnz. S. 693)

d) Zwanzigsten Tarifvertrag zur Änderung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 14. Mai 1968 (bekanntgegeben mit Erlaß vom 9. August 1968 — P 2100 A — 495 — I B 31 — StAnz. S. 1311)

und am 16. September 1968 mit der Gewerkschaft der Polizei einen Anschlußtarifvertrag zum Neunzehnten Tarifvertrag zur Änderung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 7. Februar 1968 (bekanntgegeben mit Erlaß vom 29. März 1968 — P 2100 A — 494 — I B 3 — StAnz. S. 693) abgeschlossen.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Von einer Veröffentlichung der Anschlußtarifverträge und einer nochmaligen Bekanntgabe der Änderungstarifverträge sehe ich ab.

Wiesbaden, 10. 10. 1968

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2048 A — 34 — I B 31
StAnz. 44/1968 S. 1629

1258

Änderungstarifvertrag Nr. 11 zum MTL II vom 14. Mai 1968;
hier: Anschlußtarifverträge
Bezug: Erlaß vom 29. Juli 1968 (StAnz. S. 1248)

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat am 26. August 1968 mit

a) der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft,
b) der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund — GtV —,
c) der Gewerkschaft der Polizei,
d) der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands — GÖD —,
e) dem Verband deutscher Straßenwärter

Anschlußtarifverträge zum Änderungstarifvertrag Nr. 11 zum MTL II vereinbart.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Von einer Veröffentlichung der Anschlußtarifverträge und einer nochmaligen Bekanntgabe des Änderungstarifvertrages Nr. 11 zum MTL II sehe ich ab.

Wiesbaden, 9. 10. 1968

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2048 A — 30 — I B 32
StAnz. 44/1968 S. 1629

Der Hessische Minister der Justiz

1259

Verlust eines Dienstsiegels

Das Dienstsiegel (runder Farbdruckstempel) mit der Wappenfigur des Landes Hessen und der Umschrift „Ortsgericht Altenhaßlau" ist in Verlust geraten und wird mit Wirkung vom 2. September 1968 für ungültig erklärt.

Das neue Dienstsiegel (obige Aufschrift) ist zur Unterscheidung mit einer arabischen 1 (eins) versehen.

Wiesbaden, 4. 10. 1968

Der Hessische Minister der Justiz
3842 E — II/7 — 1546
StAnz. 44/1968 S. 1629

Der Hessische Kultusminister

1260

Verwaltungsvorschriften zum Gesetz über Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit und Erziehungsbeihilfen

Bezug: Erlaß vom 3. 6. 1965 (ABl. S. 370 = StAnz. S. 848) i. d. F. vom 18. 10. 1967 (ABl. S. 847 = StAnz. S. 1392)

Der Bezugserlaß wird ab sofort wie folgt geändert:

1. In Nr. 11 wird in der Aufstellung über die Gegenseitigkeitsverbürgung hinsichtlich der Lernmittelfreiheit in der Spalte **Bremen** in Ziff. 22 (Höhere Wirtschaftsfachschulen) an Stelle des „—"-Zeichens ein „+"-Zeichen gesetzt.
2. In Nr. 15 wird Abs. 4 gestrichen.
3. Nr. 16 erhält folgende Fassung:

„Nr. 16:

Für die Beschaffung von Lernmaterial gilt folgendes, sofern nicht in den Nrn. 16 a), 17 und 19 besondere Regelungen getroffen werden:

a) Rechnungen sind in dreifacher Ausfertigung anzufordern; eine Ausfertigung bleibt bei den Schulakten. Die Kontonummer, auf die der Rechnungsbetrag überwiesen werden soll, muß angegeben sein.
b) Der Schulleiter vermerkt auf allen Rechnungen den Verwendungszweck, bestätigt die sachliche und rechnerische Richtigkeit („Sachlich richtig und festgestellt") und leitet die Originalrechnungen mit je einer Durchschrift sofort bei Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen an den Schulrat, in den übrigen Fällen an den Regierungspräsidenten weiter. Der Schulrat überprüft, ob sich der Rechnungsbetrag im Rahmen der der Schule zur Verfügung stehenden Mittel hält und leitet die Rechnungen mit seinem Prüfungsvermerk unverzüglich an den Regierungspräsidenten weiter.
c) Der Regierungspräsident überprüft, ob es sich um Lernmaterial im Sinne der Nr. 14 handelt, und weist den Rechnungsbetrag an. Eine Beteiligung der Landesbeschaffungsstelle entfällt."

4. Als Nr. 16 a) wird eingefügt:

„Nr. 16 a)

Für Schulen mit mehr als 9 Klassen gilt folgendes:

1. Bei der Beschaffung von Textilien, Fotobedarf, Vermessungsbedarf, Laborbedarf, optischem Bedarf, Werk-

zeugen, Stempeln, Elektrobedarf, Farben und Lacken, Klebestoffen u. ä., Buchbindermaterialien, soweit es sich um Lernmaterial im Sinne der Nr. 14 handelt, ist wie folgt zu verfahren:

a) Vor einer Beschaffung holt der Schulleiter ein Preisangebot ein, das dem Regierungspräsidenten auf dem Dienstweg einzureichen ist.

b) Bei Schulen, die seiner Aufsicht unterstehen, überprüft der Schulrat, ob sich der Rechnungsbetrag im Rahmen der der Schule zur Verfügung stehenden Mittel hält, und leitet das Preisangebot mit einem Prüfungsvermerk unverzüglich an den Regierungspräsidenten weiter.

c) Der Regierungspräsident überprüft in allen Fällen, ob es sich um Lernmaterial im Sinne der Nr. 14 handelt, sowie bei den seiner Schulaufsicht unmittelbar unterstehenden Schulen, ob sich der Rechnungsbetrag im Rahmen der der Schule zur Verfügung stehenden Mittel hält. Nach der Überprüfung übersendet der Regierungspräsident das Preisangebot an die Landesbeschaffungsstelle Hessen.

d) Die Landesbeschaffungsstelle Hessen überprüft die Angemessenheit der Preise. Sie sendet das überprüfte Preisangebot unmittelbar der Schule zu, die dann die Bestellung aufgeben kann.

e) Nach der Bestellung sind Rechnungen in dreifacher Ausfertigung anzufordern; eine Ausfertigung bleibt bei den Schulakten. Die Kontonummer, auf die der Rechnungsbetrag überwiesen werden soll, muß angegeben sein.

f) Der Schulleiter vermerkt auf allen Rechnungen den Verwendungszweck, bestätigt die sachliche und rechnerische Richtigkeit („Sachlich richtig und festgestellt") sowie die Übereinstimmung mit dem geprüften Preisangebot („Die Übereinstimmung des Rechnungsbetrages mit dem von der Landesbeschaffungsstelle geprüften Preisangebot wird bestätigt") und reicht die Originalrechnung mit je einer Durchschrift sowie das von der Landesbeschaffungsstelle geprüfte Preisangebot sofort unmittelbar beim Regierungspräsidenten ein, der den Rechnungsbetrag anweist.

g) Stimmen Preisangebot und Rechnung nicht überein, so ist dies vom Schulleiter ausdrücklich und klar erkennbar zu vermerken. In diesem Fall holt der Regierungspräsident vor der Anweisung der Rechnung die Stellungnahme der Landesbeschaffungsstelle Hessen ein. Das gleiche gilt, wenn aus besonderen Gründen, die vom Schulleiter anzugeben sind, ein Preisangebot vor der Beschaffung nicht eingeholt werden konnte.

2. Bei der Beschaffung von Büromaterial im weitesten Sinne (z. B. Schreibpapier aller Art, technische Papiere, Zeichenbedarf usw.), das Verbrauchsmaterial ist, soweit es sich um Lernmaterial im Sinne der Nr. 14 handelt, ist wie folgt zu verfahren:

a) Dieses Lernmaterial kann unmittelbar beschafft werden, sofern es nur bei solchen Einzelhändlern bestellt wird, die entweder mit der Landesbeschaffungsstelle Hessen besondere Lieferungsvereinbarungen getroffen haben*) oder die sich ausdrücklich verpflichten, die von der Landesbeschaffungsstelle durch Vereinbarung festgesetzten Preise einschließlich der vereinbarten Preisnachlässe (zur Zeit für Büromaterial bei Rechnungen bis 100,— DM 20%, bei Rechnungen bis 500,— DM 25%, ab 500,— DM 30%) zu berechnen. Bei Mehrforderungen werden die Vertragspreise von der Landesbeschaffungsstelle eingesetzt. Die Lieferfirmen sind darauf ausdrücklich, in der Regel schriftlich, hinzuweisen.

b) Nach der Bestellung sind Rechnungen in dreifacher Ausfertigung anzufordern; eine Ausfertigung bleibt bei den Schulakten. Die Kontonummer, auf die der Rechnungsbetrag überwiesen werden soll, muß angegeben werden.

c) Der Schulleiter vermerkt auf allen Rechnungen den Verwendungszweck, bestätigt die sachliche und rechnerische Richtigkeit („Sachlich richtig und festgestellt") und reicht die Originalrechnung mit je einer Durchschrift auf dem Dienstweg beim Regierungspräsidenten ein.

d) Der Schulrat oder der Regierungspräsident überprüft, ob sich der Rechnungsbetrag im Rahmen der der Schule zur Verfügung stehenden Mittel hält und ob es sich um Lernmaterial im Sinne der Nr. 14 handelt. Der Regierungspräsident übersendet die Rechnungen an die Landesbeschaffungsstelle Hessen.

e) Die Landesbeschaffungsstelle Hessen überprüft die Angemessenheit der Preise und sendet die Rechnungen mit ihrem Prüfungsvermerk dem Regierungspräsidenten zu, der den Rechnungsbetrag anweist.

3. Die Bestellung von in Verlagen erschienenen Druckschriften (Arbeitshefte, Arbeitsmappen u. ä.) hat nach beigefügtem Muster (Anl. 6) zu erfolgen. Diese Bestellung darf nur für solche Beschaffungen verwandt werden, die im Rahmen der Lernmittelfreiheit erfolgen. Die Einholung von Preisangeboten entfällt, sofern von der Lieferfirma der vereinbarte Preisnachlaß von 10% gewährt wird. Im übrigen gilt Ziff. 2 Buchst. b) bis e) sinngemäß."

5. In Nr. 24 wird in der Aufstellung über die Gegenseitigkeitsverbürgung hinsichtlich der Gewährung von Erziehungsbeihilfen in der Spalte Baden-Württemberg in Ziff. 17 (Werkkunstschulen) und Ziff. 20 (Höhere Wirtschaftsfachschulen) an die Stelle des „+"-Zeichens ein „c" und in der Spalte Bremen in Ziff. 18 (Höhere Fachschulen für Sozialpädagogik) an die Stelle des „—"-Zeichens ein „+"-Zeichen gesetzt.

Wiesbaden, 7. 10. 1968

Der Hessische Kultusminister
E IV 4 — 823/150

StAnz. 44/1968 S. 1629

1261

Urkunde über die Verleihung des Titels für die Pfarrkuratie Obertshausen-Süd

Die Pfarrkuratie Obertshausen-Süd wurde durch Urkunde vom 6. 5. 1968, mit Wirkung vom 1. 6. 1968, errichtet.

Nach Anhörung aller hierfür in Betracht Kommenden hat der Bischof von Mainz als Titel der zu errichtenden Kirche

„St. Thomas Morus"

bestimmt.

Das Grundvermögen ist unter dem Titel „Katholische Kirche Obertshausen — St. Thomas Morus" zu führen.

Die Pfarrkuratie ist eine kirchliche Stiftung gem. § 20 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. 4. 1966.

Die vorstehende Urkunde wird hiermit gemäß § 20 Abs. 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. 4. 1966 (GVBl. S 77) bekanntgemacht.

Wiesbaden, 11. 10. 1968

Der Hessische Kultusminister
V 4 — 876 1

StAnz. 44/1968 S. 1630

1262

Urkunde über die Verleihung des Titels für die Pfarrkuratie St. Bonifatius Raunheim-West

Die Pfarrkuratie Raunheim-West wurde durch Urkunde vom 7. 6. 1968, mit Wirkung vom 15. 6. 1968, errichtet.

Nach Anhören aller hierfür in Betracht Kommenden hat der Bischof von Mainz als Titel der zu errichtenden Kirche

„St. Bonifatius"

bestimmt.

Das Grundvermögen ist unter dem Titel „Katholische Kirche Raunheim — St. Bonifatius" zu führen.

Die Pfarrkuratie ist eine kirchliche Stiftung gem. § 20 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. 4. 1966.

Die vorstehende Urkunde wird hiermit gemäß § 20 Abs. 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. 4. 1966 (GVBl. S. 77) bekanntgemacht.

Wiesbaden, 11. 10. 1968

Der Hessische Kultusminister
V 4 — 876/1

StAnz. 44/1968 S. 1630

*) Die Anschriften dieser Firmen teilt die Landesbeschaffungsstelle auf Anfrage mit.

1263

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Widmung der im Zuge der Bundesstraße 83 neugebauten Straße und Abstufung der Teilstrecke der Bundesstraße 83 in der Ortslage Kassel, Reg.-Bez. Kassel

1. Die im Zuge der Bundesstraße 83 in der Ortslage Kassel, Regierungsbezirk Kassel, neugebaute Straße
von km 0,006 neu (= km 0,196 der B 7 neu)
bis km 1,159 neu (= km 0,891 alt) = 1,153 km
erhält mit Wirkung vom 1. November 1968 die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird Bestandteil der Bundesstraße 83 (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 6. August 1961 — BGBl. I S. 1741 —).

2. Die Teilstrecke der bisherigen Bundesstraße 83
von km 0,006 alt (= km 2,363 der B 7 neu)
bis km 0,891 alt (= km 1,159 neu) = 0,885 km
verliert mit Ablauf des 31. Oktober 1968 die Eigenschaft einer Bundesstraße (§ 2 Abs. 4 FStrG).

Sie wird mit Wirkung vom 1. November 1968 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 7. 10. 1968 **Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**
III b 3 — Az.: 63 a 30
StAnz. 44/1968 S. 1631

1264

Bekanntmachung der Häfen und Umschlagstellen, für die die Hafenpolizeiverordnung gilt

A.

Gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 der Hafenpolizeiverordnung vom 5. August 1968 (GVBl. I S. 240) werden nachstehend die Häfen und Umschlagstellen im Lande Hessen bekanntgemacht:

I. Häfen und Umschlagstellen am Rhein

1. **Stich- und Parallelhafen Gernsheim,**
Abgrenzung des Geltungsbereichs:
Rechtes Ufer zwischen Rhein-km 462,00 und 463,30 mit einer Breite von 45 m von der Oberkante der Uferböschung an gerechnet;
Hafenbecken I und II — Mündung bei Rhein-km 462,10 und 462,50;

2. **Stichhafen Gustavsburg,**
Abgrenzung des Geltungsbereichs:
Rechtes Ufer zwischen der Brückenunterführung des Bleiaubachs bei Rhein-km 494,93 und seine Einmündung in den Acker bei Rhein-km 495,85;

3. **Umschlagsbereich (Parallelhafen) vor Wiesbaden,**
Abgrenzung des Geltungsbereichs:
a) Rechtes Ufer zwischen Rhein-km 500,08 und 500,23 mit einer Breite von 165 m von der Oberkante der Uferböschung an gerechnet;
b) Rechtes Ufer zwischen Rhein-km 501,25 und 502,87 mit einer Breite von 35 m, zwischen Rhein-km 501,25 und 501,68 mit einer Breite von 85 m, je von der Oberkante der Uferböschung an gerechnet;

4. **Parallelhafen der Firma Rudolf Koepp & Co., Chemische Fabrik AG in Oestrich,**
Abgrenzung des Geltungsbereichs:
Rechtes Ufer zwischen Rhein-km 517,50 und 517,65 mit einer Breite von 35 m von der Oberkante der Uferböschung an gerechnet.

II. Häfen und Umschlagstellen am Main

1. **Hafen Kostheim,**
Stichhafen der Bundesrepublik Deutschland — Wasserstraßenverwaltung — Mündung bei Main-km 1,57 rechtes Ufer;
Benutzer: Zellstoff-Fabrik Waldhof, Werk Kostheim;

2. **Parallelhafen der Firma Adam Opel AG in Rüsselsheim,**
Abgrenzung des Geltungsbereichs:
Linkes Ufer zwischen Main-km 7,68 und 8,13 mit einer Breite von 30 m im oberstromigen und von 40 m im unterstromigen Teil;

3. **Stichhafen der Firma Deutsche Shell AG in Flörsheim,**
Mündung bei Main-km 9,06 rechtes Ufer;

4. **Stichhafen der Firma Caltex Deutschland GmbH, Raunheim,**
Mündung bei Main-km 13,70 linkes Ufer;

5. **Parallelhafen der Firma Phrix Werke AG, Werk Okriftel,**
Abgrenzung des Geltungsbereichs:
a) Rechtes Ufer zwischen Main-km 17,21 und 17,30 mit einer Breite von 15 m ab Dalben;
b) Rechtes Ufer zwischen Main-km 17,36 und 17,44 mit einer Breite von 15 m ab Ufer;
c) Rechtes Ufer zwischen Main-km 17,51 und 17,59 mit einer Breite von 15 m ab Ufer;

6. **Molenhafen der Hydranten-Betriebsgesellschaft, Kelsterbach,**
Mündung bei Main-km 18,87 linkes Ufer;

7. **Parallelhafen der Firma Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt am Main-Höchst,**
Abgrenzung des Geltungsbereichs:
Ladestelle 7 — Rechtes Ufer zwischen Main-km 22,04 und 22,50 mit einer Breite von 20 m ab Ufer,
Ladestelle 6 — Rechtes Ufer zwischen Main-km 22,50 und 22,89 mit einer Breite von 10 m ab Dalben,
Ladestelle 5 — Rechtes Ufer zwischen Main-km 22,89 und 22,99 mit einer Breite von 20 m ab Ufer,
Ladestelle 4 — Rechtes Ufer zwischen Main-km 22,99 und 23,15 mit einer Breite von 20 m ab Ufer und zwischen Main-km 23,15 und 23,25 mit einer Breite von 20 m ab Dalben,
Ladestelle 3 — Rechtes Ufer zwischen Main-km 23,25 und 23,33 mit einer Breite von 10 m ab Dalben und zwischen Main-km 23,33 und 23,44 mit einer Breite von 20 m ab Dalben,
Ladestellen 1 und 2 — Rechtes Ufer zwischen Main-km 23,44 und 24,28 mit einer Breite von 20 m ab Ufer;

8. **Parallelhafen der Firma Farbwerke Hoechst AG, Werk Frankfurt am Main-Griesheim,**
Abgrenzung des Geltungsbereichs:
Ladestelle zwischen Main-km 27,62 und 27,70 rechtes Ufer mit einer Breite von 12 m ab Dalben,
Tankschifflöschstelle zwischen Main-km 28,10 und 28,18 rechtes Ufer mit einer Breite von 11 m ab Laderampe,
Ladestelle zwischen Main-km 28,29 und 28,37 rechtes Ufer mit einer Breite von 12 m ab Laderampe;

9. **Parallel- und Stichhäfen der Stadt Frankfurt am Main,**
Abgrenzung des Geltungsbereichs:
Rechtes Ufer zwischen Sindlingen bei Main-km 21,80 und Oberhafen II bei Main-km 39,97 mit
Ladeplatz Sindlingen zwischen Main-km 21,80 und 21,88 mit einer Breite von 12 m ab Ufer,
Ladeplatz Höchst zwischen Main-km 24,461 und 24,80 mit einer Breite von 18 m ab Ufer,
Gutleuthofwerft zwischen Main-km 31,00 und 32,19 mit einer Breite von 25 m ab Ufer,
Westende Rotterdamer Werft zwischen Main-km 32,76 und 33,00 mit einer Breite von 20 m ab Ufer,
Westhafen (Stichhafen), Mündung bei Main-km 33,04,
Westende Antwerpener Werft zwischen Main-km 33,70 und 33,85 mit einer Breite von 12 m ab Ufer,
Weseler- und Ruhrorter Werft zwischen Main-km 36,18 und 37,08 mit einer Breite von 25 m ab Ufer,
Osthafen Unterhafen (Stichhafen), Mündung bei Main-km 37,20,
Osthafen Oberhafen (Stichhafen), Becken I, Mündung bei Main-km 39,64,

Ladeplatz zwischen Oberhafen I und II von Main-km 39,68 bis 39,81 mit einer Breite von 35 m ab Ufer und von Main-km 39,81 bis 39,85 mit einer Breite von 20 m ab Ufer,
Osthafen Oberhafen (Stichhafen), Becken II, Mündung bei Main-km 39,97;

10. **Stichhafen der Stadt Offenbach,**
Mündung bei Main-km 39,60 linkes Ufer;

11. **Parallelhafen der Firma Farbwerke Hoechst AG, Werk Offenbach,**
Abgrenzung des Geltungsbereichs:
Tankschifflöschstelle mit Schiffsliegeplatz zwischen Main-Kilometer 42,73 und 42,83 linkes Ufer mit einer Breite von 10 m ab Dalben;

12. **Molenhafen der Firma Cassella Farbwerke Mainkur AG, Frankfurt am Main-Fechenheim,**
Mündung bei Main-km 45,37 rechtes Ufer;

13. **Parallelhafen der Stadt Hanau,**
Abgrenzung des Geltungsbereichs:
Rechtes Ufer zwischen Main-km 56,40 und 57,60 mit einer Breite von 25 m ab Ufer und dem dazwischen liegenden Stichhafen,
Mündung bei Main-km 56,70 rechtes Ufer;

14. **Molenhafen Großkrotzenburg, US-Großtank,**
Mündung bei Main-km 61,28 rechtes Ufer;

15. **Stichhafen der Preußischen Elektrizitäts AG, Kraftwerk Staudinger in Großkrotzenburg,**
Mündung bei Main-km 61,90 rechtes Ufer.

III. Häfen und Umschlagstellen an der Fulda

1. **Stich- und Parallelhafen Kassel,**
Abgrenzung des Geltungsbereichs:
Rechtes Ufer zwischen Fulda-km 81,9 und 82,2, Mündung bei Fulda-km 82,15.

B.

Die landseitige Begrenzung der Häfen und Umschlagstellen ist von der Hafenbehörde öffentlich bekanntzumachen.

Wiesbaden, 14. 10. 1968

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
III a 1 — Az.: 66 h 06.11
StAnz. 44/1968 S. 1631

1265 Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

An die Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt und Kassel

Erstattung von Fahrgeldausfällen nach dem Hessischen Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr vom 19. 6. 1967 (GVBl. I S. 121);

hier: Zahlungs-, Buchungs- und Abrechnungsverfahren
Bezug: Mein Erlaß vom 12. 10. 1967 — II A 3—51 r 0403 — (nicht veröffentlicht)

1. Allgemeines

Die Erstattung von Fahrgeldausfällen, die vom Bund nicht getragen werden, bestimmt sich nach dem Hessischen Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr — HessAG/UnBefG — vom 19. 6. 1967 (GVBl. I S. 121). Nach § 1 Abs. 2 HessAG/UnBefG werden den Unternehmen für die Personenbeförderung die Fahrgeldausfälle für die unentgeltliche Beförderung der in § 1 Abs. 1 HessAG/UnBefG genannten Personengruppen nach einem Vomhundertsatz der nachgewiesenen Fahrgeldeinnahmen aus dem Nahverkehr erstattet. Dieser Vomhundertsatz wird durch Rechtsverordnung jeweils für 2 Jahre bestimmt werden.
Wird ein Nahverkehr von Hessen aus in ein anderes Land der Bundesrepublik oder von einem anderen Land der Bundesrepublik nach Hessen betrieben, so ist der Erstattung nur der Teil der Fahrgeldeinnahmen zugrunde zu legen, der auf den in Hessen verlaufenden Streckenteil entfällt. Der Anteil ist nach dem Verhältnis der auf beide Streckenteile entfallenden Wagen- oder Schiffskilometer zu ermitteln.

2. Zahlung

Zahlungen bzw. Abschlagszahlungen an die Unternehmen für die Personenbeförderung sind unter Beachtung der Bestimmungen des § 3 HessAG/UnBefG zu leisten.

3. Buchung

Die Ausgaben werden im Landeshaushalt bei Kap. 0840 — 305 gebucht. Da die Mittel übertragbar sind, sind Rückzahlungen von zu Unrecht geleisteten Ausgaben gemäß § 70 Abs. 3 RHO auch dann durch Absetzung von der Ausgabe zu vereinnahmen, wenn sie nach Abschluß des Rechnungsjahres eingehen.
Der Betriebsmittelbedarf für die Ausgaben nach dem HessAG/UnBefG ist zu den für die Anforderung der Landesbetriebsmittel üblichen Terminen bei mir anzumelden.

4. Abrechnung

Über die Ausgaben und Einnahmen nach dem HessAG/UnBefG ist eine Jahresabrechnung nach beigefügtem Muster zu erstellen. Die Abrechnung ist mir in 2facher Ausfertigung jeweils bis zum 5. 2. eines jeden Jahres vorzulegen.
Der Erlaß vom 12. 10. 1967 — II A 3—51 r 0403 — wird hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, 30. 9. 1968

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt u. Gesundheitswesen
II A 2 a — 51 r 0403
StAnz. 44/1968 S. 163

*

Anlage
Formblatt HessAG/UnBefG

Der Regierungspräsident

.....
Aktenzeichen

Abrechnung[1])

über die Ausgaben und Einnahmen nach dem Hessischen Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr v. 19. 6. 1967 (GVBl. S. 121).

im Rechnungsjahr 19..

Name und Sitz des Verkehrsunternehmens	Nachgewiesene Fahrgeldeinnahmen des Verkehrsunternehmens aus dem Nahverkehr im Rechnungsjahr 19.. DM	Erstattungen nach § 3 HessAG/UnBefG für das Rechnungsjahr 19.. DM	Abschlagszahlungen nach § 3 HessAG/UnBefG für das Rechnungsjahr 19.. DM	Gesamtausgaben (Spalten 3 und 4) DM
1	2	3	4	5
zusammen:				

Festgestellt: ....., den .....
Sachlich richtig:

.....
(Unterschrift, Amtsbezeichnung)

.....
Unterschrift des Behördenvorstandes oder seines Vertreters

[1]) In dieser Abrechnung sind nur solche Ausgaben enthalten, die nach den Kassenbüchern im Rechnungsjahr 19.. nachgewiesen sind.

1266

Lehrapothekenverzeichnis 1968/70

Bezug: Mein Erlaß vom 10. Oktober 1967 — StAnz. S. 1393

Nachstehende Apotheken sind von den Regierungspräsidenten ermächtigt worden, in der Zeit vom 1. April 1968 bis 31. März 1970 einen Apothekerpraktikanten aufzunehmen und bis zur Beendigung der Ausbildungszeit zu beschäftigen.

Regierungsbezirk Darmstadt

Alsfeld	Apotheke am Rathaus
Bad Homburg	Engel-Apotheke
Bad Homburg	*Hirsch-Apotheke
Bad Homburg	*Hof-Apotheke
Bad Homburg	*Kur-Apotheke
Bad Homburg	Löwen-Apotheke
Bad Nauheim	*Central-Apotheke
Bad Nauheim	Kur-Apotheke
Bad Nauheim	Löwen-Apotheke
Bad Schwalbach	Adler-Apotheke
Beerfelden	Apotheke
Bensheim	Einhorn-Apotheke
Bensheim-Auerbach	Apotheke Hermes
Bergen-Enkheim	*Alte-Apotheke
Biblis	Gemeinde-Apotheke
Bicken/Dillkreis	Apotheke Bicken
Bischofsheim/Hessen	Apotheke am Kreuzstein
Bleidenstadt	Taunus-Apotheke
Büdingen	Hof-Apotheke
Büdingen	Stern-Apotheke
Darmstadt	Donnersberg-Apotheke
Darmstadt	*Frankenstein-Apotheke
Darmstadt	*Heimstätten-Apotheke
Darmstadt	Hirsch-Apotheke
Darmstadt	*Industrie-Apotheke
Darmstadt	*Johannes-Apotheke
Darmstadt	*Nordend-Apotheke
Darmstadt	Apotheke am Riegerplatz
Darmstadt	Rosen-Apotheke
Darmstadt	*Stadt-Apotheke
Darmstadt	Apotheke a. d. Stadtkirche
Darmstadt-Arheilgen	Arheilger Apotheke
Darmstadt-Eberstadt	*Burg-Apotheke
Darmstadt-Eberstadt	Georgen-Apotheke
Dieburg	Marien-Apotheke
Ehringshausen	Apotheke
Elz	Neue Apotheke
Eppertshausen	Valentin-Apotheke
Erbach/Odenwald	Bären-Apotheke
Frankfurt/Main	Adler-Apotheke
Frankfurt/Main	Apotheke an der Warte
Frankfurt/Main	Bock-Apotheke
Frankfurt/Main	**Einhorn-Apotheke
Frankfurt/Main	Eichwald-Apotheke
Frankfurt/Main	Franziskus-Apotheke
Frankfurt/Main	Glauburg-Apotheke
Frankfurt/Main	Grüneburg-Apotheke
Frankfurt/Main	*Kaiser-Apotheke
Frankfurt/Main	Liebig-Apotheke
Frankfurt/Main	Linden-Apotheke
Frankfurt/Main	Luisen-Apotheke
Frankfurt/Main	Nibelungen-Apotheke
Frankfurt/Main	Nordwest-Apotheke
Frankfurt/Main	Riederwald-Apotheke
Frankfurt/Main	Röderberg-Apotheke
Frankfurt/Main	Sandweg-Apotheke
Frankfurt/Main	Stern-Apotheke
Frankfurt/Main	*Viktoria-Apotheke
Frankfurt/Main	Zeil-Apotheke
Frankfurt/Main-Eschersheim	Kurhessen-Apotheke
Frankfurt/Main-Griesheim	Griesheimer-Apotheke
Frankfurt/Main-Griesheim	Sertürner-Apotheke
Frankfurt/Main-Heddernheim	*Römer-Apotheke
Frankfurt/Main-Höchst	Bären-Apotheke
Frankfurt/Main-Höchst	Wasgau-Apotheke
Frankfurt/Main-Nied	Luthmer-Apotheke
Frankfurt/Main-Niederrad	Fontane-Apotheke
Frankfurt/Main-Praunheim	*Nidda-Apotheke
Frankfurt/Main-Preungesheim	Ronneburg-Apotheke
Frankfurt/Main-Sindlingen	Stephanus'sche Apotheke
Frankfurt/Main-Sossenheim	Wasserbach-Apotheke
Frankfurt/M.-Unterliederbach	Liederbach-Apotheke
Frickhofen	St.-Martin-Apotheke
Friedberg	Engel-Apotheke
Friedberg	*Mohren-Apotheke
Friedrichsdorf/Ts.	Fortuna-Apotheke
Fürth/Odenwald	Johannis-Apotheke
Gießen	Asterweg-Apotheke
Gießen	Engel-Apotheke
Gießen	Hirsch-Apotheke
Gießen	Neue-Apotheke
Gießen	Nord-Apotheke
Gießen	Stadt-Apotheke
Gießen-Wieseck	Schwanen-Apotheke
Gravenbruch	*Pfauen-Apotheke
Griesheim	Linden-Apotheke
Groß-Karben	Neue-Apotheke
Großen-Linden	*Linden-Apotheke
Grünberg	Linden-Apotheke
Gustavsburg	Burg-Apotheke
Hanau	Hirsch-Apotheke
Hanau	*Mohren-Apotheke
Hanau	*Zeiger'sche Stadt-Apotheke
Herborn	Amts-Apotheke
Herborn	*Dill-Apotheke
Heusenstamm	Schloß-Apotheke
Hirschhorn	Hirsch-Apotheke
Höchst/Odenwald	Apotheke am Markt
Hofheim/Ts.	Stein'sche Apotheke
Homberg, Krs. Alsfeld	Alte Apotheke
Hungen	Hof-Apotheke
Idstein	Alte-Apotheke
Lampertheim	Feldhofen'sche Apotheke
Lauterbach	Kullmann'sche Apotheke
Lich	Neue-Apotheke
Lieblos	Falken-Apotheke
Limburg	**Amts-Apotheke
Limburg	*Dom-Apotheke
Limburg	Rathaus-Apotheke
Lorch/Rh.	St. Martinus-Apotheke
Meerholz	Savigny-Apotheke
Nauheim, Krs. Gr.-Gerau	Löwen-Apotheke
Neu-Isenburg	Neue-Apotheke
Neu-Isenburg	Rathaus-Apotheke
Nidda	Münch'sche Apotheke
Nieder-Eschbach	Central-Apotheke
Nieder-Roden	Adler-Apotheke
Nieder-Wöllstadt	Apotheke
Ober-Ramstadt	*Apotheke am Markt
Oberursel	**Hohemark-Apotheke
Oberursel	Rathaus-Apotheke
Offenbach	Adler-Apotheke
Offenbach	Einhorn-Apotheke
Offenbach	*Hubertus-Apotheke
Offenbach	Rosen-Apotheke
Offenbach	Schwanen-Apotheke
Offenbach	Stadt-Apotheke
Offenbach-Bieber	Burg-Apotheke
Ortenberg	Apotheke
Reichenbach	Felsberg-Apotheke
Rüsselsheim	Löwen-Apotheke
Rüsselsheim	Rosen-Apotheke
Rüsselsheim	Stadt-Apotheke
Rüsselsheim	Viktoria-Apotheke
Seligenstadt	Stadt-Apotheke
Steinheim	Burg-Apotheke
Stockheim	Glauburg-Apotheke
Trebur	Rathaus-Apotheke
Urberach	Hirsch-Apotheke
Walldorf	Rosen-Apotheke
Wetzlar	Bahnhof-Apotheke
Wetzlar	*Linden-Apotheke
Wetzlar	Schiller-Apotheke
Wiesbaden	**Adler-Apotheke
Wiesbaden	*Apotheke a. d. Hauptpost
Wiesbaden	Bären-Apotheke
Wiesbaden	Cäcilien-Apotheke
Wiesbaden	**Elefanten-Apotheke
Wiesbaden	Goten-Apotheke
Wiesbaden	Hirsch-Apotheke
Wiesbaden	*Oranien-Apotheke
Wiesbaden	St. Josef-Hospital, Apotheke
Wiesbaden	Scheffel-Apotheke
Wiesbaden	Vier-Jahreszeiten-Apotheke
Wiesbaden	Viktoria-Apotheke
Wiesbaden-Biebrich	Apotheke am Südbahnhof
Wiesbaden-Bierstadt	Geissel's Apotheke
Wiesbaden-Kastel	Brücken-Apotheke
Wiesbaden-Kostheim	Martinus-Apotheke
Wiesbaden-Klarenthal	Ahorn-Apotheke

Regierungsbezirk Kassel

Arolsen	Priv. Hof-Apotheke
Bad Hersfeld	Kreuz-Apotheke
Bad Hersfeld	Stifts-Apotheke
Bad Salzschlirf	Apotheke am Kureck
Bad Sooden-Allendorf	Hirsch-Apotheke
Bad Wildungen	Brunnentor-Apotheke
Bad Wildungen	*Löwen-Apotheke
Bebra	Elch-Apotheke
Bebra	Löwen-Apotheke
Burghaun	Linden-Apotheke
Eschwege	Adler-Apotheke
Eschwege	*Bahnhof-Apotheke
Eschwege	*Löwen-Apotheke
Flieden	Marien-Apotheke
Frankenberg Eder	Rathaus-Apotheke
Fulda	*Bahnhof-Apotheke
Fulda	*Dalberg-Apotheke
Fulda	Dom-Apotheke
Fulda	*Hof-Apotheke zum Schwan
Fulda	Zentrum-Apotheke
Guxhagen	Schwanen-Apotheke
Haina Kloster	Kloster-Apotheke
Hess. Lichtenau	*Landgrafen-Apotheke
Hilders	Genius-Apotheke
Homberg	Engel-Apotheke
Homberg	*Stern-Apotheke
Karlshafen Weser	Rosen-Apotheke
Kassel	Alte Stern-Apotheke
Kassel	Annen-Apotheke
Kassel	Apotheke am Druselturm
Kassel	*Apotheke am Helleböhn
Kassel	Apotheke am Kirchweg
Kassel	*Bahnhof-Apotheke
Kassel	Brunnen-Apotheke
	am Altmarkt
Kassel	*Centrum-Apotheke
Kassel	*Dorotheen-Apotheke
Kassel	Dr. Gaze's Alte Apotheke
Kassel	*Einhorn-Apotheke
Kassel	*Engel-Apotheke a. Rathaus
Kassel	Erika-Apotheke
Kassel	Fasanenhof-Apotheke
Kassel	Herkules-Apotheke
Kassel	Mattenberg-Apotheke
Kassel	*Mohren-Apotheke
Kassel	Paracelsus-Apotheke
Kassel	Südend-Apotheke
Kassel	*Victoria-Apotheke
Korbach	Apotheke a. Berndorfer Tor
Korbach	Bären-Apotheke
Korbach	Stern-Apotheke
Marburg/Lahn	*Adler-Apotheke
Marburg/Lahn	Apotheke am Südbahnhof
Marburg/Lahn	Bahnhof-Apotheke
Marburg/Lahn	*Einhorn-Apotheke
Marburg/Lahn	*Hirsch-Apotheke
Marburg/Lahn	Neue Trauben-Apotheke
Marburg/Lahn	Rosen-Apotheke
Melsungen	*Aesculap-Apotheke
Melsungen	Bartenwetzer-Apotheke
Melsungen	Rosen-Apotheke
Nentershausen	Schedtler'sche-Apotheke
Neukirchen, Krs. Ziegenhain	Alte Apotheke
Niederaula	Sonnen-Apotheke
Oberkaufungen	Kunigunden-Apotheke
Schweinsberg	Haupt-Apotheke
Stadt Allendorf	Apotheke am Bahnhof
Treysa	*Apotheke Adolf Hilgenberg
Treysa	Hirsch-Apotheke

Die mit einem Stern (*) gekennzeichneten Apotheken haben die Erlaubnis erhalten, in der Ausbildungsperiode 1968/70 einen zweiten Praktikanten und die mit zwei Sternen (**) gekennzeichneten Apotheken haben die Erlaubnis erhalten, in der Ausbildungsperiode 1968/70 drei Apothekerpraktikanten aufzunehmen und auszubilden.

Wiesbaden, 3. 10. 1968

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt u. Gesundheitswesen
III A 9 — 18 b 10 01

StAnz. 44/1968 S. 1633

1267

Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen

Im Monat September 1968 wurden die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen.

1. **Nr. 101/179** — 2. Änderungstarifvertrag vom 1. 4. 1968 — gültig ab 1. 1. 1967/1. 1. 1968 — zum Manteltarifvertrag für die Milchkontrollangestellten in Hessen-Nassau vom 1. 9. 1962 i. d. F. vom 1. 2. 1966 (u. a. Urlaub).

2. **Nr. 101/180** — Gehaltstarifvertrag Nr. 6 vom 1. 4. 1968 — gültig ab 1. 1. 1968 — für die Milchkontrollangestellten in Hessen-Nassau.

3. **Nr. 101/181** — Tarifvertrag vom 1. 4. 1968 betr. Mantel- und Lohnbestimmungen für die Laborhilfskräfte in den Molkereien in Hessen-Nassau.

   Zu 1. bis 3. betr. Milchkontrollangestellte und Laborhilfskräfte beim Landeskontrollverband Hessen-Nassau e. V.

   Zu 1. bis 3. Tarifvertragsparteien:

   Arbeitgeberverband Frankfurt M., Feuerbachstr. 49, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.

4. **Nr. 201/134** — Tarifvertrag Nr. 227 vom 1. 4. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968/1. 1. 1969 — über die Zeitlöhne der Waldarbeiter.

5. **Nr. 201/135** — Tarifvertrag Nr. 228 vom 1. 4. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — über die Stücklöhne für Waldarbeiter.

6. **Nr. 201/136** — Tarifvertrag Nr. 229 — Zweiter Tarifvertrag zur Änderung des GFTV II — vom 1. 4. 1968 — gültig ab 1. 5. 1968 — (Manteländerung u. a. Sterbegeld, zusätzl. Alters- und Hinterbliebenenversorgung).

7. **Nr. 201/137** — Tarifvertrag Nr. 231 — Dritter Tarifvertrag zur Änderung des GFTV II — vom 1. 4. 1968 — gültig ab 1. 1. 1969/1. 1. 1971 — (Manteländerung — Arbeitszeitverkürzung —).

8. **Nr. 201/138** — Tarifvertrag Nr. 232 vom 1. 4. 1968 — gültig ab 1. 1. 1969/1. 1. 1967 — zur Änderung des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge für Waldarbeiter vom 15. 12. 1965.

9. **Nr. 201/139** — Tarifvertrag Nr. 233 vom 1. 4. 1968 — gültig ab 1. 1. 1969/1. 1. 1971 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an Waldarbeiter vom 15. 12. 1965.

   Zu 4. bis 9. betr. Arbeiter (Waldarbeiter) gemeindlicher Forstbetriebe im Lande Hessen.

10. **Nr. 201/140** — Tarifvertrag Nr. 230 vom 1. 4. 1968 — gültig ab 1. 1. 1968/1. 1. 1969/1. 1. 1971 — zur Änderung und Ergänzung der Sonderregelung für die in den Forstbetrieben und den forstlichen Nebenbetrieben der Städte Frankfurt/M., Offenbach/M. und Wiesbaden beschäftigten Waldarbeiter — Tarifvertrag Nr. 208 — (u. a. Arbeitszeitverkürzung).

    Zu 4. bis 10. Tarifvertragsparteien:

    Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Landesbezirk Hessen, sowie Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen.

11. **Nr. 403/101** — Tarifvertrag vom 2. 8. 1968 — gültig ab 1. 8. 1968 — über die Arbeitszeit der Schichtarbeiter.

12. **Nr. 403/102** — Lohntarifvertrag vom 2. 8. 1968 — gültig ab 1. 8. 1968 — für die gewerbl. Arbeitnehmer sowie Entgelte für die gewerbl. Lehrlinge.

13. **Nr. 403/103** — Gehaltstarifvertrag vom 2. 8. 1968 — gültig ab 1. 8. 1968 — für die kaufm. und techn. Angestellten und Meister sowie Entgelte für die Lehrlinge.

    Zu 11. bis 13. abgeschlossen mit der IG Bau-Steine-Erden, Bezirk Hessen.

14. **Nr. 403/104** — Tarifvertrag vom 2. 8. 1968 — gültig ab 1. 8. 1968 — über die Arbeitszeit der Schichtarbeiter.

15. **Nr. 403/105** — Lohntarifvertrag vom 2. 8. 1968 — gültig ab 1. 8. 1968 — für die gewerbl. Arbeitnehmer sowie Entgelte für die gewerbl. Lehrlinge.

16. **Nr. 403/106** — Gehaltstarifvertrag vom 2. 8. 1968 — gültig ab 1. 8. 1968 — für die kaufm. und techn. Angestellten und Meister sowie Entgelte für die Lehrlinge.

Zu 14. bis 16. abgeschlossen mit der IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirk Hessen.

17. **Nr. 403/107** — Tarifvertrag vom 2. 8. 1968 — gültig ab 1. 8. 1968 — über die Arbeitszeit der Schichtarbeiter.

18. **Nr. 403/108** — Lohntarifvertrag vom 2. 8. 1968 — gültig ab 1. 8. 1968 — für die gewerbl. Arbeitnehmer sowie Entgelte für die gewerbl. Lehrlinge.

19. **Nr. 403/109** — Gehaltstarifvertrag vom 2. 8. 1968 — gültig ab 1. 8. 1968 — für die kaufm. und techn. Angestellten und Meister sowie Entgelte für die Lehrlinge.

Zu 17. bis 19. abgeschlossen mit der IG Bergbau und Energie, Bezirk VIII Hessen/Rheinland-Pfalz.

20. **Nr. 403/110** — Gehaltstarifvertrag vom 2. 8. 1968 — gültig ab 1. 8. 1968 — für die kaufm. und techn. Angestellten und Meister sowie Entgelte für die Lehrlinge, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.

Zu 11. bis 20. betr. Arbeitnehmer in den Betrieben der Ton-, Quarzit-, Kaolin- und Gipsgewinnung, der Industrie feuerfester und säurebeständiger Erzeugnisse sowie der Graphittiegel-Industrie im Lande Hessen.

Zu 11. bis 20. Tarifvertragsparteien:

Arbeitgeberverband Steine und Erden für das Land Hessen e. V., Wiesbaden, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

21. **Nr. 700/513** — Rationalisierungsabkommen vom 30. 7. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — für die Angestellten und Meister der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie in der Bundesrepublik einschl. West-Berlin.

Tarifvertragsparteien:

Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e. V. — Vorstand — und Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung.

22. **Nr. 1200/252** — Lohntarifvertrag vom 11. 7. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — für die gewerbl. Arbeitnehmer des Strikkerhandwerks in der Bundesrepublik.

Tarifvertragsparteien:

Bundesinnungsverband für das Stricker-, Sticker- und Weberhandwerk, Landshut, Regierungsplatz 542, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf, Roßstr. 94.

23. **Nr. 1200/253** — Lohntarifvertrag vom 21. 6. 1968 — gültig ab 1. 6. 1968 — für die gewerbl. Arbeitnehmer der Bettfedernindustrie in der Bundesrepublik und West-Berlin nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.

Tarifvertragsparteien:

Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Bettfedernindustrie e. V., Frankfurt/M., Blittersdorffplatz 37, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf, Roßstr. 94.

24. **Nr. 1400/140** — Tarifvertrag vom 31. 3. 1968 über die Ausbildung von Druckern zu Tiefdruckern im graphischen Gewerbe in der Bundesrepublik und West-Berlin.

Tarifvertragsparteien:

Bundesvereinigung der Deutschen Graphischen Verbände e. V. und IG Druck und Papier, Hauptvorstand.

25. **Nr. 1902/51** — Tarifvertrag vom 19. 8. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — über Löhne, Gehälter, Urlaubsgeld für die Arbeitnehmer in den Bäckereien der Konsumgenossenschaften im Lande Hessen.

Tarifvertragsparteien:

Tarifgemeinschaft des Verbandes Südwestdeutscher Konsumgenossenschaften, Geschäftsstelle Hamburg, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar.

26. **Nr. 2001/66** — Lohntarifvertrag vom 11. 7. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — für die gewerbl. Arbeitnehmer des Stickerhandwerks in der Bundesrepublik.

Tarifvertragsparteien:

Bundesinnungsverband für das Stricker-, Sticker- und Weberhandwerk, Landshut, Regierungsplatz 542, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf, Roßstr. 94.

27. **Nr. 2001a/27** — Lohntarifvertrag vom 14. 6. 1968 — gültig ab 16. 8. 1968 — für die gewerbl. Arbeitnehmer einschl. Heimarbeiter des Herrenmaßschneiderhandwerks in der Bundesrepublik — ohne Saarland —.

Tarifvertragsparteien:

Arbeitsgemeinschaft des Bekleidungshandwerks im Bundesgebiet e. V., München, Ottostr. 7/III, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf, Roßstr. 94.

28. **Nr. 2002/61** — Lohntarifvertrag vom 30. 4. 1968 — gültig ab 1. 4./1. 9. 1968 —.

29. **Nr. 2002/62** — Arbeitszeitabkommen vom 30. 4. 1968 — gültig ab 1. 4. 1968 —.

30. **Nr. 2002/63** — Tarifvertrag zur Regelung von Stück- und Prämienarbeit vom 30. 4. 1968.

Zu 28. bis 30. betr. gewerbl. Arbeitnehmer einschl. Heimarbeiter des Kürschnerhandwerks in der Bundesrepublik. Zu 28. bis 30. Tarifvertragsparteien:

Zentralverband des Kürschnerhandwerks, Flensburg, Große Straße 49/51, und Frankfurt/M., Bettinaplatz 1, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf, Roßstr. 94.

31. **Nr. 2007a/82** — Urlaubsvereinbarung vom 6. 6. 1968 — gültig ab 1. 1. 1968 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Werkmeister.

32. **Nr. 2007a/83** — Gehaltstarifvertrag vom 28. 6. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968/1. 7. 1969 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Werkmeister.

33. **Nr. 2007a/84** — Tarifvertrag vom 28. 6. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968/1. 7. 1969 — über Entgelte und zusätzl. Urlaubsgeld für die kaufm. Lehrlinge.

Zu 31. bis 33. betr. Angestellte, Werkmeister und Lehrlinge der Schuhindustrie im Lande Hessen.

Zu 31. bis 33. Tarifvertragsparteien:

Vereinigung der hessischen Schuhindustrie e. V., Frankfurt/M., Savignystr. 33, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart, und Bezirk Hessen, Frankfurt/M., sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M., Bockenheimer Landstr. 72/74.

34. **Nr. 2203/149** — Tarifvertrag vom 5. 12. 1967 zur Änderung des Rahmentarifvertrages vom 22. 7. 1963 i. d. F. vom 14. 3. 1967 (Arbeitszeitkürzung, Zeitzuschläge).

35. **Nr. 2203/150** — Tarifvertrag vom 5. 12. 1967 — gültig ab 1. 1. 1968 — über die Neuregelung der Löhne, Gehälter und Lehrlingsentgelte.

Zu 34. und 35. betr. Arbeitnehmer bei Versorgungs- und Verkehrsunternehmen der Gruppe Hessen.

Zu 34. und 35. Tarifvertragsparteien:

Arbeitgebervereinigung energiewirtschaftlicher Unternehmen e. V., Hannover, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.

36. **Nr. 2203/151** — Tarifvertrag vom 15. 11. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — über die Wiederinkraftsetzung und Änderung des Rahmentarifvertrages für die Arbeitnehmer der Kraftwerk Kassel GmbH, Kassel, vom 31. 12. 1966 (Ergebnisbeteiligung, Urlaub).

Tarifvertragsparteien:

Kraftwerk Kassel GmbH, Kassel, sowie Arbeitgebervereinigung energiewirtschaftlicher Unternehmen e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.

37. **Nr. 2203/155** — Lohntarifvertrag Nr. 10 vom 8. 7. 1968 — gültig ab 1. 8. 1968 — für die gewerbl. Arbeitnehmer sowie Entgelte für die Lehrlinge.

38. **Nr. 2203/156** — Zusatzvereinbarung Nr. II zum Lohntarifvertrag Nr. 10 vom 8. 7. 1968 betr. einmalige Vergütung für die gewerbl. Arbeitnehmer und Lehrlinge.

Zu 37. und 38. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltungen Nordrhein-Westfalen I und II, Düsseldorf und Bochum.

39. **Nr. 2203/157** — Gehaltstarifvertrag Nr. 9 vom 8. 7. 1968 — gültig ab 1. 8. 1968 — für die kaufm. und techn. Angestellten und Meister sowie Entgelte für die Lehrlinge.

40. **Nr. 2203/158** — Zusatzvereinbarung zum Gehaltstarifvertrag Nr. 9 vom 8. 7. 1968 betr. einmalige Vergütung für die Angestellten, Meister und Lehrlinge.

Zu 39. und 40. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltungen Nordrhein-Westfalen I und II, Düsseldorf und Bochum, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Zu 37. bis 40. betr. Arbeitnehmer von Gas-, Wasser- und Elektrizitätsunternehmungen in der Bundesrepublik.

Zu 37. bis 40. Tarifvertragsparteien:

Arbeitgeberverband von Gas-, Wasser- und Elektrizitätsunternehmungen e. V., Essen, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

41. **Nr. 2203/159** — Gehaltstarifvertrag vom 12. 7. 1968 — gültig ab 1. 8. 1968 — für die Angestellten und Meister sowie Entgelte für die Lehrlinge der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, Essen, in der Bundesrepublik.

Tarifvertragsparteien:

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltungen Nordrhein-Westfalen I und II, Düsseldorf und Bochum, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

42. **Nr. 2302/49** — Lohntarifvertrag vom 10. 6. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 1. 3. 1969 — für die gewerbl. Arbeitnehmer sowie die selbständig arbeitenden Ladnerinnen und Expedientinnen der Färberei- und chem. Reinigungsbetriebe in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hessen und Baden-Württemberg.

Tarifvertragsparteien:

Bundesfachverband Chemischreinigung-Färberei e. V., Hannover, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.

43. **Nr. 2701/325** — Manteltarifvertrag vom 20. 12. 1967 — gültig ab 1. 1. 1968 —.

44. **Nr. 2701/326** — Gehaltstarifvertrag einschl. Lehrlingsentgelte vom 20. 12. 1967 — gültig ab 1. 1. 1968 —.

Zu 43. und 44. betr. Arbeitnehmer des Beamtenheimstättenwerks in der Bundesrepublik und West-Berlin.

Zu 43. und 44. Tarifvertragsparteien:

Beamtenheimstättenwerk Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand.

45. **Nr. 2701/327** — Zusatz-Tarifvertrag vom 16. 4. 1968 — gültig ab 1. 3. 1968 — betr. Mantelbestimmungen, Gehalt, vermögenswirksame Leistungen für die Arbeitnehmer der Westdeutschen Teilzahlungsbank GmbH, ihrer Zweigniederlassungen und sonstigen Außenstellen in der Bundesrepublik.

Tarifvertragsparteien:

Westdeutsche Teilzahlungsbank GmbH und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand.

46. **Nr. 2701/328** — Tarifvertrag vom 6. 8. 1968 — gültig ab 6. 8. 1968 1. 1. 1969 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Arbeitnehmer der Gemeinwirtschaftlichen Geschäftsbanken in der Bundesrepublik vom 11. 12. 1963 (u. a. Arbeitszeitkürzung).

Tarifvertragsparteien:

Verband der Gemeinwirtschaftlichen Geschäftsbanken und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Düsseldorf.

47. **Nr. 2702a/221** — Tarifvertrag vom 5. 7. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 1. 1. 1969 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten des privaten Versicherungsgewerbes in der Bundesrepublik.

Tarifvertragsparteien:

Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmungen in Deutschland, München, und Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hamburg, sowie Verband der weiblichen Angestellten e. V., Düsseldorf.

48. **Nr. 2702c-6/213** — Tarifvertrag vom 1. 3. 1968 — gültig ab 1. 1. 1968 — betr. Gefahrenzulage für Angestellte in Tbc-Sanatorien oder auf Infektionsstationen der Landesversicherungsanstalt Hessen (Änderung der Anlage 5 zum Tarifvertrag betr. Übernahme des BAT für Angestellte der Landesversicherungsanstalten vom 10. 10. 1961).

Tarifvertragsparteien:

Landesversicherungsanstalt Hessen — Vorstand — und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.

49. **Nr. 2702c-7/131** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 7 zum EKT vom 28. 6. 1968 — gültig ab 1. 1. 1. 7. 1968 — für die Angestellten und Lehrlinge der Barmer Ersatzkasse in der Bundesrepublik (Manteländerungen).

Tarifvertragsparteien:

Barmer Ersatzkasse, Wuppertal-Barmen, Untere Lichtenplatzer Straße 100, und Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover, Arnswaldtstr. 12—14.

50. **Nr. 2702c-13/148** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 7 zum EKT v. 28. 6. 1968 — gültig ab 1. 1. 1. 7. 1968 — für die Angestellten und Lehrlinge der Deutschen Angestellten-Krankenkasse in der Bundesrepublik (Manteländerungen).

Tarifvertragsparteien:

Deutsche Angestellten-Krankenkasse (Ersatzkasse), Hamburg 1, Steindamm 106, und Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover, Arnswaldtstr. 12—14.

51. **Nr. 2702c-15/167** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 7 zum EKT vom 28. 6. 1968 — gültig ab 1. 1. 1. 7. 1968 — für die Angestellten und Lehrlinge der Hamburg-Münchener Ersatzkasse in der Bundesrepublik (Manteländerungen).

Tarifvertragsparteien:

Hamburg-Münchener Ersatzkasse — Hauptverwaltung —, Hamburg, Schäferkampsallee 16, und Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover, Arnswaldtstr. 12—14.

52. **Nr. 2702c-17/111 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 7 zum** EKT v. 28. 6. 1968 — gültig ab 1. 1. 1. 7. 1968 — für die Angestellten und Lehrlinge (Manteländerungen).

53. **Nr. 2702c-17/112** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 4a zum EKT vom 24. 8. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — für die Angestellten (Ergänzung der Anlage 5 — Vergütungsgruppen).

Zu 52. und 53. betr. Angestellte und Lehrlinge der Hanseatischen von 1826 und Merkur Ersatzkasse in der Bundesrepublik.

Zu 52. und 53. Tarifvertragsparteien:

Hanseatische von 1826 und Merkur Ersatzkasse, Hamburg 71, Bramfelder Chaussee 105, und Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover, Arnswaldtstr. 12—14.

54. **Nr. 2702c-18/164** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 7 zum EKT v. 28. 6. 1968 — gültig ab 1. 1. 1. 7. 1968 — für die Angestellten und Lehrlinge der Kaufm. Krankenkasse Halle in der Bundesrepublik (Manteländerungen).

Tarifvertragsparteien:

Kaufmännische Krankenkasse Halle — Ersatzkasse —, Hannover, Leibnizufer 13 15, und Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover, Arnswaldtstr. 12—14.

55. **Nr. 2702c-22/66** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 7 zum EKT vom 28. 6. 1968 — gültig ab 1. 12. 1967 1. 1. 1. 7. 1968 — für die Angestellten und Lehrlinge der Schwäbisch Gmünder Ersatzkasse in der Bundesrepublik (Manteländerungen).

Tarifvertragsparteien:

Schwäbisch Gmünder Ersatzkasse, Schwäbisch Gmund, Goethestr. 43, und Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover, Arnswaldtstr. 12—14.

56. **Nr. 2808/160** — Tarifvertrag vom 27. 5. 1968 — gültig ab 1. 1. 1968 — zur Änderung des Versorgungstarifvertrages für die Angestellten und Arbeiter der Lufthansa Service GmbH in der Bundesrepublik vom 1. 10. 1967.

57. **Nr. 2808/161** — Tarifvertrag vom 27. 5. 1968 — gültig ab 1. 1. 1968 — zur Änderung des Versorgungstarifvertrages für die Angestellten und Arbeiter der Condor Flugdienst GmbH in der Bundesrepublik.

58. **Nr. 2808/162** — Tarifvertrag vom 31. 5. 1967 — gültig ab 1. 6. 1967/1. 1. 1968 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Sensiorität für das Bordpersonal der Deutschen Lufthansa AG in der Bundesrepublik vom 1. 9. 1961.

59. **Nr. 2808/163** — Tarifvertrag vom 1. 6. 1968 — gültig ab 1. 6. 1967 — betr. Übergangsversorgung des Cockpitpersonals der Deutschen Lufthansa AG in der Bundesrepublik nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.

Zu 56. bis 59. Tarifvertragsparteien:

Arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

60. **Nr. 3001/1425** — Tarifvertrag Nr. 195 vom 12. 5. 1965 — gültig ab 1. 1./1. 6. 1965 — betr. Mantelbestimmungen für die Angestellten.

61. **Nr. 3001/1426** — Tarifvertrag Nr. 196 vom 12. 5. 1965 — gültig ab 1. 1./1. 7. 1965 — betr. Mantelbestimmungen für die Arbeiter.

62. **Nr. 3001/1427** — Tarifvertrag Nr. 224 vom 10. 11. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — betr. Gewährung von sozialen Leistungen an Angestellte (Ergänzung des Tarifvertrages Nr. 195 vom 12. 5. 1965).

63. **Nr. 3001/1428** — Tarifvertrag Nr. 225 vom 10. 11. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — betr. Gewährung von sozialen Leistungen an die Arbeiter (Ergänzung des Tarifvertrages Nr. 196 vom 12. 5. 1965).

Zu 60. bis 63. betr. Arbeitnehmer der Messe- und Ausstellungs-GmbH Frankfurt/M.

64. **Nr. 3001/1431** — Tarifvertrag Nr. 235 vom 17. 1. 1968 — gültig ab 1. 1. 1968 — über die Erhöhung der Vergütungen für Pauschalangestellte.

Zu 60. bis 64. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.

65. **Nr. 3001/1429** — Tarifvertrag Nr. 219 — Zusatztarifvertrag Nr. 8 zum BAT — vom 10. 11. 1967 — gültig ab 1. 1. 1968 — über die Gewährung einer Kassenverlustentschädigung für Sparkassenangestellte, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.

Zu 64. und 65. betr. Sparkassen- und Pauschalangestellte der kommunalen Verwaltungen und Betriebe im Lande Hessen.

Zu 60. bis 65. Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

66. **Nr. 3001/1430** — Tarifvertrag Nr. 226 vom 17. 1. 1968 — gültig ab 1. 1. 1968 — über die Erhöhung der Gehälter für die Angestellten in kommunalen Versorgungs- und Verkehrsbetrieben im Lande Hessen.

Tarifvertragsparteien:

Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. — Gruppe Versorgungsbetriebe (Elektrizität, Gas und Wasser), Gruppe Verkehrsbetriebe und Häfen — und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.

67. **Nr. 3001/1432** — Ergänzungstarifvertrag vom 17. 4. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — zum Bundeslohntarifvertrag Nr. 14 vom 3. 12. 1967 für die gewerbl. Arbeitnehmer (Sozialzuschlag, Lohnzulage).

68. **Nr. 3001/1437** — Tarifvertrag vom 13. 5. 1968 — gültig ab 1. 1. 1969/1. 1. 1971 — zur Änderung des Tarifvertrages über Kinderzuschläge für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 28. 7. 1958.

69. **Nr. 3002a/239** — Ergänzungstarifvertrag vom 17. 4. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — zum 8. Bundeslohntarifvertrag für das Haus- und Küchenpersonal vom 3. 12. 1967 (Lohn, Sozialzuschlag).

Zu 67. bis 69. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

70. **Nr. 3001/1434** — Anschlußtarifvertrag vom 11. 4. 1968 — gültig ab 1. 3. 1968/1. 1. 1969/1. 1. 1971 — zum Zwölften Ergänzungstarifvertrag vom 7. 2. 1968 zum BMT-G II für die Arbeiter (Manteländerung, u. a. Arbeitszeitkürzung), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Hauptvorstand, Kassel.

71. **Nr. 3001/1436** — Zweiter Tarifvertrag vom 9. 5. 1968 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages über die Versorgung der Arbeitnehmer — VersTV — G) vom 6. 3. 1967, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.

Zu 67. bis 71. betr. Arbeitnehmer der kommunalen Verwaltungen und Betriebe in der Bundesrepublik.

Zu 67. bis 71. Tarifvertragsparteien:

Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände — Vorstand —, Köln-Marienburg, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

72. **Nr. 3001/1435** — Änderungstarifvertrag Nr. 5 vom 30. 4. 1968 zum Tarifvertrag über die Gewährung von Reisekostenvergütung an Arbeiter vom 25. 6. 1965.

73. **Nr. 3001/1438** — Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 13. 5. 1968 — gültig ab 1. 1. 1968/1. 1. 1969/1. 1. 1971 — zum Tarifvertrag über Kinderzuschläge für Arbeiter vom 26. 5. 1964.

74. **Nr. 3001/1439** — Änderungstarifvertrag Nr. 11 vom 14. 5. 1968 — gültig ab 1. 4. 1968 — zum Manteltarifvertrag für die Arbeiter — MTL II — (Umzugskostenvergütung und Trennungsentschädigung).

Zu 72. bis 74. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

75. **Nr. 3001/1441** — Anschlußtarifvertrag vom 19. 6. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — zum Ergänzungstarifvertrag vom 17. 4. 1968 zum Länderlohntarifvertrag Nr. 12 für die Arbeiter vom 3. 12. 1967 (Lohn, Lohnzulage, Sozialzuschlag), abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund.

76. **Nr. 3001/1442** — Anschlußtarifvertrag vom 19. 6. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — zum Ergänzungstarifvertrag vom 17. 4. 1968 zum Länderlohntarifvertrag Nr. 12 für die Arbeiter vom 3. 12. 1967 (Lohn, Lohnzulage, Sozialzuschlag).

77. **Nr. 3001/1450** — Anschlußtarifvertrag vom 15. 7. 1968 — gültig ab 1. 1. 1968/1. 1. 1969/1. 1. 1971 — zum Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 13. 5. 1968 zum Tarifvertrag über Kinderzuschläge für Arbeiter vom 26. 5. 1964.

Zu 76. und 77. abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Polizei — Gewerkschaftsvorstand —.

78. **Nr. 3001/1451** — Anschlußtarifvertrag vom 15. 7. 1968 — gültig ab 1. 1. 1968/1. 1. 1969/1. 1. 1971 — zum Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 13. 5. 1968 zum Tarifvertrag über Kinderzuschläge für Arbeiter vom 26. 5. 1964, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsbund Deutschlands, Bundesvorstand.

Zu 72. bis 78. betr. Arbeiter der Länderverwaltungen und Betriebe in der Bundesrepublik.

79. **Nr. 3001/1445** — Anschlußtarifvertrag vom 1. 7. 1968 — gültig ab 1. 10. 1968 — zum Ergänzungstarifvertrag vom 17. 4. 1968 zum Zweiten Tarifvertrag vom 3. 12. 1967 zur Änderung des Tarifvertrages über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer des Landes Hessen vom 10. 2. 1965 (Monatslohn, Pauschalzuschlag), abgeschlossen wie zu lfd. Nrn. 76. und 77.

80. **Nr. 3001/1443** — Anschlußtarifvertrag vom 19. 6. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — zum Ergänzungstarifvertrag vom 17. 4. 1968 zum Länderlohntarifvertrag Nr. 12 vom 3. 12. 1967 (Lohn, Lohnzulage, Sozialzuschlag).

81. **Nr. 3001/1449** — Anschlußtarifvertrag vom 15. 7. 1968 — gültig ab 1. 1. 1968/1. 1. 1969/1. 1. 1971 — zum Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 13. 5. 1968 zum Tarifvertrag über Kinderzuschläge für Arbeiter vom 26. 5. 1964.

Zu 80. und 81. betr. Arbeiter bei dem Bau und der Unterhaltung von Straßen und Autobahnen einschl. der Nebenbetriebe in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern,

Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein sowie Saarland.

Zu 80. und 81. abgeschlossen mit dem Verband Deutscher Straßenwärter, Bundesvorstand.

Zu 72. bis 81. Tarifvertragsparteien:

Tarifgemeinschaft deutscher Länder und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

82. **Nr. 3001/1433 — 3001a/996** — Änderungstarifvertrag Nr. 4 vom 1. 4. 1968 zum Tarifvertrag über die Gewährung von Reisekostenvergütung vom 15. 12. 1965.

83. **Nr. 3001/1444 — 3001a/1006** — Änderungstarifvertrag Nr. 5 vom 30. 4. 1968 zum Tarifvertrag über die Gewährung von Reisekostenvergütung vom 15. 12. 1965.

Zu 82. und 83. betr. Angestellte der Bundesverwaltung, Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, Länderverwaltungen und Betriebe und der kommunalen Verwaltungen und Betriebe in der Bundesrepublik.

Zu 82. und 83. Tarifvertragsparteien:

Bundesrepublik Deutschland und Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, beide vertreten durch den Bundesminister des Innern, Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand —.

84. **Nr. 3001/1440 — 3001a/1002** — Zwanzigster Tarifvertrag vom 14. 5. 1968 — gültig ab 1. 4. 1968 — zur Änderung des BAT für die Angestellten (Manteländerung — Umzugskosten, Trennungsentschädigung —), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand —.

85. **Nr. 3001/1446 — 3001a/1009** — Anschlußtarifvertrag vom 1. 7. 1968 zum Achtzehnten Tarifvertrag vom 3. 12. 1967 und Neunzehnten Tarifvertrag vom 7. 2. 1968 zur Änderung des BAT für die Angestellten, abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund — Vorstand —.

86. **Nr. 3001/1447 — 3001a/1010** — Anschlußtarifvertrag vom 1. 7. 1968 zum Zweiten Änderungstarifvertrag vom 23. 11. 1967 zum Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer — Versorgungs-TV —.

87. **Nr. 3001/1454 — 3001a/1017** — Anschlußtarifvertrag vom 2. 9. 1968 zum zwanzigsten Tarifvertrag vom 14. 5. 1968 zur Änderung des BAT für die Angestellten.

Zu 86. und 87. abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Polizei — Gewerkschaftsvorstand —.

88. **Nr. 3001/1448 — 3001a/1011** — Anschlußtarifvertrag vom 1. 7. 1968 zum Neunzehnten Tarifvertrag vom 7. 2. 1968 zur Änderung des BAT für die Angestellten.

89. **Nr. 3001/1455 — 3001a/1018** — Anschlußtarifvertrag vom 2. 9. 1968 zum Zwanzigsten Tarifvertrag vom 14. 5. 1968 zur Änderung des BAT für die Angestellten.

Zu 88. und 89. abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V. — Hauptverwaltung —.

90. **Nr. 3001/1452 — 3001a/1015** — Anschlußtarifvertrag vom 28. 8. 1968 zum Siebzehnten Tarifvertrag vom 30. 11. 1967, Achtzehnten Tarifvertrag vom 3. 12. 1967, Neunzehnten Tarifvertrag vom 7. 2. 1968 und zum Zwanzigsten Tarifvertrag vom 14. 5. 1968 zur Änderung und Ergänzung des BAT für die Angestellten, abgeschlossen mit dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst e. V. — Bundesvorstand —.

Zu 84. bis 90. betr. Arbeitnehmer der Bundesverwaltung, Länderverwaltungen und Betriebe und der kommunalen Verwaltungen und Betriebe in der Bundesrepublik.

Zu 84. bis 90. Tarifvertragsparteien:

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

91. **Nr. 3001/1453 — 3001a/1016** — Anschlußtarifvertrag vom 28. 8. 1968 für die Angestellten der Bundesverwaltung und der kommunalen Verwaltungen und Betriebe in der Bundesrepublik zum Änderungstarifvertrag Nr. 4 vom 1. 4. 1968 zum Tarifvertrag über die Gewährung von Reisekostenvergütung an die Angestellten des Bundes, der Länder und der Gemeinden.

Tarifvertragsparteien:

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.

92. **Nr. 3001a/1000** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 10 vom 14. 5. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — zum MTB II (Manteländerung, u. a. Umzugskostenvergütung, Trennungsentschädigung), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

93. **Nr. 3001a/995** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 3 vom 18. 4. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — zum Tarifvertrag für die Kraftfahrer vom 6. 4. 1965 (Monatslöhne und Pauschalbeträge).

94. **Nr. 3001a/1003** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 10 vom 15. 5. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — zum MTB II (Manteländerung, u. a. Umzugskostenvergütung, Trennungsentschädigung).

Zu 93. und 94. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsbund Deutschlands, Bundesvorstand.

Zu 92. bis 94. betr. Arbeiter und Kraftfahrer des Bundes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr in der Bundesrepublik.

Zu 92. bis 94. Tarifvertragsparteien:

Bundesrepublik Deutschland und Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, beide vertreten durch den Bundesminister des Innern, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

95. **Nr. 3001a/1005** — Anschlußtarifvertrag vom 7. 6. 1968 zum Ergänzungstarifvertrag vom 17. 4. 1968 zum Tarifvertrag über die Löhne der Arbeiter des Bundes in der Bundesrepublik und zum Ergänzungstarifvertrag Nr. 3 vom 17. 4. 1968 zum Tarifvertrag für die Kraftfahrer des Bundes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr vom 5. 4. 1965, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Polizei — Gewerkschaftsvorstand —.

96. **Nr. 3001a/993** — Tarifvertrag vom 19. 3. 1968 — gültig ab 1. 5. 1968 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Ausführung von Arbeiten im Leistungslohnverfahren (Gedingerichtlinien) vom 1. 4. 1964 (Prämienverfahren).

97. **Nr. 3001a/994** — Ergänzungstarifvertrag vom 18. 4. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — zum Tarifvertrag über die Ausführung von Arbeiten im Leistungslohnverfahren (Gedingerichtlinien) vom 1. 4. 1964 i. d. F. vom 4. 12. 1967 (Lohntabellen für Gedingegrundlöhne).

Zu 96. und 97. betr. Arbeiter im Bereich des Bundesministers der Verteidigung in der Bundesrepublik.

98. **Nr. 3001a/997** — Ergänzungstarifvertrag vom 18. 4. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — zum Lohntarifvertrag vom 4. 12. 1967 (Lohn, Lohnzulage, Sozialzuschlag).

Zu 96. bis 98. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsdienst Deutschlands, Bundesvorstand.

99. **Nr. 3001a/998** — Tarifvertrag vom 13. 5. 1968 — gültig ab 1. 1. 1968/1. 1. 1969/1. 1. 1971 — zur Änderung des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge vom 3. 6. 1964.

100. **Nr. 3001a/999** — Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 14. 5. 1968 — gültig ab 1. 1./1. 7. 1968 — zum Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis zum MTB II vom 11. 7. 1966.

Zu 99. und 100. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

101. **Nr. 3001a/1001** — Tarifvertrag vom 14. 5. 1968 — gültig ab 1. 1. 1968/1. 1. 1969/1. 1. 1971 — zur Änderung des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge vom 4. 6. 1964.

102. **Nr. 3991a/1004** — Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 15. 5. 1968 — gültig ab 1. 1./1. 7. 1968 — zum Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis zum MTB II vom 12. 7. 1966.
Zu 101. und 102. abgeschlossen wie zu lfd. Nrn. 96. bis 98.

103. **Nr. 3001a/1012** — Anschlußtarifvertrag vom 26. 7. 1968 zum Tarifvertrag vom 13. 5. 1968 zur Änderung des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge vom 3. 6. 1964, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft.

104. **Nr. 3001a/1013** — Anschlußtarifvertrag vom 7. 8. 1968 zum Tarifvertrag vom 13. 5. 1968 zur Änderung des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge vom 3. 6. 1964, abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund.

105. **Nr. 3001a/1014** — Anschlußtarifvertrag vom 19. 8. 1968 zum Tarifvertrag vom 13. 5. 1968 zur Änderung des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge vom 3. 6. 1964, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 95.

Zu 98. bis 105. betr. Arbeiter der Bundesverwaltung in der Bundesrepublik.

Zu 95. bis 105. Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

106. **Nr. 3001a/1007** — Ergänzungstarifvertrag vom 27. 6. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — zum Lohntarifvertrag für die Arbeiter der Deutschen Bundesbank in der Bundesrepublik vom 31. 1. 1968 (Lohn, Lohnzulage, Sozialzuschlag).

107. **Nr. 3001a/1008** — Änderungstarifvertrag Nr. 3 vom 27. 6. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — zum Tarifvertrag für die Kraftfahrer der Deutschen Bundesbank in der Bundesrepublik vom 16. 7. 1965 i. d. F. vom 31. 1. 1968 (Monatslohn, Pauschalbetrag).

Zu 106. und 107. Tarifvertragsparteien:

Deutsche Bundesbank und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

108. **Nr. 3002/57** — Änderungstarifvertrag Nr. 7 vom 14. 6. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968/1. 1. 1969 — zum Tarifvertrag für die Angestellten und Lehrlinge der Ärztlichen Verrechnungsstelle Büdingen e. V. vom 11. 2. 1963 (Gehalt, Lehrlingsentgelte, Manteländerung — u. a. Arbeitszeitkürzung, Urlaub, Tätigkeitsmerkmale —).

Tarifvertragsparteien:

Ärztliche Verrechnungsstelle Büdingen e. V., Büdingen/Hessen, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.

109. **Nr. 3002a/237** — Gehalts- und Lohntarifvertrag vom 16. 2. 1968 — gültig ab 1. 4. 1968 — für die Arbeitnehmer der Privatkrankenanstalten im Lande Hessen.

Tarifvertragsparteien:

Verband der Privatkrankenanstalten in Hessen e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.

110. **Nr. 3003/55** — Bundesmanteltarifvertrag mit Tätigkeitsmerkmalen und Schiedsstellenordnung vom 20. 2. 1968 — gültig ab 1. 4. 1968 —.

111. **Nr. 3003/56** — Vergütungstarifvertrag Nr. 3 v. 20. 2. 1968 — gültig ab 1. 4. 1968 —.

Zu 110. u. 111. betr. Angestellte der Arbeiterwohlfahrt und deren Gliederungen in der Bundesrepublik einschl. West-Berlin.

Zu 110. u. 111. Tarifvertragsparteien:

Arbeiterwohlfahrt — Bundesverband e. V. —, Bonn, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.

112. **Nr. 3004/281** — Normalvertrag-Tanz vom 28. 6. 1968 — gültig ab Beginn der Spielzeit 1968/69 — für die Tanzgruppenmitglieder an Deutschen Bühnen in der Bundesrepublik.

113. **Nr. 3004/282** — Ballettgagentarifvertrag vom 28. 6. 1968 — gültig ab 1. 7. 1968 — für Ballettgruppenmitglieder an Deutschen Bühnen mit Opernsingchören in der Bundesrepublik.

114. **Nr. 3004/283** — Tarifvertrag vom 28. 6. 1968 — gültig ab Beginn der Spielzeit 1968/69 — zur Änderung des Tarifvertrages für technische Angestellte mit teilweise künstlerischer Tätigkeit an Landesbühnen in der Bundesrepublik — BTTL — vom 3. 11. 1961 (u. a. Arbeitszeit, Theaterbetriebszulage).

Zu 112. bis 114. Tarifvertragsparteien:

Deutscher Bühnenverein e. V. — Vorstand —, Köln, und Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen, Hauptvorstand, Hamburg.

Bindende Festsetzungen für die Heimarbeit:

115. **Nr. H—409f/84** — Bindende Festsetzung der Entgelte für die Herstellung von Gablonzer Glaskurzwaren sowie technischen Artikeln aus Glas in Heimarbeit vom 9. 5. 1968, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 105 vom 7. 6. 1968, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Glaskurz- und Kristallglaswaren nach Gablonzer Art.

116. **Nr. H—409f/85** — Bindende Festsetzung der Entgelte für die Herstellung von Schmuckwaren nach Gablonzer Art in Heimarbeit vom 11. 6. 1968.

117. **Nr. H—409f/86** — Bindende Festsetzung der Entgelte für das Aufstecken von Schmuckwaren nach Gablonzer Art in Heimarbeit vom 11. 6. 1968.

118. **Nr. H—409f/87** — Bindende Festsetzung der Entgelte für Rohgürtlerarbeiten nach Gablonzer Art in Heimarbeit vom 11. 6. 1968.

Zu 116. bis 118. veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 137 vom 26. 7. 1968, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Schmuckwaren nach Gablonzer Art.

119. **Nr. H—1207/19** — Bindende Festsetzung von Entgelten und sonstigen Vertragsbedingungen für die Herstellung von Uniformausstattungsgegenständen und leonischen Erzeugnissen anderer Art in Heimarbeit vom 26. 6. 1968, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 148 vom 10. 8. 1968, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Posamenten und Uniformausstattungsgegenständen.

120. **Nr. H—1211/19** — Bindende Festsetzung vom 29. 5. 1968 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und Arbeitszeiten für die Herstellung von Netzen aller Art von Hand (ausgenommen: Netze für die Hochseefischerei, Fahrradnetze und Netzhandschuhe) in Heimarbeit vom 4. 12. 1964 (Entgelte), veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 114 vom 25. 6. 1968, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Netzen aller Art.

121. **Nr. H—1303/126** — Bindende Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von Festartikeln aus Papier und Pappe in Heimarbeit vom 12. 8. 1968.

122. **Nr. H—1303/127** — Bindende-Festsetzung zur Aufhebung der noch für die Herstellung von Festartikeln aus Papier und Pappe geltenden bindenden Festsetzung über den Urlaub für die mit der Herstellung von Spielwaren aller Art in Heimarbeit Beschäftigten und ihnen gleichgestellten Personen vom 12. 8. 1968.

Zu 121. u. 122. veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 162 vom 30. 8. 1968, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für Festartikel aus Papier und Pappe.

123. **Nr. H—1700/187** — Bindende Festsetzung vom 24. 4. 1968 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten für die Heimarbeit im Holz- und Schnitzstoffgewerbe vom 3. 7. 1963, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 126 vom 11. 7. 1968, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für das Holz- und Schnitzstoffgewerbe.

124. **Nr. H—1708/6** — Bindende Festsetzung vom 3. 5. 1968 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Arbeitsbedingungen für die in der Herstellung von Knöpfen, Schnallen und Schließen für Bekleidung und Wäsche in Heimarbeit Beschäftigten vom 23. 10. 1959 (Entgelte), veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 97 vom 25. 5. 1968, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für Knöpfe, Schnallen und Schließen für Bekleidung und Wäsche.

125. **Nr. H—1710/20** — Bindende Festsetzung von Entgelten für in Heimarbeit hergestellte Bürsten vom 28. 5. 1968.

126. **Nr. H—1710/21** — Bindende Festsetzung vom 28. 5. 1968 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und sonstigen Vertragsbedingungen für die in der Herstellung von Bürsten beschäftigten Heimarbeiter vom 25. 4. 1960.

127. **Nr. H—1710/22** — Bindende Festsetzung von Entgelten für in Heimarbeit hergestellten Pinsel vom 28. 5. 1968.

128. **Nr. H—1710/23** — Bindende Festsetzung vom 28. 5. 1968 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und sonstigen Vertragsbedingungen für die Herstellung von Pinseln in Heimarbeit vom 10. 6. 1958.

Zu 125. bis 128. veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 121 vom 4. 7. 1968, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Bürsten-, Besen- und Pinselherstellung.

129. **Nr. H—2000/444** — Bindende Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von Oberbekleidung, Unterkleidung (auch Wäsche) und Sportkleidung aus gewirkten und maschinengestrickten Stoffen in Heimarbeit vom 29. 2. 1968, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 59 vom 23. 3. 1968.

130. **Nr. H—2000/449** — Bindende Festsetzung vom 6. 8. 1968 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und Fertigungszeiten für die Herstellung von Damenoberbekleidung aus gewirkten und gestrickten Stoffen (Damenhosen) in Heimarbeit vom 9. 6. 1964, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 161 vom 29. 8. 1968.

Zu 129. u. 130. Beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Oberbekleidung, Unterkleidung und Sportkleidung aus gewirkten und gestrickten Stoffen.

131. **Nr. H—2000/445** — Bindende Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von Handschuhen (ausgenommen Lederhandschuhe) in Heimarbeit vom 14. 5. 1968, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 105 vom 7. 6. 1968, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Handschuhen (ausgenommen Lederhandschuhe).

132. **Nr. H—2000/446** — Bindende Festsetzung vom 21. 5. 1968 zur Ergänzung der bindenden Festsetzung von Entgeltbestimmungen und Fertigungszeiten für die Herstellung von Damen- und Mädchenoberbekleidung in Heimarbeit vom 18. 11. 1965, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 116 vom 27. 6. 1968.

133. **Nr. H—2000/450** — Bindende Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von Damen- und Mädchenoberbekleidung in Heimarbeit vom 6. 8. 1968, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 161 vom 29. 8. 1968.

Zu 132. u. 133. Beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Damenoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen sowie dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Oberbekleidung, Unterkleidung und Sportkleidung aus gewirkten und gestrickten Stoffen.

134. **Nr. H—2000/447** — Bindende Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von Damenoberbekleidung (Morgenröcke und Morgenjacken) und verwandten Erzeugnissen in Heimarbeit vom 6. 8. 1968, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 170 vom 11. 9. 1968.

135. **Nr. H—2000/448** — Bindende Festsetzung vom 6. 8. 1968 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und Fertigungszeiten für die Herstellung von Damenoberbekleidung (Damenhosen) in Heimarbeit vom 20. 7. 1962 (Entgelte), veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 161 vom 29. 8. 1968.

Zu 134. u. 135. Beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Damenoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen.

136. **Nr. H—2001/64** — Bindende Festsetzung von Entgelten und Fertigungszeiten für die Herstellung von Taschentüchern in Heimarbeit vom 24. 4. 1968, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 111 vom 20. 6. 1968.

137. **Nr. H—2001/65** — Bindende Festsetzung von 3. 7. 1968 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und Fertigungszeiten für die Herstellung von Wäsche und verwandten Erzeugnissen in Heimarbeit vom 13. 7. 1967, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 142 vom 28. 7. 1968.

Zu 136. u. 137. Beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Wäsche und verwandten Erzeugnissen.

138. **Nr. H—2005/47** — Bindende Festsetzung von Entgelten und Fertigungszeiten für die Herstellung von Krawatten in Heimarbeit vom 18. 4. 1968, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 116 vom 27. 6. 1968, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Krawatten.

Durch die Eintragung der Tarifverträge in das Tarifregister und deren Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen wird nicht über die Rechtsgültigkeit der eingetragenen Tarifverträge entschieden.
Tarifexemplare sind n u r bei den Vertragsparteien erhältlich.

Wiesbaden, 14. 10. 1968

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt u. Gesundheitswesen
I A 2 — 2607

StAnz. 44/1968 S. 1634

1268

Durchführung der Ersten Strahlenschutzverordnung (1. SSVO);

h i e r : **Berichtigung.**

Im StAnz. 37/1968 S. 1397—1402 sind verschiedene Druckfehler unterlaufen:

Auf Seite 1398, 34. Zeile muß es bei der Ausscheidungsanalyse „Uran (Alpha-Aktivität)" r i c h t i g h e i ß e n :

(Nachweisgrenze **0,3** pCi/l 24-h-Urin).

Auf Seite 1398, 53. Zeile muß es r i c h t i g h e i ß e n : **„mindestens"**

Auf Seite 1400 in der T a b e l l e I gehören die Bemerkungen „je nach Art des Umg. um den Faktor 100 erhöhen" nur zur viertletzten (Pb-212) und drittletzten (Ac-228) Zeile.

Auf Seite 1400 in der T a b e l l e II gehört zur 33. Zeile (Au-196) in der Spalte Bemerkungen ein „x". Das „x" in der 34. Zeile (Hg-203) entfällt.

Auf Seite 1401 in der T a b e l l e V gehören die Bemerkungen „je nach Art des Umg. um Faktor 100 red." nur zur 1. Zeile (H-3) in dieser Tabelle.

Wiesbaden, 21. 10. 1968

Die Redaktion

StAnz. 44/1968 S. 1640

1269

Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

b) Regierungspräsident in Darmstadt

e r n a n n t

zum **Polizeibezirkskommissar** Polizeihauptkommissar (BaL) Herbert Becker (16. 5.);

zum **Kriminalhauptkommissar** Kriminaloberkommissar (BaL) Philipp Arndt (29. 5.);

zum **Polizeihauptkommissar** Polizeioberkommissar (BaL) Heribert von Nieding (31. 5.);

zu **Polizeioberkommissaren** die Polizeikommissare (BaL) Karl Reinhardt (13. 5.), Georg Fritz, Helmut Götz, Wolfgang Hoßbach, Rolf Schmidt, Rudolf Wolf (sämtl. 22. 5.);

Heinrich Braun, Walter Jöckel, Heinrich Melchior, Herbert Wagner, Walter Wagner, Walter Ratsdorf, Heinrich Schuß (sämtl. 24. 5.);

Alfred Holaschke (25. 5.);

Erich Betz, Adolf Ehrenfried, Josef Lindner (sämtl. 27. 5.); Werner Sühring (29. 5);

zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Lorenz Bott, Ernst Bruschke, Paul Dittrich, Rudolf Gahler, Günter Keller, Jakob Mayer, Dieter Niedballa, Wilhelm Oertel, Hubert Rosanske, Alfred Schuster, August Weitzmann (sämtl. 31. 5.);

c) Regierungspräsident in Kassel

e r n a n n t

zu **Polizeioberkommissaren** die Polizeikommissare (BaL) Adolf Reimer (22. 5.), Herbert Gellert (24. 5.), Friedrich Klein, Joseph Wahle (27. 5.), Karl Otto Marquardt (28. 5.), Heinrich Sonnenschein (31. 5.);

e) Hessische Bereitschaftspolizei

e r n a n n t

zu **Polizeioberkommissaren** die Polizeikommissare (BaL) Reinhold Leiner, Adolf Raima, Manfred Seidel (sämtl. 21. 5.), Günther Niebling (24. 5.), Heinz Hugo Engel (27. 5.);

zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Joachim Kerstan, Franz Kugler (30. 5.);

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Wilhelm Grywatz (15. 5.), Georg Herrmann (30. 5.);

zum **Polizeiwachtmeister (BaP)** Dieter Mast (6. 5.);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Polizeimeister (BaP), Karl Heinz Eder (22. 5.), Volkert Bernecker (27. 5.), Helmut Auth (30. 5.);

entlassen

die Polizeiwachtmeister (BaP) Michael Seifert (19. 5.), Erhard Bauer, Peter Diemer (15. 5.), Manfred Häuser, Wilhelm Menne, Rüdiger Posdiena, Jörg Dietrich Reith, Udo Rousek, Hermann Schartau, Helmut Schell, Helmut Siebert (sämtl. 31. 5.);

Hessische Polizeischule

ernannt

zum **Polizeihauptwachtmeister** Polizeioberwachtmeister (BaP) Wolfgang Seipel (14. 5.);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Polizeimeister (BaP) Gerhard Lange (24. 5.);

entlassen

die Polizeiwachtmeister (BaP) Arthur Gebauer, Walter Keiper (sämtl. 31. 5.);

Hessische Landeskriminalamt

ernannt

zum **Kriminalhauptmeister** Kriminalobermeister (BaL) Erich Schuck (31. 5.);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Kriminaloberkommissar (BaP) Wolfgang Fach (9. 5.), Amtsgehilfe (BaP) Hans Günther Daeblitz (22. 5.);

Hessisches Wasserschutzpolizeiamt

ernannt

zum **Polizeihauptmeister** Polizeiobermeister (BaL) Franz Mangelsdorf (31. 5.);

zum **Polizeimeister** Polizeihauptwachtmeister (BaP) Eckhard Gladis (31. 5.);

e) Hessische Bereitschaftspolizei

ernannt

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Eduard Berninger (9. 4.), Rolf-Dieter Henn, Ewald Josef Scheich, Horst Schubert (sämtl. 17. 4.);

Polizeimeister (BaP) Manfred Deichmann (17. 4.);

zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Helmut Ehrig, Karl-Heinz Frost, Dieter Kunkel (sämtl. 25. 4.);

zu **Polizeihauptwachtmeistern** die Polizeioberwachtmeister (BaP) Peter Bingel, Helmut Böhm, Karl Heinrich Haibach, Oswin Karolus, Herbert Kecke, Heinz Köhne, Albert Michel, Karl-Heinz Schermuly, Jürg Traupel (sämtl. 11. 4.); Wolfgang Sievert (16. 4.), Hartmut Bachmann, Norbert Langner, David Schulz (sämtl. 17. 4.), Werner Gehringer, Peter Psik (30. 4.)

Polizeiwachtmeister Ulrich Speich (17. 4.);

zu **Polizeiwachtmeistern (BaP)** Manfred Baus, Manfred Becker, Heinrich Benzner, Günter Blasberg, Herbert Carius, Gerhard Dechant, Bruno Faust (sämtl. 2. 4.) Manfred Fedgenhäuer, Wolfgang Geismar, Horst Gruner, Dieter Hagenfeld, Dieter Hartmann, Gerhard Heiliger, Wolfgang Herrmann, Günter Holland, Ulrich Jung, Alfred Kayser, Norbert Korkesch, Werner Kredel, Heinz-Jürgen Lange, Lothar Lautenschläger, Ernst Loh, Karl Albert Lückhof, Wolfgang Metz, Herbert Michel, Karl Heinz Moog, Roland Müller, Helmut Nolte, Hans Josef Ostheimer, Karl Reinhard, Horst Reinheimer, Axel Reis, Werner Rost, Wolfgang Rudolph, Michael Sacher, Hans Dietrich Sandrock, Eckhard Sellen, Bernd Sippel, Olaf Schad, Rudolf Schäfer, Manfred Schindele, Peter Stützer, Norbert Trost, Günter Weller, Horst Wilhelm, Günter Willner, Hans Joachim Wölfel, Ralph Schmidt (sämtl. 2. 4.); Helmut Bauer, Norbert Büttner, Bernd Freundlieb, Rolf Gengel, Manfred Häuser, Hans Hippe, Hubert Holderied (sämtl. 3. 4.); Rudolf Höll, Sören Junge, Joachim Klingelhöfer, Gerd Köllner, Dieter Lautenschläger, Peter Menz, Eduard Mundenjohl, Harald Noll, Helmer Oellers, Heinz Salm, Wolfgang Sellnau, Thomas Schick, Roland Scholz, Eugen Schüttler, Dieter Stenzel, Dietmar Veit, Wolfgang Wagner, Manfred Weber (sämtl. 3. 4.); Lothar Adam, Klaus Blöcher, Frank Bruchmüller, Udo Carle, Rudolf Desch, Fritz-Rainer Dornsiepen, Bernd Felde, Reinhard Funk, Klaus Gießler, Reinhard Gonder, Horst Gräßer, Manfred Grzesch, Gerhard Haibach, Manfred Heinrich, Joachim Hoevel, Helmuth Hunger, Axel Kaiser, Kurt Kiewel, Karl-Ernst Klett, Heinz Klier, Rüdiger Klipp, Klaus Kolitsch, Paul Kroschewski, Rainer Kurreik, Jürgen Kuwalik, Ernst Losert, Herbert Mager, Carl-Heinz Matthies, Reinhard Mihr, Dieter Möhring, Ulrich Niezel, Hans-Dieter Nüchter, Manfred Obst, Harald Oßke (sämtl. 4. 4.); Friedhelm Panteleit, Reinhard Reuße, Rainer Salzmann, Horst Sander, Lutz Sander, Manfred Senkel, Jürgen Sörgel, Alfred Soose, Helmut Schell, Norbert Schlüter, Raimund Stahl, Frank Steuer, Norbert Thelen, Hans-Jörg Vocke, Helmut Wabnitz, Norbert Wehner, Günther Zachmann, Ulrich Albert (sämtl. 4. 4.); Hans-Frieder Mallon (10. 4.); Heinrich Sattler (19. 4.);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Polizeikommissar (BaP) Manfred Taube (5. 4.); Polizeimeister (BaP) Manfred Burger (2. 4.);

entlassen

die Polizeioberwachtmeister (BaP) Heinz Allmann, Walter Langer, Hans-Dieter Wagner (sämtl. 1. 4.); Jürgen Hölzemann (15. 4.);

die Polizeiwachtmeister (BaP) Joachim Angermund, Reinhard Bätzing, Günther Josef Berger, Gerhard Bergholz, Heinz Fischer, Roland Fischer, Roland Fritz, Hans-Werner Garitz, Heinz-Jürgen Grünert, Wolfgang Hartung, Roland Heller, Gustav Herber, Fritz Hillburger, Walter Holzhaus, Harald Janzen, Gert Kleinmann, Werner Koeberle, Günther Könnicke, Hans-Peter Krauss (sämtl. 1. 4.); Michael Krauß, Günther Litzba, Heinz Lombacher, Herbert Meyer, Günther Nold, Jürgen Perdelwitz, Harald Reuling, Klaus Röder, Wolfgang Rohm, Bernd Rosner, Jürgen Schmidt, Klaus Schmitt, Hartmut Schreiber, Winfried Schreiber, Günther Schröder, Manfred Steinel, Peter Stöckigt, Herbert Sturch, Günter Unverzagt, Wolfgang Zintel (sämtl. 1. 4.); Dietmar Meldner (9. 4.); Dirk Bockmühl, Rainer Buchert, Volker Diegelmann, Walter Omonsky (sämtl. 15. 4.); Karl-Heinz Benthien, Helmar Daufenbach, Harald Eckert, Ralph Reinhardt, Wolfgang Richardt, Wolfgang Schwing, Rainer Sollich, Karl Thielen, Erhardt Zimmer (sämtl. 30. 4.);

Hessische Polizeischule

ernannt

zum **Polizeibezirkskommissar** Polizeihauptkommissar (BaL) Berthold Schneider (30. 4.);

zu **Polizeiwachtmeistern (BaP)** Helmut Albrecht, Lothar Alt, Günter Barnickel, Harald Bochert, Gunnar Brüseke, Hubert Bubenheim, Lothar Dallmann, Bernhard v. Derschau, Hans Dieter Erhart, Wilhelm Fachinger, Dieter Frosch, Arthur Gebauer, Wolfgang Gehrig, Reinhard Glotzbach (sämtl. 3. 4.) Wolfgang Goerdten, Manfred Haferanke, Joachim Hastrich, Rolf Henke, Volker Henning, Manfred Herrmann, Alfons Hoff, Arnold Jockel, Erland Kalbhenn, Herbert Klenz, Bodo Knopf, Bodo Koch, Eduard Kramm, Horst Kroh, Rudolf Laux, Klaus Leydecker, Wolfgang Liesenfeld, Heinrich Lindgens, Jürgen Möller, Wilfried Möller, Karl Reiner Mogk, Ludig Ommert, Robert Pathe, Gerd Patzer, Manfred Pröve, Hubert Rupprecht, Udo Schild, Dieter Schmidt, Rainer Schmidt, Wilfried Schneider, Alfred Schramm, Bernd Strube, Harald Thiel, Wolfgang Türking, Kurt-Peter Wölfelschneider (sämtl. 3. 4.);

entlassen

Polizeioberwachtmeister (BaP) Harald Draeger (2. 4.); die Polizeiwachtmeister (BaP) Werner Schäfer (29. 2.); Wolfgang Gehrig (30. 4.);

Hessisches Landeskriminalamt

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Kriminalmeister (BaP) Walter Gemmer (9. 4.);

Hessisches Wasserschutzpolizeiamt

ernannt

zum **Polizeiobermeister** Polizeimeister (BaL) Franz Mrosek (9. 4.);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
Polizeikommissar (BaP) Gero-Bernd Kolter (4. 4.);

Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei

ernannt
zum **Polizeimeister** Polizeihauptwachtmeister (BaP) Sigurd Seifert (30. 4.);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
Polizeimeister (BaP) Horst Ebert (29. 4.);

Wiesbaden, 9. 10. 1968

Der Hessische Minister des Innern
III B 34 — 7 d 14
StAnz. 44/1968 S. 1640

b) staatliche Polizei des Regierungsbezirks Darmstadt

ernannt

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Hansgünter Kämpffe, PVB Butzbach (31. 8. 1968); Helmut Altendorf, Landrat PK Bergstraße (29. 8. 1968); Manfred Strauch, Landrat PK Dieburg (29. 8. 1968); Gerhard Mrotzek, Landrat PK Bergstraße (29. 8. 1968); Horst Dietz, Landrat PK Gießen (28. 8. 1968); Karl Lammer, Landrat PK Bergstr. (29. 8. 1968); Horst Nickel, Landrat PK Hofheim (29. 8. 1968); Philipp Kindinger, PVB Idstein (20. 9. 1968); Karl Engelhard, Landrat PK Gelnhausen (30. 8. 1968); Karl-Heinz Dechent, PVB Idstein (18. 9. 1968); Alfred Schulz, Landrat PK Rüdesheim (18. 9. 1968); Walter Happel, Landrat PK Biedenkopf (13. 9. 1968); Willi Rudius, Landrat PK Weilburg (18. 9. 1968); Eduard Mielcarek, Landrat PK Weilburg (16. 9. 1968); Karl Heinz Eckstein, Landrat PK Lauterbach (27. 9. 1968); Walter Hartmann, Landrat PK Bad Homburg (27. 9. 1968); Werner Lenz, Landrat PK Bad Homburg (27. 9. 1968); Adalbert Drechsler, Landrat PK Schlüchtern (27. 9. 1968); Joseph Weber, Landrat PK Lauterbach (27. 9. 1968);

zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachtmeister (BaL) Günter Sperling, Landrat PK Bad Homburg (28. 8. 1968); Horst Kauffeld, Landrat PK Bergstraße (30. 8. 1968); Helmut Möller, Landrat PK Hanau (27. 9. 1968); Adolf Hellmuth Gill, Landrat PK Hanau (27. 9. 1968); Werner Noll, Landrat PK Hanau (27. 9. 1968); Theo Lipps, Landrat PK Hanau (27. 9. 1968); Ernst Baier, Landrat PK Offenbach (27. 9. 1968); Reinhard Lücke, Landrat PK Büdingen (27. 9. 1968); Helmut Reuß, Landrat PK Büdingen (27. 9. 1968); Günter Haase, Landrat PK Bergstraße (27. 9. 1968);

die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Norbert Weinbach, PVB Darmstadt (26. 7. 1968); Wolfgang Käseber, PVB Darmstadt (26. 7. 1968); Heinrich Adler, PVB Darmstadt (26. 7. 1968); Klaus Wolf, PVB Butzbach (29. 7. 1968); Karl Heinz Rudolph, PVB Butzbach (30. 7. 1968); Hans Peter Hartmann, PVB Butzbach (30. 7. 1968); Kurt Pfläging, PVB Butzbach (24. 7. 1968); Harald Liso, Landrat PK Hofheim (30. 7. 1968); Hans-Jürgen Ringeisen, PVB Idstein (15. 8. 1968); Harald Sprenger, Landrat PK Usingen (16. 8. 1968); Werner Kruse, Landrat PK Bad Homburg (18. 8. 1968); Paul Heimerl, PVB Idstein (16. 8. 1968); Udo Butzbach, PVB Idstein (15. 8. 1968); Herwig Schön, PVB Idstein (15. 8. 1968); Wolfgang Burhenne, Landrat PK Bad Homburg (16. 8. 1968); Gerd Peter Hornung, Landrat PK Offenbach (21. 8. 1968); Friedrich Gliem, Landrat PK Schlüchtern (19. 8. 1968); Manfred Beck, Landrat PK Offenbach (20. 8. 1968); Edwin Großmann, PVB Idstein (29. 8. 1968); Werner Meyer, Landrat PK Bergstraße (29. 8. 1968); Werner Lerch, Landrat PK Gelnhausen (30. 8. 1968); Manfred Schenk, Landrat PK Bad Homburg (29. 8. 1968); Peter Wagner, Landrat PK Bad Homburg (28. 8. 1968); Hans-Peter Wallich, Landrat PK (29. 8. 1968) Günter Leicher, PVB Wiesbaden (17. 9. 1968); Gerd Müller, PVB Wiesbaden (17. 9. 1968); Gerhard Thewes, PVB Wiesbaden (17. 9. 1968); Karl Heinrich Weirauch, PVB Wiesbaden (22. 9. 1968);

zum **Polizeimeister unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** die Polizeihauptwachtmeister Herbert Schuischel, Landrat PK Wetzlar (19. 8. 1968); Gunter Kudielka, Landrat PK Hofheim (29. 8. 1968); Helmut Beier, Landrat PK Darmstadt (24. 9. 1968); Hans Dieter Freisinger, Landrat PK Darmstadt (25. 9. 1968); Gerhard Schneider, Landrat PK Darmstadt (30. 9. 1968); Rolf Schütz, Landrat PK Bergstraße (27. 9. 1968);

zum **Polizeihauptwachtmeister** die Polizeioberwachtmeister (BaP) Ulrich Helmut Rother, PVB Darmstadt (1. 10. 1968); Karl Wilfried Honecker, PVB Idstein (1. 10. 1968); Wilhelm Novotny, Landrat PK Groß-Gerau (1. 10. 1968); Hubert Gatzke, Landrat PK Bergstraße (1. 10. 1968), Dietmar Emmelius, Landrat PK Bad Homburg (1. 10. 1968); Manfred Kraft, Landrat PK Bad Homburg (1. 10. 1968); Dieter Krauß, Landrat PK Bad Homburg (1. 10. 1968); Alexander Pirang, Landrat PK Offenbach (1. 10. 1968); Klaus Stennei, Landrat PK Offenbach (1. 10. 1968); Bernd Quarz, Landrat PK Offenbach (1. 10. 1968);

die Polizeiwachtmeister (BaP) Dieter Rieß, Landrat PK Friedberg (1. 10. 1968); Rolf Rübenach, Landrat PK Mörfelden (1. 10. 1968); Manfred Hiltl, Landrat PK Offenbach (1. 10. 1698); Jörg Overbeck, Landrat PK Offenbach (1. 10. 1968);

zum **Kriminalobermeister** die Kriminalmeister Klaus Köpke, StKK Darmstadt (31. 5. 1968); Jürgen Lahl, StKK Groß-Gerau (8. 6. 1968); Hans Dietrich, StKK Friedberg (12. 6. 1968);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Polizeimeister Horst Rehm, Landrat PK Schlüchtern (29. 7. 1968); Hans Joachim Martin, Landrat PK Hanau (31. 7. 1968); Karl-Heinz Marschewski, Landrat PK Rüdesheim (1. 8. 1968); Walter Schraml, Landrat PK Gießen (2. 8. 1968); Klaus-Peter Weldemann, Landrat PK Rüdesheim (1. 8. 1968); Hans Jürgen Buch, Landrat PK Bad Homburg (11. 7. 1968); Horst Hieronymus, Landrat PK Darmstadt (16. 8. 1968); Werner Lhotta, PVB Butzbach (16. 8. 1968); Rolf Schwagmeier, Landrat PK Hofheim (15. 8. 1968); Karl-Heinz Schmidt, Landrat PK Darmstadt (19. 8. 1968); Dieter Schöneberg, Landrat PK Bergstraße (28. 8. 1968); Dieter Kilian, Landrat PK Rüdesheim (6. 9. 1968); Gerhard Göhlert, Landrat PK Büdingen (10. 9. 1968); Karlheinz Born, PVB Darmstadt (6. 9. 1968); Dieter Kratz, Landrat, PK Gießen (10. 9. 1968); Hans-Joachim Rollmann, Landrat PK Gelnhausen (13. 9. 1968); Paul Grimm, Landrat PK Darmstadt (12. 9. 1968); Horst Schnepper, Landrat PK Limburg (19. 9. 1968); Alfred Blaha, Landrat PK Limburg (19. 9. 1968); Rüdiger Wolff, Landrat PK Hanau (25. 9. 1968); Siegfried Klabunde, Landrat PK Friedberg (19. 9. 1968); Dieter Köster, Landrat PK Friedberg (18. 9. 1968); Heinz Pollmann, Landrat PK Gelnhausen (25. 9. 1968); Christian Röder, Landrat PK Gelnhausen (26. 9. 1968);

die Polizeihauptwachtmeister Jürgen Schmulbach, Landrat PK Gießen (2. 8. 1968); Adolf Gill, Landrat PK Hanau (26. 7. 1968); Theo Lipps, Landrat PK Hanau (25. 7. 1968); Wilhelm Noll, Landrat PK Hanau (26. 7. 1968); Karl Schmidt, Landrat PK Groß-Gerau (30. 9. 1968);

die Kriminalmeisterin Elke Ulrig, StKK Groß-Gerau (31. 7. 1968);

die Polizeimeister Willibald Langer, StKK Offenbach (31. 7. 1968); Wolfram Dzieron, StKK Groß-Gerau (31. 7. 1968); Edgar Kaiser, StKK Darmstadt (31. 7. 1968);

in den Ruhestand versetzt

mit Wirkung vom 1. September 1968: die Polizeihauptmeister Willi Kloppmann, EdS Darmstadt, Gustav Wilczek, EdS Darmstadt, Heinrich Brünnler, EdS Darmstadt;

die Polizeiobermeister Otto Wolf, Landrat PK Hofheim, Oswald Gotthardt, Landrat PK Limburg;

mit Wirkung vom 1. Oktober 1968: die Polizeihauptmeister Werner Reißig, Landrat PK Erbach, Philipp Emmert, Landrat PK Groß-Gerau, Rudolf Jeuthe, Landrat PK Offenbach, Albert Brehm, Landrat PK Dieburg, Alfred Schuster PVB Butzbach, Erwin Schwarz, Landrat PK Gießen, Josef Walz, Landrat PK Bergstraße, Werner Glintenkamp, Landrat PK Hanau, Willy Daniel, Landrat PK Rüdesheim, Willi Becker, Landrat PK Limburg, Robert Behr, Landrat PK Bad Homburg, Karl Baumbach, Landrat PK Hanau;

die Polizeiobermeister Werner Burow, Landrat PK Offenbach, Fritz Klose, Landrat PK Bergstraße, Otto Pulina, Landrat PK Gießen; Karl Kropp, Landrat PK Alsfeld, Friedrich Seel, Landrat PK Lauterbach, Kurt Dreißig, Landrat PK Bergstraße, Josef Gerdsen, Landrat PK Dillenburg, Karl Landua, Landrat PK Schlüchtern, Franz Recklies, Landrat PK Gelnhausen, Eduard Fehse, Landrat PK Dillenburg;

die Kriminalobermeister Philipp Klein, StKK Bad Homburg;

verstorben

Kriminalhauptmeister Franz Ender, StKK Offenbach (9. 8. 1968); Kriminalobermeister Heinz Neu, StKK Friedberg (2. 9. 1968); Polizeimeister Hartmut Hammen, Landrat PK Hofheim;

entlassen auf eigenen Antrag

Polizeihauptwachtmeister Günther Voß, Landrat PK Hofheim (mit Wirkung vom 1. 10. 1968).

Darmstadt, 3. 10. 1968

Der Regierungspräsident
III 26 — 7 1 02
StAnz. 44/1968 S. 1642

G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr

f) Straßenbauverwaltung

ernannt

zum **Regierungsbaudirektor** Oberregierungsbaurat (BaL) Diplom-Ingenieur Bernhard Harter (30. 9. 1968);
zu **Oberregierungsbauräten** die Regierungsbauräte (BaL) Diplom-Ingenieur Werner Nazet (30. 7. 1968); Heinz Rodust (23. 7. 1968);

zum **Regierungsgeologen (BaL)** Regierungsgeologe zur Anstellung (BaP) Diplom-Geologe Roman Stolba (23. 7. 1968);
zum **Technischen Amtsrat** Regierungsbauamtmann (BaL) Richard Becker (29. 7. 1968);

zu **Amtsräten** die Regierungsamtmänner (BaL) Georg Anthes (27. 8. 1968); Peter Seip (27. 8. 1968);

zu **Regierungsbauamtmännern** die Regierungsoberbauinspektoren (BaL) Wilhelm Brachmann (25. 7. 1968); Alfred Hartmann (30. 9. 1968); Wilhelm Himmel (30. 9. 1968); Hermann Kutzschbach (30. 8. 1968);

zu **Regierungsamtmännern** die Regierungsoberinspektoren (BaL) Roland Michael (3. 9. 1968); Jakob Rebenstock (16. 8. 1968);

zu **Regierungsoberbauinspektoren** die Regierungsbauinspektoren (BaL) Horst Dehnhard (24. 7. 1968); Gerhard Geiß (30. 9. 1968); Günter Alfred Hühn (29. 7. 1968); Josef Holzheuser (28. 8. 1968); Wilhelm Strauf (12. 7. 1968);

zu **Regierungsoberinspektoren** die Regierungsinspektoren (BaL) Walter Diehl (26. 9. 1968); Horst Laske (25. 7. 1968);

zum **Regierungsbauinspektor (BaL)** Regierungsbauinspektor zur Anstellung (BaP) Lothar Richter (1. 10. 1968);

zu **Regierungsinspektoren (BaL)** die Regierungsinspektoren zur Anstellung (BaP) Paul Böhme (1. 10. 1968); Bernhard Hilsbos (1. 10. 1968);

zu **Regierungsbauinspektoren zur Anstellung (BaP)** die Regierungsbauinspektoranwärter (BaW) Elmar Rützel (16. 8. 1968); Rolf Vogel (16. 8. 1968);

zu **Regierungsinspektoren zur Anstellung (BaP)** die Regierungsinspektoranwärter (BaW) Karl-Heinz Arend (25. 7. 1968); Helmut Brühne (10. 7. 1968); Peter Hartung (10. 7. 1968); Siegfried Janner (12. 8. 1968); Dieter Jung (12. 7. 1968); Joachim Knoll (1. 9. 1968); Klaus Krahl (10. 7. 1968); Klaus Rohmund (12. 7. 1968); Elmar Schlehuber (10. 7. 1968); Rudolf Seemann (1. 10. 1968); Karl Eberhard Wernet (10. 7. 1968);

zum **Regierungshauptsekretär** Regierungsobersekretär (BaL) Christian Geyer (27. 8. 1968);

zum **Regierungsobersekretär** Regierungssekretär (BaL) Rudolf Schuler (26. 8. 1968);

zum **Regierungssekretär zur Anstellung (BaP)** Verwaltungsangestellter August Himmelmann (18. 9. 1968);

zu **Regierungsbauinspektoranwärtern (BaW)** technischer Angestellter Karl Becker (1. 8. 1968); die technischen Angestellten (Bauingenieure) Werner Hohenhaus (1. 8. 1968); Manfred Milpacher (1. 10. 1968); der Bewerber (Bauingenieur) Gerhard Paul (1. 10 1968); der Bewerber (Ingenieur für Ingenieurbau) Erich Schmieling (1. 8. 1968);

zum **Regierungssekretäranwärter (BaW)** Verwaltungsangestellter Josef Merz (1. 9. 1968);

in den Ruhestand getreten

Regierungsoberinspektor Georg Schmitt (mit dem Ende des Monats Juli 1968);

entlassen auf eigenes Verlangen

Regierungsbaureferendar Dr. Ingenieur Dieter Haberland am 5. 8. 1968.

Wiesbaden, 4. 10. 1968

Hessisches Landesamt für Straßenbau
120 — 7 h — 04
StAnz. 44/1968 S. 1643

Regierungspräsidenten

1270 DARMSTADT

Wohnplatzverzeichnis;

hier: Benennung eines Wohnplatzes in der Gemarkung Babenhausen, Landkreis Dieburg

Auf Antrag der Stadt Babenhausen vom 23. 2. 1968 wird folgender in der Gemarkung Babenhausen gelegener Wohnplatz als Gemeindeteil gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt:

„Akazienhof"

Darmstadt, 25. 6. 1968

Der Regierungspräsident
I/2 a — 3 k 02/05 (2)
StAnz. 44/1968 S. 1643

1271

Wohnplatzverzeichnis;

hier: Aufhebung von zwei Wohnplätzen in der Gemeinde Angersbach, Landkreis Lauterbach

Auf Grund des § 12 Satz 4 Hessische Gemeindeordnung werden folgende Wohnplätze der Gemeinde Angersbach aufgehoben:

„Bahnwärterhaus"
„Wartenbach (Bahnwärterhaus)"

Darmstadt, 8. 10. 1968

Der Regierungspräsident
II 1 — 3 k 02/05
StAnz. 44/1968 S. 1643

1272

Wohnplatzverzeichnis;

hier: Benennung eines Wohnplatzes in der Gemeinde Dorndorf, Landkreis Limburg

Auf Antrag der Gemeinde Dorndorf, Landkreis Limburg, wird folgender in der Gemarkung Dorndorf gelegene Wohnplatz als Gemeindeteil gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt:

„Hubertusweiler"

Darmstadt, 8. 10. 1968

Der Regierungspräsident
II 1 — 3 k 02/05 (2)
StAnz. 44/1968 S. 1643

1273

Auflösung der Reichelsheimer Pferdeversicherungsgesellschaft in Reichelsheim, Kreis Friedberg

Die Reichelsheimer Pferdeversicherungsgesellschaft in Reichelsheim/Kreis Friedberg, hat durch ihre ordentliche Mitgliederversammlung am 6. 2. 1968 die Auflösung mit Wirkung vom Tage der Bekanntmachung beschlossen.

Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 8. 10. 1968

Der Regierungspräsident
III 6 — 39 i 02/01
StAnz. 44/1968 S. 1643

Buchbesprechungen

Standesamtsführung. Musterbeispiele und Anleitung für den Standesbeamten. Von Dr. Otto Neuffer, Regierungsvizepräsident in Stuttgart, und Verwaltungsrat Heinz Menikheim, Leiter des Standesamts Stuttgart. 456 S. DIN A 4 mit 343 Musterbeispielen. 48.— DM zuzüglich 7,50 DM für Plastikordner. Richard Boorberg Verlag, Stuttgart—München—Hannover.

Die erste Auflage des Werkes erschien im Jahre 1958 unmittelbar im Anschluß an die grundlegenden Änderungen des Personenstandsrechts durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Personenstandsgesetzes vom 18. Mai 1957 (BGBl. I S. 518), die zweite, überarbeitete Auflage wenige Monate später. Auf die Besprechungen im StAnz. 1958 S. 18, 749, sei verwiesen.

Die Neufassung der Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden von 1968 hat wiederum eine große Anzahl von Neuerungen für den Standesbeamten gebracht. Die Verfasser, dem Personenstandswesen durch Amt und Neigung seit langem verbunden, haben das Werk nunmehr vollständig neu bearbeitet. Sie haben hierbei die praktischen Erfahrungen in den vergangenen Jahren und zahlreiche Anregungen aus der Praxis berücksichtigt. In Abweichung von den beiden früheren Auflagen wurde für das Buch diesmal das Loseblattsystem gewählt. Das Werk kann daher bei Bedarf ergänzt werden; eine solche Notwendigkeit dürfte auch angesichts der Bewegung, die ständig auf dem Gebiet des Personenstandswesens besteht, zu bejahen sein.

Der Aufbau des Werkes ist im wesentlichen unverändert geblieben. In dem systematischen Teil des Werkes werden zunächst die allgemeinen Grundsätze der Personenstandsbuchführung erörtert, sodann wird eine eingehende Darstellung über die verschiedenen Bücher, das Geburten-, das Heirats-, das Sterbe- und das Familienbuch, gegeben. Besonders wichtig für die Tätigkeit des Standesbeamten in der Praxis sind die auf dieser Darstellung aufgebauten Musterbeispiele für Eintragungen in die Personenstandsbücher und für die aus den Personenstandsbüchern auszustellenden Personenstandsurkunden. Der Standesbeamte findet hier Beispiele für nahezu sämtliche in der standesamtlichen Praxis vorkommenden Personenstandsfälle, insbesondere auch für solche, die sich seltener ereignen und ihm dadurch voraussichtlich besondere Schwierigkeiten verursachen.

Die Verfasser haben auch den Fragen, die sich aus der Anwendung ausländischen Rechts ergeben, einen breiten Raum gewidmet.

Es handelt sich hier um ein sehr nützliches Werk, das dem Standesbeamten die Einarbeitung in die neuen Vorschriften wesentlich erleichtern dürfte. Regierungsdirektor Dr. Werner Hoffmann

Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr. Herausgegeben von Dr. Rolf Groß, Regierungsdirektor, Franz Stoy, Oberamtsanwalt, beide Wiesbaden. 1968. 7,50 DM (Staffelpreise 6.— DM, 5.— DM). Deutscher Fachschriften-Verlag, Wiesbaden.

Die Verfasser geben in 6 Abschnitten einen Überblick über die durch die Umstellung der Verkehrsübertretungen auf Ordnungswidrigkeiten entstandene neue Rechtslage. Einleitend erläutern sie Sinn und Zweck der durch das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten erzielten „Entkriminalisierung" des Verkehrsstrafrechts und der dadurch (hoffentlich) eintretenden Entlastung der Amtsgerichte. Eingehend wird im folgenden Rechtsgrundlage und Bedeutung der Umwandlung behandelt (Art. 3 EGOWiG und OWiG). Auf Seite 16 ist bei der Erläuterung des § 23 StVG n. F. ein Fehler insofern unterlaufen, daß hier das gewerbsmäßige Feilbieten nicht vorschriftsmäßig gekennzeichneter Kraftfahrzeuge angesprochen wird, während es sich nur um Kraftfahrzeug-Teile (z. B. Leuchten, Auspuff, Bremsen) handelt.

In einem eigenen Abschnitt wird der Bußgeldbescheid (mit 3 Mustern) erläutert. Bei den Ausführungen über den nach § 66 OWiG erforderlichen Inhalt des Bußgeldbescheids sind die Verfasser der Meinung, daß aus Gründen der Klarheit und des besseren Verständnisses oft der abtrakte Gesetzestext mit der sog. Konkretisierung „vermischt" oder daß die verletzte Vorschrift mit in die Konkretisierung aufgenommen werden müsse.

Die Musterbeispiele für die Abfassung von Bußgeldbescheiden wurden dementsprechend abgefaßt. Es dürfte zweifelhaft sein, ob diese Ansicht zutreffend ist oder ob nicht die Tatbezeichnung allein — also ohne Konkretisierung, die sich aus den übrigen Angaben des Bescheids ergibt — genügt. Es ist fraglich, ob es angebracht ist in einer Broschüre, die sich in erster Linie auch an den rechtskundigen Verkehrsteilnehmer wendet, Muster von Bußgeldbescheiden zu veröffentlichen. Der Betroffene wird überrascht sein, wenn er demnächst einen wesentlich anders gearteten Bußgeldbescheid in den Händen hält. Es ist zu befürchten, daß es dadurch bei den Betroffenen zu bedauerlichen Mißverständnissen über die Rechtswirksamkeit solcher Bescheide kommt.

In dem Abschnitt Bußgeldverfahren wird bei der Erläuterung der sachlichen Zuständigkeit (Seite 14, 31, 35) nur von Polizeidienststellen, nicht jedoch — wie in § 26 StVG — auch von Polizeibehörden gesprochen, die in Hessen Bußgeldbehörden werden sollen.

Ausführungen über Einspruch, gerichtliches Verfahren und Rechtsmittel sowie Abschnitte über das Verwarnungsverfahren und die Eintragung in das Verkehrszentralregister runden die Einführung in das novellierte Verkehrsstrafrecht ab. Im Anhang sind das OWiG, der Art. 3 EGOWiG (= §§ 21 — 30 StVG), die StVO und Auszüge aus der StVZO abgedruckt, so daß man sofort die bei den Erläuterungen angezogenen Bestimmungen zur Hand hat.

Die Verfasser geben aus der Erfahrung ihrer praktischen Arbeit einen guten Überblick über die neue Rechtsmaterie, insbesondere da sie immer wieder den Vergleich zu dem derzeitigen Rechtszustand bringen. Dadurch wird die Broschüre zu einem nützlichen Hilfsmittel sowohl für den Praktiker als auch für jeden Verkehrsteilnehmer.
Oberregierungsrat Bayer

Rentenversicherung. „Verdienstbescheinigungen" von Zeuner/Wilhelm, Luchterhand Texte 3, Hermann Luchterhand Verlag GmbH, Neuwied und Berlin.

Das 150 Seiten umfassende handliche Werk beantwortet nicht nur die häufig auftretenden Zweifelsfragen der Versicherten und der Arbeitgeber über die Bedeutung, Form und den Inhalt dieses gesetzlich vorgeschriebenen Instituts, sondern auch der Fachmann findet hier eine umfassende Informationsquelle. Unrichtige oder gar falsche Verdienstbescheinigungen haben eine fehlerhafte Rentenfestsetzung mit allen sich daraus ergebenden Unannehmlichkeiten nicht nur für den Rentner selbst, sondern auch für den Arbeitgeber zur Folge. So vermittelt das Werk u. a. durch imponierende bildliche Darstellung eine Gegenüberstellung von Fehlermöglichkeiten und richtigen Eintragungen. Das gilt auch für die Eintragung der Wehr- und Ersatzdienstzeiten. Neben ausführlichen Erläuterungen hierzu werden auch Einzelheiten über die maschinelle Herstellung der Verdienstbescheinigungen in den Versicherungskarten und über die oft genug erforderliche Berichtigung fehlerhaft eingetragener Verdienstbescheinigungen geschildert. Daneben wird darauf hingewiesen, welches beitragspflichtige Entgelt tatsächlich einzutragen ist. Auch ist daran gedacht, aufklärend zu wirken, wie zu verfahren ist, wenn an Stelle eines Bruttoverdienstes ein Nettobetrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart worden ist. Ein übersichtliches Verzeichnis gibt Aufschluß über die Stellen, die im Falle fehlerhafter Eintragungen zur Vornahme von Berechtigungen befugt und zur rechtsverbindlichen Auskunftserteilung berechtigt sind. Begrüßenswert ist schließlich die Wiedergabe der den Versicherungsnachweis und die Eintragungen betreffenden gesetzlichen Vorschriften und sonstigen Rechtsquellen. Die Anschaffung dieses Werkes lohnt sich in der Tat. Regierungsdirektor Knuhr

AVG. Angestelltenversicherungsgesetz. Rentenversicherung der Angestellten, 31. Ergänzungslieferung, von Dr. F. Etmer, Vizepräsident des Hessischen Landessozialgerichts. Preis der Neuerscheinung 21.— DM, Preis des Werkes einschließlich dieser Ergänzung 44,50 DM. Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See.

Die vorliegende Ergänzungslieferung umfaßt im wesentlichen noch bislang fehlende Abdrucke der jeweiligen Landesverordnungen über die Bewertung der Sachbezüge für die Sozialversicherung in den Kalenderjahren 1965, 1966, 1967 und 1968. Der offensichtliche Druckfehler hinsichtlich der Verordnung im Saarland — Seite 600 (12 b) ist verzeihlich, weil sofort erkennbar. Die Wiedergabe eines Bescheides des Arbeits- und Sozialministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 14. 2. 1958 zur Frage der Versicherungsfreiheit gem. § 1229 Abs. 1 Nr. 3 RVO n. F. und § 6 Abs. 1 Nr. 3 AVG n. F. interessiert wegen des am 24. 9. 1968 ergangenen Erlasses des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung betreffend Versicherungsfreiheit der DO-Angestellten und sonstigen Beschäftigten der bundesunmittelbaren Träger der Sozialversicherung — IV a 7 — 4510 — 2450 68 —, der im Bundesarbeitsblatt veröffentlicht werden wird.

Im übrigen sind in der 31. Ergänzungslieferung weitere zwischenstaatliche Abkommen über Soziale Sicherheit und ihre hierzu ergangenen Gesetze, Verordnungen, Vereinbarungen, Bekanntmachungen, Schluß- und Zusatzprotokolle abgedruckt. Die Lieferung stellt eine notwendig gewordene Vervollständigung dar.
Regierungsdirektor Knuhr

Kostenrechnung und Preisbildung. Das Recht der Preisbindung bei öffentlichen Aufträgen. Kommentar zur VPÖA, LSP und VPÖA-Bau von Dipl.-Kfm. Dr. rer. pol. Max F. Pribilla, Wirtschaftsprüfer. 13. Lieferung, 198 S. 8°. In Schlaufe 17,50 DM. Grundwerk: 2. Auflage (Lieferung 1—13). Stand Juli 1968. 1220 S. 8°. In Plastikordner 48.— DM. Verlag C. H. Beck, München.

Die Sammlung erläutert das Gesetzgebungswerk unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Erkenntnisse auf dem Gebiete der Betriebswirtschaft und der Erfahrung bei der praktischen Anwendung des bisherigen Preisrechts. Der Kommentar behandelt die Vorschriften in betriebswirtschaftlicher und in preisrechtlicher Hinsicht. Dem Problem der Kostenrechnung ist ein breiter Raum im Kommentar gewidmet.

Die 13. Lieferung erfaßt die Änderungen gesetzlicher Vorschriften über das Recht der Preisbildung bei öffentlichen Aufträgen insofern, als die in Betracht kommenden Vorschriften an die neuen umsatzsteuerlichen Vorschriften (Mehrwertsteuer) angepaßt wurden. Sie stellt eine Vervollkommnung und wesentliche Verbesserung des Gesamtwerkes dar. Oberregierungsrat Himmel

Praxis des Wohnungseigentums mit Formularen und Mustern. Von Justizrat Dr. Johannes Bärmann, o. ö. Professor an der Universität Mainz, Notar in Ludwigshafen. 2. wesentlich veränderte Auflage. 1968. XIV, 582 S. In Leinen 38.— DM. Verlag C. H. Beck, München.

Die große Zahl der seit dem Inkrafttreten des Wohnungseigentumsgesetzes im Jahre 1951 geschaffenen Eigentumswohnungen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses schwierige Rechtsgebiet auch den Juristen weitgehend fremd geblieben ist. Aus diesem Grunde ist es zu begrüßen, daß der Verfasser, der sich auf dem Gebiete des Wohnungseigentums einen guten Namen gemacht hat, die Mühe auf sich genommen hat, seinen Kommentaren ein Werk hinzuzufügen, das über ein Formularbuch in der vorliegenden zweiten Auflage hinausgewachsen ist.

Auch dem Laien bietet das Buch interessante Einblicke in die „Praxis des Wohnungseigentums". Barmann beschränkt sich nicht auf die Erläuterungen des Wohnungseigentumsgesetzes. Er geht auch auf Finanzierungsfragen ein (S. 11 ff.) und behandelt weiterhin die sich für den Erwerber einer Eigentumswohnung ergebenden steuerlichen Probleme (S. 522 ff.), deren Beurteilung auf die Bereitschaft zum Einsatz von Eigengeld für eine Eigentumswohnung häufig nicht ohne Einfluß ist.

Es fehlt hier der Platz, die Vielzahl der in dem Werk abgedruckten Muster auch nur andeutungsweise aufzuzählen. Sie reichen von der Begründung bis zur Verwaltung des Wohnungseigentums und lassen die Vielfalt der in der Praxis auftretenden Regelungen erkennen. Die Formulare lassen kaum einen Fall aus, der in der Praxis auftreten kann. Der Benutzer findet auch solche Muster, die beispielsweise vom Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen eingeführt und für diesen Bereich der Wohnungswirtschaft verbindlich vorgeschrieben sind.

In der geglückten Verbindung von Erläuterung und Mustersammlung bietet das Werk dem Praktiker und dem interessierten Laien eine wertvolle Hilfe. Wer mit Eigentumswohnungen zu tun hat, sollte auf seine Benutzung nicht verzichten. Oberregierungsrat Dr. Daum

Öffentlicher Anzeiger ZUM „STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN"

1968 | Montag, den 28. Oktober 1968 | Nr. 44

Gerichtsangelegenheiten

3839

Erlaubnisurkunde

Dem Herrn Landesinspektor a. D. Ernst Liehr in Großenlüder (Krs. Fulda), Hintergasse 75 a, ist von mir am 2. Oktober 1968 für Großenlüder die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten einschließlich der Rechtsberatung unter Beschränkung auf das Gebiet des Sozialrechts erteilt worden.

64 Fulda, 15. 10. 1968

Der Landgerichtspräsident

Veröffentlichungen

3840

Der Magistrat
der Stadt Geisenheim am Rhein

Herrn
Ernst Stahl
4630 Bochum
Viktoriastraße 39

Betr.: Öffentliche Zustellung

Sehr geehrter Herr Stahl!

Da Ihr Aufenthaltsort unbekannt ist, werden gemäß § 15 (1) des Verwaltungszustellungsgesetzes des Bundes (BVwZG) vom 3. 7. 1952 (BGBl. I S. 379) zwei Verwaltungsakte öffentlich zugestellt.

Gemäß § 15 (2) ist das Schriftstück an der von der Behörde allgemein bestimmten Stelle auszuhängen.

Die Hauptsatzung der Stadt Geisenheim bestimmt in § 11 (1), daß die öffentliche Bekanntmachung im Geisenheimer „Lindenblatt" erfolgt.

Laut § 11 (2) der Hauptsatzung ist die öffentliche Bekanntmachung mit der allgemeinen Auslieferung des Geisenheimer Lindenblattes vollendet.

Die allgemeine Auslieferung des Geisenheimer Lindenblattes ist am 25. Oktober 1968 beendet. Mit Ablauf des 25. Oktober 1968 gelten die beiliegenden Bescheide als Ihnen zugestellt und bekannt gegeben.

Sollten Sie gegen die beiden Bescheide Widerspruch erheben, bitten wir Sie, Ihre Anschrift bezw. einen bevollmächtigten Vertreter mitzuteilen, damit eine Bearbeitung erfolgen kann. Die Originalbescheide können bei der Stadtverwaltung Geisenheim — Zimmer 12 — in Empfang genommen werden.

6222 Geisenheim am Rhein,
den 17. Okt. 1968

Hochachtungsvoll
(Siegel) gez. Braden
Bürgermeister

*

Betr.: Anschluß Ihres Grundstückes in Geisenheim, Flur 40, Flurstück 53/15, an die öffentliche Kanalisation der Stadt Geisenheim

Bezug: Bescheid vom 13. Februar 1968

Sehr geehrter Herr Stahl!

Aufgrund der z. Zt. gültigen Satzung der Stadt Geisenheim, hatten wir Ihnen mit o. a. Bescheid die Genehmigung zum Anschluß Ihres Grundstückes an die öffentliche Kanalisation der Stadt Geisenheim erteilt.

Da Sie Ihren mit o. a. Bescheid auferlegten Zahlungsverpflichtungen, trotz mehrfachen Mahnungen, nicht nachgekommen sind, ziehen wir unseren Bescheid vom 13. Februar 1968 zurück und widerrufen die Genehmigung zum Anschluß Ihres Grundstückes an die öffentliche Kanalisation der Stadt Geisenheim.

Der Stadtkasse wurde Abgangsanordnung erteilt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Verwaltungsakt kann gem. § 68 der VwGO vom 21. 1. 1960 (EGBl. I S 17 ff) Widerspruch erhoben werden. Dieser ist schriftlich oder zur Niederschrift bei dem Magistrat der Stadt Geisenheim/Rhein zu erheben.

Die Rechtsmittelfrist beträgt einen Monat. Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekanntgegeben worden ist.

6222 Geisenheim am Rhein,
den 9. Oktober 1968

Hochachtungsvoll
(Siegel) gez. Braden
Bürgermeister

*

Betr.: Anschluß Ihres Grundstückes in Geisenheim, Flur 40, Flurstück 53/15, an die Wasserleitung der Stadt Geisenheim

Bezug: Bescheid vom 13. Februar 1968

Sehr geehrter Herr Stahl!

Aufgrund der z. Zt. gültigen Satzung der Stadt Geisenheim, hatten wir Ihnen mit o. a. Bescheid die Genehmigung zum Anschluß Ihres Grundstückes an die Wasserleitung der Stadt Geisenheim erteilt.

Da Sie Ihren mit o. a. Bescheid auferlegten Zahlungsverpflichtungen, trotz mehrfachen Mahnungen, nicht nachgekommen sind, ziehen wir unseren Bescheid vom 13. Februar 1968 zurück und widerrufen die Genehmigung zum Anschluß Ihres Grundstückes an die Wasserleitung der Stadt Geisenheim.

Der Stadtkasse wurde Abgangsanordnung erteilt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Verwaltungsakt kann gem. § 68 der VwGO vom 21. 1. 1960 (EGBl. I S 17 ff) Widerspruch erhoben werden. Dieser ist schriftlich oder zur Niederschrift bei dem Magistrat der Stadt Geisenheim/Rhein zu erheben.

Die Rechtsmittelfrist beträgt einen Monat. Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekanntgegeben worden ist.

6222 Geisenheim am Rhein,
den 9. Oktober 1968

Hochachtungsvoll
(Siegel) gez. Braden
Bürgermeister

3841 Aufgebote

C 120/68 — **Aufgebot:** Die Frau Marie Trebing geb. Ulrich aus Homberg, Kasseler Straße, die Prokuristin Hilde Ulrich in Homberg, Kasseler Straße, und der Kaufmann Günther Ulrich in Pfungstadt, Fabrikstraße 31,

haben das Aufgebot zur Ausschließung des Miteigentümers des im Grundbuch von Homberg, Bez. Kassel, Band 24, Blatt 695, eingetragenen Grundstücks

lfd. Nr. 1, Flur 7, Flurst. 17, Acker im Osterbach, Größe 7,73 Ar, beantragt.

Die im Grundbuch eingetragene Miteigentümerin, die Ehefrau des Schuhmachers Christian Siemon, Frau Christine Elisabeth Siemon geb. Riemenschneider zu Homberg, Bez. Kassel, wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 20. Dezember 1968, um 9.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht — Sitzungssaal — anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

3588 Homberg, 9. 10. 1968 **Amtsgericht**

3842 Güterrechtsregister

Neueintragung

GR 355: Kaufmann Theodor Hinzke und dessen Ehefrau Frauke geb. Ricken, Nieder-Erlenbach, Feldbergstraße 8—10, haben durch notariellen Vertrag vom 4. März 1968 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 10. 10. 1968

Amtsgericht

3843

Neueintragung

GR 300 — 14. Oktober 1968: Durch notariellen Vertrag vom 8. August 1968 haben die Eheleute Retuscheur Hans-Peter Frank und Helga geborene Gänswürger in Calbach Gütertrennung vereinbart.

647 Büdingen, 16. 10. 1968 **Amtsgericht**

3844

GR 371 — 11. Okt. 1968: Franz Dietrich Manfred Reiß, Dieburg Mörsmühle, und Selma geb. Blank, z. Zt. Altheim, Kirchstraße 38.

Der Mann hat das Recht der Frau, Geschäfte mit Wirkung für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

611 Dieburg, 8. 10. 1968 **Amtsgericht**

3845

GR 372 — 11. 10. 1968: Die Eheleute Egon Ernst Weigand, Kraftfahrer und Inge gesch. Braun geb. Deutschmann, beide in Ober Roden, haben durch Vertrag vom 24. 9. 1968 Gütertrennung vereinbart.

611 Dieburg, 17. 10. 1968 **Amtsgericht**

3846

GR 373 — 14. Okt. 1968: Die Eheleute Wilhelm Dreher, Schneider und Lucie geb. Fleischfresser, beide in Ober Roden, haben durch Vertrag vom 9. Sept. 1968 Gütertrennung vereinbart.

611 Dieburg, 14. 10. 1968 **Amtsgericht**

3847

6 GR 446 — 12. Juli 1968: Durch Vertrag vom 15. März 1968 haben die Eheleute Friseurmeister Rudolf Pflug und Ingeborg Gudrun geb. Görzel in Dillenburg Gütertrennung vereinbart.

634 Dillenburg, 12. 7. 1968 **Amtsgericht**

3848

73 GR 11579: Schachtmeister Erwin Debus und Anna Katharina geb. Germandi, Frankfurt (Main).

Der Ehefrau ist durch Erklärung vom 23. September 1968 die Schlüsselgewalt entzogen.

6 Frankfurt (Main), 16. 10. 1968
Amtsgericht, Abteilung 73

3849

GR 313 — 11. Oktober 1968: Die Eheleute Sebastian Zeiß und Anna Elisabeth Zeiß geb. Finck in Fürth (Odw), haben durch Vertrag vom 17. Juli 1968 Gütertrennung vereinbart.

6149 Fürth (Odw.), 11. 10. 1968
Amtsgericht

3850

GR 125 — 11. Oktober 1968: Oberingenieur Kurt Menges und Maria geb. Meles in Gelnhausen, Schmidtgasse 9.

Durch notariellen Vertrag vom 13. Juli 1968 wurde der Güterstand der Gütertrennung aufgehoben und der gesetzliche Güterstand der Zugewinngemeinschaft vereinbart.

646 Gelnhausen, 11. 10. 1968 **Amtsgericht**

3851

8 GR 172: Rateike, Hans Dieter, Hotelkaufmann in Stadt Allendorf (Krs. Marburg/Lahn) und Rateike, Ursula geborene Bopp, daselbst.

Durch notariellen Vertrag vom 24. August 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

357 Kirchhain, 4. 10. 1968 **Amtsgericht**

3852

Neueintragung

8 GR 517 — 14. Oktober 1968: Eheleute Kaufmann Gerhard Schneider und Elisabeth Schneider geb. Nebel, beide wohnhaft in Königstein (Taunus).

Durch notariellen Vertrag vom 15. August 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Taunus), 16. 10. 1968
Amtsgericht

3853

Neueintragung

8 GR 518 — 14. Oktober 1968: Eheleute Malermeister Paul Borrmann und Gerda Borrmann, geb. Haase, beide wohnhaft in Neuenhain (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 24. September 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Taunus), 16. 10. 1968
Amtsgericht

3854

Neueintragung

8 GR 519 — 14. Oktober 1968: Eheleute Eberhard von Löbbecke und Edelgard Wilhelmine von Löbbecke, geb. Freiin Marschall, beide wohnhaft in Kronberg (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 24. Februar 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Taunus), 16. 10. 1968
Amtsgericht

3855

GR 273 A — 14. 10. 1968: Kaufmann Hanns-Heinrich Müller und Ehefrau Lydia geb. Roesener, beide in Korbach, Waldecker Str. 8.

Durch notariellen Vertrag vom 1. August 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

354 Korbach, 17. 10. 1968 **Amtsgericht**

3856 **Neueintragung**

Rü GR 222 — 11. Oktober 1968: Durch Vertrag vom 5. 9. 1968 haben die Eheleute Friedrich Lamb, Verputzer und Anna geb. Weimar, Raunheim, Goethestr. 10 a, Gütergemeinschaft vereinbart.

609 Rüsselsheim, 18. 10. 1968
Amtsgericht Groß Gerau
— Zweigstelle Rüsselsheim —

3857

GR 142: Georg Alfred Engel, Kaufmann, und Ehefrau Anne Marie geb. Heil in Hohenzell.

Durch Vertrag vom 13. Mai 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

649 Schlüchtern, 8. 10. 1968 **Amtsgericht**

3858

GR 248 — 15. 10. 68: Volker Johann Ferdinand Ballerstaedt, Rod a. d. Weil, Eichelbacher Hof u. Lotte Gisela geb. Neuf, daselbst, haben durch Ehevertrag v. 11. 7. 68 Gütertrennung vereinbart.

639 Usingen (Taunus), 15. 10. 1968
Amtsgericht

3859

GR 2935 — 26. 9. 1968: Harm, Werner Rolf, Einzelhandelskaufmann und Heidemarie Monika geb. Eckhard in Wiesbaden-Bierstadt.

Durch Ehevertrag vom 18. Juli 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2936 — 30. 9. 1968: Stahlheber, Wilhelm, Heizungsingenieur, und Adelheid geb. Nattermann in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 6. September 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

62 Wiesbaden, 11. 10. 1968 **Amtsgericht**

3860 Handelsregister

Löschungen

4 HRB 17 — 16. 10. 1968: Filmstudio Zierenberg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Zierenberg.

Die Gesellschaft ist aufgelöst, die Firma ist erloschen.

3547 Wolfhagen, 16. 10. 1968 **Amtsgericht**

3861 Vereinsregister

VR 69 — 14. Oktober 1968: Partnerschaftsring Braunfels e. V. in Braunfels (Krs. Wetzlar).

Die Satzung wurde am 15. März 1968 errichtet und am 17. April 1968 ergänzt.

6333 Braunfels, 14. 10. 1968
Amtsgericht Wetzlar
Zweigstelle Braunfels

3862 **Neueintragung**

VR 149: Gesangverein „Männerchor" Altenmittlau. Sitz: Altenmittlau.

646 Gelnhausen, 15. 10. 1968 **Amtsgericht**

3863 **Neueintragung**

VR 150 — 16. Oktober 1968: Reit- und Fahrverein Bad Orb, Sitz: Bad Orb.

646 Gelnhausen, 16. 10. 1968 **Amtsgericht**

3864 **Neueintragung**

VR 78: Kleinkaliber-Schützenverein 1926/68 eingetragener Verein Stockhausen. Sitz: Stockhausen.

642 Lauterbach (Hessen), 16. 10. 1968
Amtsgericht

3865 **Neueintragung**

VR 1598 — 1. 10. 68: Elternverein Klarenthal, Wiesbaden.

62 Wiesbaden, 11. 10. 1968 **Amtsgericht**

3866 Vergleiche — Konkurse

6 VN 1/68: **Vergleichsverfahren: Herr Willi Velte, Inhaber der Firma Wilhelm Heck, Elektro-Radio-Großhandlung**, Bad Homburg v. d. H., Schulstr. 10, eingetragen im Handelsregister Nr. 1180 Abteilung A, hat durch einen am 14. 10. 1968 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Dr. M. Krause, Oberursel (Ts.), Epinayplatz 1, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

638 Bad Homburg v. d. H., 15. 10. 1968
Amtsgericht

3867

4 VN 2/68: **Vergleichsverfahren: Der Kaufmann Rudolf Handschuh** in Heppenheim a. d. B. Weiherhausstr. 6, hat durch einen am 15. Oktober 1968 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt und Notar Hans Klimm in Heppenheim a. d. B., Karlstraße 9, Telefon: 2673 zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Folgende Verfugungsbeschränkungen werden dem Schuldner auferlegt: — Es wird an den Schuldner gemäß §§ 12, 59 Vgl. O. ein allgemeines Veräußerungsverbot heute um 14.30 Uhr erlassen. Dieses Verbot ergreift auch das Vermögen, das der Schuldner nach seinem Erlaß erwirbt.

Es treten die in § 57 Vgl O. bezeichneten Beschränkungen des Schuldners ein und dem vorläufigen Verwalter stehen die dort vorgesehenen Befugnisse des Vergleichsverwalters zu.

614 Bensheim, 17. 10. 1968 **Amtsgericht**

3868

Beschluß

81 N 309/68: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen **des Kaufmanns Klaus Günther Schulz**, 6236 Eschborn, Am Stadtpfad 37 ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf Freitag, den 8. November 1968, vorm. um 9.45 Uhr vor dem Amtsgericht in Frankfurt (M.), Große Friedberger Str. 7—11, V. Stock, Zimmer 507 anberaumt.

6 Frankfurt (M.), 10. 10. 1968,
Amtsgericht, Abt. 81

3869

Beschluß

81 N 268/67: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen **des Ingenieurs Franz Josef Gattys,** Zeppelinheim (Krs. Offenbach), Dr. Eckener Platz 7, **alleiniger Inhaber der Fa. Franz Josef Gattys, Ingenieurbüro für Chem. Maschinen- und Apparatebau,** Frankfurt (M.), Vilbeler Str. Nr. 36 wird zur Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag, sowie zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen Termin auf Freitag, den 29. November 1968, vorm. um 10 Uhr vor dem Amtsgericht in Frankfurt (M.), Große Friedberger Str. 7—11, V. Stock, Zimmer 507 anberaumt.

Der Vergleichsvorschlag und die Erklärungen des Gläubigerausschusses sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

6 Frankfurt (M.), 10. 10. 1968

Amtsgericht, Abt. 81

3870

81 N 451/68: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen der **Firma Emil Kuhl GmbH,. Malerbetrieb und Baudekoration,** Frankfurt (Main), wird nach abgehaltenem Schlußtermin hiermit aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 11. 10. 1968

Amtsgericht Abt. 81

3871

81 N 311/68: In dem **Konkursverfahren über den Nachlaß** des am 26. 1. 1968 **verstorbenen Heinrich Müller,** zuletzt wohnhaft Frankfurt (Main), Mainzer Landstraße 449, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf den 22. November 1968, um 8.50 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gr. Friedberger Straße Nr. 7 bis 11, V. Stock, Zimmer 507 anberaumt.

Für den Verwalter werden festgesetzt: a) Vergütung 300,— DM, gegebenenfalls zuzüglich Ausgleich nach § 4 Abs. 5 Satz 2 der Vergütungsverordnung vom 22. 12. 1960; b) Auslagen: 10,40 DM.

6 Frankfurt (Main), 11. 10. 1968

Amtsgericht Abt. 81

3872

81 N 311/68: In dem **Konkursverfahren über den Nachlaß des** am 26. 1. 1968 **verstorbenen Heinrich Müller,** zuletzt wohnhaft Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 449, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Es stehen hierfür DM 1 546,70 zur Verfügung, von denen noch die Kosten des Verfahrens abgehen.

Es sind zu berücksichtigen nicht bevorrechtigte Forderungen in Höhe von DM 1 237,01.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main offen.

6 Frankfurt (Main), 18. 10. 1968

Der Konkursverwalter:
Helmut Burghardt
Rechtsbeistand

3873

Beschluß

81 N 545/67: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen der **Metron Handelsgesellschaft mbH.** in Liquidation, Frankfurt (M)., Rohrbachstr. 52, früher Friedberger Landstr. 5, wird nach abgehaltenem Schlußtermin hiermit aufgehoben.

Für den Konkursverwalter wird eine weitere Vergütung von DM 700,— festgesetzt.

6 Frankfurt (M.), 15. 10. 1968

Amtsgericht, Abt. 81

3874

N 9/67: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen **des Bruno Wieden,** Gudensberg jetzt wohnhaft in Bremen-Oslebshausen soll Schlußverteilung erfolgen.

Es stehen zur Verfügung DM 2 551,43. Es sind zu berücksichtigen DM 3 710,02 bevorrechtigte und DM 33677,07 nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist zum Zwecke der Einsichtnahme auf der Geschäftsstelle (Zimmer 01) des Amtsgerichts ausgelegt.

358 Fritzlar, 15. 10. 1968

Der Konkursverwalter:
Lorenz Balli

3875

2 N 69/68: **Anschlußkonkursverfahren:** Der Antrag **des Bauunternehmers Georg Immhoff,** 6081 Dornheim, Georgstr. 21, über sein Vermögen das Vergleichsverfahren zu eröffnen, wird abgelehnt.

Zugleich wird heute am 14. Oktober 1968, um 12,00 Uhr, das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen des Antragstellers eröffnet.

Der Rechtsanwalt Dr. Mittelstädt, 61 Darmstadt, Hügelstraße 47, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 10. Dezember 1968 bei dem Gericht anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — auf den 7. November 1968, um 9.00 Uhr — und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 16. Januar 1969, um 9.00 Uhr — vor dem Amtsgericht in Groß-Gerau, Außenstelle, Oppenheimer Str. 4, 1. Stockwerk, Sitzungssaal, Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 2. Dezember 1968 Anzeige zu machen.

608 Groß-Gerau, 14. 10. 1968

Amtsgericht

3876

2 N 33/66: Im **Konkurs** über das Vermögen **der Firma Jean Raiß KG.** in Walldorf wird auf den vom Verwalter gestellten Antrag die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt, zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke, zur Festsetzung der Vergütung und der Auslagen des Verwalters und der Mitglieder des Gläubigerausschusses sowie zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen Termin auf Dienstag, 17. Dezember 1968, um 9.00 Uhr, Gerichtsgebäude, Außenstelle Arbeitsamt, Oppenheimer Straße 4, bestimmt.

608 Groß-Gerau, 15. 10. 1968 **Amtsgericht**

3877

50 N 29/68: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen der **Kommanditgesellschaft Fritz Rühling, Elektro-Kleinmotorenfabrik,** vertreten durch deren persönlich haftenden Gesellschafter Fabrikant Peter Rühling, Fuldabrück, Untere Feldstr. 11, ist, nachdem der in dem Vergleichstermin vom 20. 6. 1968 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß bestätigt wurde, aufgehoben (§ 190 KO).

Die Vergütung der Gläubigerausschußmitglieder ist auf DM 170,—, die Auslagen sind auf DM 1 027,80 festgesetzt.

35 Kassel, 18. 10. 1968 **Amtsgericht**

3878

Beschluß

N 4/63: In dem **Konkursverfahren über den Nachlaß des** am 1. Januar 1963 **verstorbenen Hugo Rösch** in Ober-Mockstadt wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf den 12. Dezember 1968, um 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Nidda, Schloßgasse Nr. 23, Zimmer 8, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf DM 2 200,—, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf DM 292,85 festgesetzt.

6478 Nidda, 22. 10. 1968 **Amtsgericht**

3879

Beschluß

VN 1/68: In dem **Vergleichsverfahren des Kaufmanns Hanskarl Kurzenknabe** in Treysa, Wierastr. 22, wird gem. § 65 I Vergl. O. das gegen den Schuldner mit Beschluß vom 14. 5. 1968 verhängte allgemeine Veräußerungsverbot hiermit aufgehoben.

3578 Treysa, 12. 10. 1968 **Amtsgericht**

3880

Beschluß

62 N 24/65: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen **des Kaufmanns Günther Hohmann, Inh. der Firma Wilhelm Hohmann, Biergroßhandlung,** Wiesbaden, Sedanstraße 3, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

62 Wiesbaden, 16. 10. 1968

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

3881

Beschluß

K 4/67: Die im Grundbuch von Wölfershausen (Kreis Hersfeld) Band VIII, Blatt 165 eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 8, Gemarkung Wölfershausen, Flur 1, Flurstück 464 56, Hof- und Gebäudefläche An der Linde 1, Größe 9,04 Ar,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Wölfershausen, Flur 6, Flurstück 554/034, Ackerland Waltersberg, Größe 25,08 Ar,

sollen am 9. Dezember 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Hersfeld, Dudenstr. Nr. 10, Zimmer Nr. 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 2. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bergmann Willi Volkenand, Wölfershausen.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 36 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

643 Bad Hersfeld, 11. 10. 1968 Amtsgericht

3882

K 9/68: Die im Grundbuch von Bad Wildungen, Band 40, Blatt 1185, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 14, Gemarkung Bad Wildungen, Flur 21, Flurstück 159/65, Grünland, Wiese in der Sonderau, Größe 31,24 Ar,

lfd. Nr. 15, Gemarkung Bad Wildungen, Flur 21, Flurstück 153/64, Grünland, Wiese in der Sonderau, Größe 46,41 Ar,

lfd. Nr. 16, Gemarkung Bad Wildungen, Flur 21, Flurstück 154/64, Wiese in der Sonderau, Größe 45,95 Ar.

sollen am 6. Dez. 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Wildungen, Lausstraße 8, Sitzungssaal, zur Aufhebung der Gemeinschaft — versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 5. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt Heinrich Wassmuth zu Wolfshagen zu 2/3, Kaufmann Erich von der Emde zu Bad Wildungen zu 1/6, Kauffrau Dorothea von der Emde zu Arolsen zu 1/6.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

Nr. 14 Fl. 21 Flurst. 159/65 auf 4 686,— DM.

Nr. 15 Fl. 21 Flurst. 153/64 auf 6 892,50 DM.

Nr. 16 Fl. 21 Flurst. 154/64 auf 6 961,50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

359 Bad Wildungen, 16. 10. 1968 Amtsgericht

3883

K 39/67: Das im Grundbuch von Biedenkopf, Band 77, Blatt 2801, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Biedenkopf, Flur 4, Flurstück 25/6, Hof- und Gebäudefläche, Freiherr-vom-Stein-Straße 18, Größe 6,58 Ar,

soll am Dienstag, den 10. Dezember 1968, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Hainstraße 72 durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 11. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau des Kaufmanns Heinrich Jung, Ursula geborene Langkau in Biedenkopf.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 15. 10. 1968 Amtsgericht

3884

K 42/68: Das im Grundbuch von Gedern, Band 42, Blatt 2307, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Gedern, Flur 15, Flurstück 183, Hof- und Gebäudefläche, Grünland, in der Hotzelwiese, Größe 51,25 Ar,

soll am Mittwoch, den 11. Dezember 1968, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse Nr. 22, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. Okt. 1967. (Tag des Versteigerungsvermerks): Industriekaufmann Josef Kleine in Frankfurt (Main).

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 148 750,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

647 Büdingen, 1. 10. 1968 Amtsgericht

3885

3 K 38/67: Das im Grundbuch von Nieder-Roden in Band 62 Blatt 2817 eingetragene Grundstück Gemarkung Nieder-Roden, Flur XIII Nr. 279/5 Hof- und Gebäudefläche Am Rollwald 11, Größe 12,17 Ar,

soll am Montag, den 16. Dezember 1968, um 9.00 Uhr im Bürgerhaus in Nieder-Roden, Babenhäuser Straße, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. Dez. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kurt Pflaum KG., Auslieferungslager, Großhandel mit Möbeln und Vertretungen in Nieder-Roden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

611 Dieburg, 9. 10. 1968 Amtsgericht

3886

K 7/67. Die im Grundbuch von Gorxheim/Odenw., Band 2, Blatt 88, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 6 und 7, Gemarkung Gorxheim/O., Flur 2, Nr. 13/15, Gartenland an der Landstraße, Größe 3,34 Ar, und Flur 2, Nr. 13/16, Hof- und Gebäudefläche Hauptstraße 90, Größe 2,78 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 12. Dezember 1968, vorm. um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Fürth (Odenw.), Sitzungssaal, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. August 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maria Schmitt geb. Wetzel zu 1/2 und Rangierer Karl Schmitt und Erna Schmitt geb. Schnetz, dessen Ehefrau, zu 1/2, alle in Gorxheim/Odenw.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 23 500,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 10. 9. 1968 Amtsgericht

3887

Beschluß

K 39/68: Das im Grundbuch von Hailer, Band 54, Blatt 1251, eingetragene Grundstück — zur Hälfte —

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hailer, Flur 21, Flurstück 21/2, Ackerland, oben zwischen den Wegen, Größe 18,97 Ar

soll am Freitag, den 13. Dezember 1968, um 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße Nr. 9, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. Juni 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): — zur Hälfte — Ehefrau Elise Czaykowski geb. Maus, Hailer, Auestraße 40.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 707,30 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 14. 10. 1968 Amtsgericht

3888

Beschluß

K 27/68: Die im Grundbuch von Somborn, Band 97, Blatt 2358, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 3, Gemarkung Somborn, Flur 7, Flurstück 402/1, Lieg. B. 2281, Hof- und Gebäudefläche, Spessartstr. 9, Größe 6,27 Ar und

lfd. Nr. 4, Gemarkung Somborn, Flur 7, Flurstück 403/1, Hof- und Gebäudefläche, Spessartstr. 9, Größe 6,18 Ar

sollen am Mitwoch, den 18. Dezember 1968, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. Juni 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Josef Wiesner, in Hüttengesäß.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 437 310,— DM. (Die Grundstücke bilden Infolge Bebauung mit 1 Wohnblock eine wirtschaftliche Einheit).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 14. 10. 1968 Amtsgericht

3889

Beschluß

42 K 40/67: Das im Grundbuch von Gießen, Band 422, Blatt 15775, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gießen, Flur 1, Flurstück 220/1, Lieg.-B. 367, Hof- und Gebäudefläche, Neuen Bäue 22, Größe 7,45 Ar,

soll am 17. Dezember 1968, um 14.15 Uhr, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstr. Nr. 1, Zimmer Nr. 205, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. August 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Dietrich Schmenkel in Frankfurt (Main), Holzhausenstr. 65.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 190 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

63 Gießen, 9. 10. 1968 **Amtsgericht**

3890

Beschluß

42 K 36/67: Das im Grundbuch von Lang-Göns, Band 72, Blatt 3142, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lang-Göns, Flur 24, Flurstück 188/1, Lieg.-B. 564, Hof- und Gebäudefläche, Größe 20,20 Ar, Ackerland, Goethestraße 3, Größe 54,17 Ar,

soll am Freitag, dem 20. Dezember 1968, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße Nr. 1, Zimmer Nr. 205, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 8. 1967 und 17. 7. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Bauunternehmer Alfred Sichert in Dornholzhausen (Krs. Wetzlar) zu 1/2,

b) dessen Ehefrau Erna Sichert geb. Mark, daselbst, zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 288 600,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

63 Gießen, 11. 10. 1968 **Amtsgericht**

3891

2 K 19/68: Das im Grundbuch von Biebesheim, Band 53, Blatt 2720, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Biebesheim, Flur 13, Flurstück 93/4, Bauplatz, Breslauer Straße, Größe 5,40 Ar,

soll am Dienstag, dem 10. Dezember 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Groß-Gerau, Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. Mai 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Schiffsführer Kurt Adalbert Dietz,

b) Elli Helene Dietz geb. Ströh, zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 18. 10. 1968 **Amtsgericht**

3892

41 K 27/68: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Langenselbold Band 187 Blatt 5671 eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Flur 41, Flurstück 11/2, Hof- und Gebäudefläche, Augustastraße 14, Größe 4,53 Ar,

am 16. 12. 1968, um 14 Uhr, im Gerichtsgebäude Hanau, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 1. bzw. 7. 2. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Weißbinder Friedrich Fuchs jun. und dessen Ehefrau Katharina, geb. Ruth, in Langenselbold, je zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 75 000,— DM festgesetzt.

Bieter haben auf Verlangen Sicherheit in Höhe von 10% des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

645 Hanau, 16. 10. 1968

Amtsgericht, Abt. 41

3893

Beschluß

9 K 3/68: In der Zwangsversteigerungssache bezgl. des im Grundbuch von Königstein, Band 47, Blatt 1611, auf den Namen des Günter Konietzny in Königstein eingetragenen Grundstücks

wird der Beschluß vom 9. 9. 1968 hinsichtlich der Grundbuchbezeichnung dahingehend berichtigt, daß am 15. 1. 1969 das im Grundbuch von Königstein, Band 47, Blatt 1611 eingetragene Grundstück versteigert wird.

624 Königstein (Taunus), 15. 10. 1968

Amtsgericht

3894

7 K 41/68: Die im Grundbuch von Offenbach-Bürgel, Band 31, Blatt 1600, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gem. Bürgel, Flur 1, Nr. 344/2, LB 432, Hof- und Gebäudefläche, Von-Behring-Straße 108, Größe 1,95 Ar, und

lfd. Nr. 2, Gem. Bürgel, Flur 1, Nr. 344/3, LB 432, Gartenland, daselbst, Größe 2,89 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 11. 12. 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Offenbach a. M., Kaiserstraße 16, Zimmer 38, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 6. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Ehefrau Elisabeth Pühler geb. Neubeck in Offenbach-Bürgel,

b) der Dreher Anton Josef Neubeck in Offenbach-Bürgel in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für lfd. Nr. 1 auf DM 47 440,— und lfd. Nr. 2 auf DM 20 230,—, insgesamt auf DM 67 670,—.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

605 Offenbach (M.), 10. 10. 1968

Amtsgericht, Abt. 7

3895

7 K 23/68: Das im Grundbuch von Offenbach a. M.-Bieber, Band 118, Blatt 4523, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gem. Bieber, Flur 6, Nr. 940/4, LB 1383, Hof- und Gebäudefläche, Yorkstraße 4, Größe 7,69 Ar,

soll am Mittwoch, dem 11. 12. 1968, um 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Offenbach a. M., Kaiserstraße 16, Zimmer 38, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am Tag des Versteigerungsvermerks (24. 6. 1968) a) Malermeister Ludwig Theodor Hillenbrand, b) dessen Ehefrau Else Marie Hillenbrand geb. Herbert, beide in Offenbach a. M., zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 53 500,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

605 Offenbach (M.), 15. 10. 1968

Amtsgericht, Abt. 7

3896

7 K 50/67: Das im Grundbuch von Obertshausen, Band 67, Blatt 2627, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gem. Obertshausen, Flur 1, Nr. 1396/3, LB 1025, Hof- und Gebäudefläche, Außenliegend 10, Größe 4,13 Ar,

soll am Mittwoch, dem 18. 12. 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Offenbach a. M., Kaiserstraße 16, Zimmer 38, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 3. 10. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks) der Fliesenlegermeister Walter Fischer in Obertshausen.

Der Wert des Grundstücks ist bzw. wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf DM 80 000,—.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

605 Offenbach (M.), 17. 10. 1968

Amtsgericht, Abt. 7

3897

1 K 28/67: Das im Grundbuch von Unterrieden, Band 14, Blatt 235 A, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Unterrieden, Flur 4, Flurstück 19/72, Bauplatz, Vorderhof, Größe 11,12 Ar,

soll am 16. Dezember 1968, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Witzenhausen, Walburger Straße 38, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. Dezember 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Destillateur Richard Barda vel Melnbarde und dessen Ehefrau Brunhilde Barda vel Melnbarde geb. Emde — beide in Unterrieden — je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 5 560,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

343 Witzenhausen, 15. 10. 1968

Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

3898

Bekanntmachung

des endgültigen Wahlergebnisses der Wahl zu den Selbstverwaltungsorganen des Hessischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes (§ 59 Abs. 2 der Wahlordnung für die Sozialversicherung in der Fassung vom 6. 11. 1967 — BGBl. I Seite 1062).

Der Wahlausschuß des Hessischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes hat das endgültige Wahlergebnis der Wahl zu den Selbstverwaltungsorganen des Hessischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes heute wie folgt festgestellt:

I. Mitglieder der Vertreterversammlung

A. Gruppe der Versicherten

Mitglieder:

1. Seyfarth, Horst, geb. 25. 11. 1910, 6078 Neu-Isenburg, Forstweg 5;
2. Schäfer, Maria Margarethe, geb. 16. 6. 1926, 64 Fulda, Zicherser Weg 45;
3. Gastl, Adolf, geb. 24. 6. 1923, 62 Wiesbaden, Bürgelstraße 11;
4. Becker, Heinrich, geb. 17. 1. 1914, 625 Limburg/Lahn, Galmerstraße 21;
5. Walter, Friedrich, geb. 12. 6. 1927, 605 Offenbach am Main, Eberhard-v.-Rochow-Straße 5;
6. Richter, Rudolf, geb. 27. 4. 1920, 6301 Watzenborn-Steinberg, Bahnhofstraße 83;
7. Dorant, Ludwig, geb. 4. 10. 1914, 62 Wiesbaden-Schierstein, Moselstraße 17;
8. *)
9. Kraft, Karl, geb. 3. 1. 1912, 6407 Schlitz, Hintergasse 10;
10. Roppel, Egon, geb. 24. 3. 1930, 35 Kassel, Rembrandtstraße 20;
11. Unger, Hans, geb. 5. 6. 1924, 355 Marburg/Lahn, Schulstraße 7;
12. *)
13. Schnepper, Georg, geb. 8. 11. 1921, 61 Darmstadt, Heimstättenweg 78;

Stellvertreter:

1. *)
2. Heres, Karl, geb. 10. 11. 1919, 64 Fulda, Rosengasse 7;
3. Kramer, Hans-Hoachim, geb. 8. 5. 1925, 64 Fulda, Schloßstr. 1;
4. Sommer, Helmut, geb. 15. 10. 1922, 61 Darmstadt, Hügelstraße 24;
5. Geist, Rudolf, geb. 27. 8. 1912, 605 Offenbach a. M., Ziegelstr. 20;
6. Müller, Karl, geb. 3. 2. 1930, 6418 Hünfeld, Im Haselgrund 3;
7. Mehl, Heinz-Gerd, geb. 18. 2. 1925, 62 Wiesbaden, Winkeler Str. 5;
8. Reinmöller, Werner, geb. 3. 7. 1921, 35 Kassel, Ihringshäuser Str. 210;
9. Neumann, Gerhard, geb. 26. 9. 1937, 355 Marburg an der Lahn, Krummbogen 41;
10. Schilling, Paul, geb. 21. 4. 1914, 62 Wiesbaden, Göbenstraße 8;
11. Keller, Walter, geb. 15. 7. 1922, 355 Marburg/Lahn, Wehrdaer Weg 5;

B. Gruppe der Arbeitgeber

Mitglieder:

1. Dr. Sicking, Kurt, geb. 30. 9. 1913, 62 Wiesbaden, Dantestraße 31;
2. Berndt, Wilhelm, geb. 7. 3. 1908, 63 Gießen, Neue Bäue 27;
3. Braden, Konrad, geb. 10. 7. 1916, 6222 Geisenheim am Rhein, Rüdesheimer Str. 7;
4. *)
5. Leyer, Albert, geb. 19. 8. 1930, 6102 Erzhausen, Kreis Darmstadt, Elbestraße 7;
6. Thomin, Wilhelm, geb. 31. 12. 1923, 6073 Egelsbach, Am Berliner Platz 6;
7. Zwilling, Christian, geb. 2. 3. 1918, 6083 Walldorf, Tannenstr. 3;
8. Lietzow, Hugo, geb. 7. 3. 1925, 6231 Schwalbach a. Ts., Bockenheimer Straße 20;
9. Muntzke, Klaus, geb. 13. 8. 1936, 6052 Mühlheim am Main, Alter Frankfurter Weg 85;
10. Dr. Rehrmann, Karl, geb. 10. 3. 1914, 634 Dillenburg, Rehgartenstraße 6a;
11. Pfeifer, Ludwig, geb. 5. 9. 1908, 611 Dieburg, Landratsamt;
12. *)
13. Sachse, Heinrich, geb. 24. 10. 1908, 642 Lauterbach in Hessen, Bahnhofstraße 47;

Stellvertreter:

1. Krieger, Georg, geb. 18. 7. 1908, 6451 Bischofsheim, Fechenheimer Weg 79;
2. Liebe, Karl-Heinz, geb. 9. 10. 1928, 607 Langen, Vor der Höhe 43;
3. Debus, Erwin, geb. 15. 4. 1920, 6334 Aßlar, Kreis Wetzlar, Hofstraße 11;
4. Funk, Alfred, geb. 10. 5. 1926, 6312 Laubach, Am Hainberg 4;
5. Reinhardt, Wilhelm, geb. 26. 4. 1920, 6081 Biebesheim/Rhein, Gernsheimer Str. 29;
6. Treutel, Friedrich, geb. 26. 9. 1929, 6092 Kelsterbach am Main, Bergstraße 4;
7. Bährens, Otto-Ulrich, geb. 9. 5. 1911, 6442 Rotenburg/Fulda, Friedenstr. 4—6;
8. Brübach, Wilhelm, geb. 22. 7. 1909, 343 Witzenhausen, Nordbahnhofsweg 5;
9. Dinse, Klaus, geb. 30. 4. 1912, 622 Rüdesheim am Rhein, Oberstraße 2;
10. Pullmann, Georg, geb. 25. 2. 1913, 6112 Groß-Zimmern, Rheinheimer Str. 74;
11. *)
12. Schiefer, Hans, geb. 6. 5. 1912, 35 Kassel, Ständeplatz 6—10;
13. Holl, Martin, geb. 27. 6. 1908, 644 Lispenhausen über Bebra, Am Mühlberg 2;
14. Watermann, Heinz, geb. 19. 3. 1916, 63 Gießen, Johannesstraße 4—5;
15. Schmidt, Fritz, geb. 20. 12. 1926, 61 Darmstadt, Kiesstr. 44;
16. Schwarz, Josef, geb. 14. 9. 1905, 64 Fulda, Scharnhorststraße 7;
17. Guckelsberger, Heinrich, geb. 23. 12. 1925, 605 Offenbach a. M., Hugo-Wolf-Str. 32;
18. Dr. Kloz, Hans-Georg, geb. 8. 8. 1910, 646 Gelnhausen, Alter Graben 3;
19. Dr. Schwinge, Helmuth, geb. 22. 12. 1930, 6232 Bad Soden a. Ts., Odenwaldstr. 10;
20. Waller, Sepp, geb. 1. 4. 1921, 3558 Frankenberg/Eder, Kegelberg 26;
21. Roß, Jean, geb. 22. 4. 1923, 3504 Oberkaufungen, Brandenburger Str. 10;
22. Schäfer, Georg, geb. 2. 10. 1914, 6084 Gernsheim, Goethestraße 2.

Vorsitzender der Vertreterversammlung:
Seyfarth, Horst, geb. 25. 11. 1910, 6078 Neu-Isenburg, Forstweg 5.

Stellvertreter des Vorsitzenden der Vertreterversammlung:
Dr. Rehrmann, Karl, geb. 10. 3. 1914, 634 Dillenburg, Rehgartenstraße 6a.

II. Mitglieder des Vorstandes

(Lfd.Nr. Mitglied, a) erster Stellvertreter, b) zweiter Stellvertreter)

A. Gruppe der Versicherten

1. Baack, Kurt, geb. 26. 10. 1905, 605 Offenbach am Main, Leibnizstraße 3;
   a) Hofmann, Karl-Hans, geb. 9. 8. 1929, 6203 Hochheim a. M., Wickerer Str. 7;
   b) Günther, Josef, geb. 29. 9. 1916, 6415 Petersberg, Kreis Fulda, Am Felsenkeller 18;
2. Traber, Hermann, geb. 13. 12. 1907, 6202 Wiesbaden-Biebrich, Andreasstr. 29;
   a) Krause, geb. Haas, Else, geb. 20. 5. 1913, Hanau a. M., Im Schloßhof 1;
   b) Trog, Heinz, geb. 19. 5. 1916, 62 Wiesbaden, Winkeler Str. 14;
3. Guénon, Willi, geb. 30. 9. 1913, 623 Frankfurt a. M.,-Griesheim, Im Bruch 13;
   a) Steger, Waldemar, geb. 10. 4. 1923, 6 Frankfurt a. M., Jordanstraße 43;
   b) Panek, Gerd, geb. 5. 10. 1923, 62 Wiesbaden, Kleiststraße 7.

B. Gruppe der Arbeitgeber

1. Neugebauer, Peter, geb. 18. 7. 1925, 6456 Langenselbold, Schloßstraße;
   a) Kreiling, Hans, geb. 5. 12. 1928, 6052 Mühlheim am Main, Hoffmannstraße 26;
   b) Bachmann, Kurt, geb. 21. 10. 1922, 6082 Mörfelden/Kreis Groß-Gerau, Am Schlichter 22;
2. Seffrin, Horst, geb. 20. 1. 1921, 61 Darmstadt, Breslauer Platz 4;
   a) Beutter, Karl Wilh., geb. 8. 8. 1919, 35 Kassel, Goethestraße 114;
   b) Hölzer, Josef, geb. 15. 7. 1924, 6228 Eltville, Nikolausstraße 10;
3. Pfeil, Erich, geb. 25. 9. 1915, 35 Kassel, Ständeplatz 6—10;
   a) Dr. Seibert, Wolfgang, geb. 8. 7. 1921, 649 Schlüchtern, Gartenstraße 7;
   b) Heuckeroth, Werner, geb. 8. 8. 1924, 35 Kassel, Ständeplatz 6—10.

Vorsitzender des Vorstandes:

Neugebauer, Peter, geb. 18. 7. 1925, 6456 Langenselbold, Schloßstraße;

Stellvertreter des Vorsitzenden des Vorstandes:

Baack, Kurt, geb. 26. 10. 1905, 605 Offenbach am Main, Leibnizstraße 3.

*) Die Vertreterversammlung setzt sich aus 13 Vertretern der Versicherten und 13 Vertretern der Arbeitgeber zusammen. Je zwei Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber sind als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Vorstand des Hessischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes gewählt worden und deshalb aus der Vertreterversammlung ausgeschieden.

Von der Liste der Stellvertreter der Versicherten- und der Arbeitgebervertreter ist je ein Stellvertreter zum Stellvertreter eines Vorstandsmitgliedes gewählt worden und deshalb als Stellvertreter der Versicherten- bzw. der Arbeitgebervertreter in der Vertreterversammlung ausgeschieden.

Das Ergänzungsverfahren nach § 9 SVwG ist eingeleitet.

Frankfurt am Main, 14. 10. 1968

Der Wahlausschuß des Hessischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes

gez. Stein Beisitzer — gez. Löwer Vorsitzender — gez. Kreutzer Beisitzer

3899

Aufforderung: Folgende Personen haben die Kraftloserklärung der nachstehenden Sparkassenbücher beantragt:

1. Maria Heberer geb. Bathelt, Seligenstadt, Babenhäuser Str. 24,
   a) das Sparkassenbuch Nr. 606 005 7 lautend auf Alfons Heberer u. Maria geb. Bathelt, Seligenstadt, Babenhäuser Str 24
   b) das Sparkassenbuch Nr. 918 181 9 lautend auf ihren Namen
   c) das Sparkassenbuch Nr 918 648 7 lautend auf Dorothea Heberer, Seligenstadt, Babenhäuser Str. 24
   d) das Sparkassenbuch Nr. 937 438 0 lautend auf Gertrude Heberer, Seligenstadt, Babenhäuser Str. 24
   e) das Sparkassenbuch Nr. 937 647 6 lautend auf Peter Heberer, Seligenstadt, Babenhäuser Str. 24
   f) das Sparkassenbuch Nr. 937 648 4 lautend auf Alice Heberer, Seligenstadt, Babenhäuser Str. 24
   g) das Sparkassenbuch Nr. 945 645 0 lautend auf Alfons Karl Heberer, Seligenstadt, Babenhäuser Str. 24
2. Dr. August Franz, Seligenstadt, Aschaffenburger Str. 107, das Sparkassenbuch Nr. 656 147 6 lautend auf seinen Namen
3. Emilie Ricker geb. Schroth, Obertshausen, Lessingstr. 3, das Sparkassenbuch Nr. 841 419 5 lautend auf ihren Namen
4. Brigitte Walter, Seligenstadt, Aschaffenburger Str. 103, das Sparkassenbuch Nr. 910 993 5 lautend auf Albert Walter, Seligenstadt, Aschaffenburger Str. 103.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden hiermit aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

6453 Seligenstadt, 11. 10. 1968

BEZIRKS-SPARKASSE SELIGENSTADT
Der Vorstand

3900

Aufforderung: Für folgende Sparkassenbücher ist die Kraftloserklärung beantragt worden. Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

1. Sparkassenbuch Nr. 69375 bei der Hauptstelle, lautend auf Doris Zimmermann, Neukirchen, Nr 50
2. Sparkassenbuch Nr. 80564 bei der Hauptstelle, lautend auf Ehel. Fernando-Martin Salazar und Juana Chtillas Lacalle, Wetzlar, Entengasse 2
3. Sparkassenbuch Nr. 82445 bei der Hauptstelle, lautend auf Georg Claus, Naunheim, Heinestraße 15
4. Sparkassenbuch Nr. 2124 unserer Hauptzweigstelle Frankfurter Str., lautend auf Agnes Pennemann, Darmstadt, Dieburger Straße 56
5. Sparkassenbuch Nr. 5551 unserer Hauptzweigstelle Rodheim-Bieber, lautend auf Ursula Tippmann geb. Weber, Fellingshausen

633 Wetzlar, 4. 10. 1968

KREISSPARKASSE WETZLAR
Der Vorstand

3901

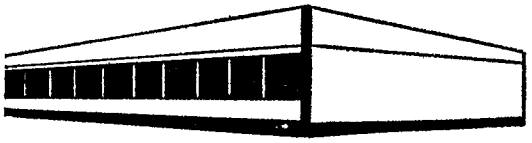
Kraftloserklärung: Aufgrund des § 14, Abs. 2 Ziff. 4, des Hessischen Sparkassengesetzes vom 10. 11. 1954 wird das nachstehend aufgeführte Sparkassenbuch für kraftlos erklärt:

Sparkassenbuch Nr. 89520 bei der Hauptstelle, lautend auf Margarethe Progscha geb. Schynoll, Albshausen, Leipziger Str. 13.

633 Wetzlar 4. 10. 1968

KREISSPARKASSE WETZLAR
Der Vorstand

1/2 BAUKOSTEN = KINDERGÄRTEN
IN STAHLENDLOSKONSTRUKTION



Fertigbauweise: Schnell — exakt — preiswert — schlüsselfertig
Fixpreise — moderne individuelle Gestaltung:
Bewährt, ausgereift, qualitätssicher.

Besichtigen Sie unsere fertigen Kindergärten

MAAMF-FLATTERS - 6 FRANKFURT/MAIN - Eppsteiner Straße 59 / Tel. 06 11 / 72 62 56

3902

Aufforderung: Frau Marie Meinl und Herr Anton Meinl, Villmar, Weyandstraße 20, haben die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 282 444 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

629 Weilburg (Lahn), 7. 10. 1968

KREISSPARKASSE DES OBERLAHNKREISES
Der Vorstand

Öffentliche Ausschreibungen

3903

Kassel: Die Ausführung der Rodungs-, Mutterboden- und Erdarbeiten einschl. der Entwässerungsanlagen für den Autobahnkörper und für die Verlegung der Straßen und Wege mit Unter- und Dekkenbau, von Bau-km 46,350 bis 49,740 des Streckenabschnittes 28,2 c der BAB Ruhrgebiet—Kassel Erdlos E 15 soll vergeben werden.

Leistungen u. a.:

ca. 23 000 qm	Rodungsarbeiten
ca. 90 000 cbm	Mutterbodenarbeiten
ca. 780 000 cbm	Erdarbeiten
ca. 9 200 m	Drän- und Entwässerungsleitungen versch. Durchmesser einschl. Schächte
ca. 13 000 qm	Straßen- und Wegebefestigungen, sowie sonstige Nebenarbeiten.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 30,— DM ab 4. 11. 68 in der Friedrich-Ebert-Straße 33 II. Etg. ausgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Kassel, Postscheckamt Frankfurt (M.) Nr. 6745, zu Gunsten „Straßenneubauamt Hessen-Nord" mit dem Vermerk: „Erdlos E 15 der BAB Ruhrgebiet—Kassel" einzuzahlen.

Eröffnungstermin: Donnerstag, den 28. Nov. 1968, um 11.00 Uhr, im Straßenneubauamt Hessen-Nord, Kassel, Kölnische Straße 69. Zuschlags- u. Bindefrist: 31. 1. 1969.

35 Kassel, 16. 10. 1968 Straßenneubauamt Hessen-Nord

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Anstalten

PIANOHAUS LANG
Größtes Klavier-Fachgeschäft Deutschlands
Frankfurt/M., Stiftstraße 32
(am Eschenheimer Turm)
175 Pianos, Flügel, Kleinklaviere,
Spinette, Heim-Orgeln — Kundendienst

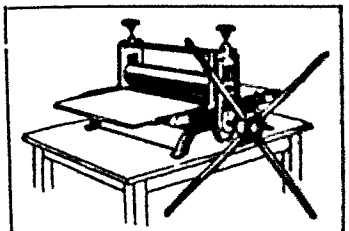
TAPETEN · GARDINEN · BODENBELÄGE
DEUTSCHE UND ORIENTTEPPICHE
Bieger

Frankfurt/M., Neue Mainzer Straße 38 · Ruf 280751

Berater und Lieferer bei staatlichen und kommunalen Baumaßnahmen

H. Osterhagen
Tanküberprüfung
Tankreinigung
Kunststoffauskleidung
Einbau von Innenhüllen mit Leckanzeigegerät
FRANKFURT/M. · MAINZER LANDSTRASSE 691 · RUF (06 11) 38 21 53

geht's nun
LEITERN
geh zu
KLASEN
FRANKFURT/M
MAINZER LANDSTRASSE 120
RUF 233014


Wenzel-Pressen
Bestens bewährt für Druck von Linol- und Holzschnitt und von Radierungen
PAUL WENZEL
6112 Groß-Zimmern, Rittersaustr. 46 II
Tel.: 0 60 71 - 2 28 27

Planungs- und Beratungsbüro
für **Heizungs-, Lüftungs-, Klima-** und **sanitäre Anlagen**
Obering. K. WAGNER, VDI
BERATENDER INGENIEUR VSI.
WIESBADEN · RAUENTHALER STRASSE 14 · TEL. 44 24 16

Anzeigenschluß
jeden Montag um 14 Uhr
für die am darauffolgenden Montag erscheinende Ausgabe des Staats-Anzeiger

Fortschritt -Büromöbel -Registraturen -Organisationsmittel
durch die Werksvertretung BAUMS Büroorganisation
GIESSEN
Bahnhofstrasse 26
Telefon 7 10 96

Der „Staats-Anzeiger für das Land Hessen" erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 10,80 (einschließlich 5½% = 0,56 DM MWSt.) Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Regierungsdirektor Gantz, für den übrigen Teil Karl Blum. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG., 62 Wiesbaden, Postfach 1329. Postscheckkonto 6 Frankfurt M., Nr. 143 60. Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft 65 Mainz Nr. 78 326; Deutsche Effecten- und Wechselbank 62 Wiesbaden Nr. 69 325; Hessische Landesbank Frankfurt/Main, Girokonto 15 542. Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42. Telefon Sa.-Nr. 3 96 71. Fernschreiber 04-186 648. Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,88, bis 40 Seiten DM 2,48, bis 48 Seiten DM 2,99, über 48 Seiten DM 3,24. Die Preise verstehen sich einschließlich Versandspesen und 5½ Prozent Mehrwertsteuer. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 6 vom 1. 1. 1968. Umfang dieser Ausgabe 32 Seiten.